



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Bürgerhaushalt 2011

Auswertung der Konsultationsphase

Bürgerhaushalt 2011 der Landeshauptstadt Potsdam

Im Rahmen des Bürgerhaushalts bestand die Möglichkeit, Vorschläge zu verschiedenen Themenbereichen der städtischen Haushaltsplanung einzubringen. Insgesamt wurden 413 Empfehlungen eingereicht. Anhand mehrerer Abstimmungsrunden wurde daraus die „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ – mit den wichtigsten Anregungen der Bürgerschaft – erstellt. Insgesamt konnte der Trend einer steigenden Beteiligung verzeichnet werden. So beteiligten etwa 5700 Potsdamerinnen und Potsdamer, das sind mehr als 4% aller Abstimmungsberechtigten.

Termine Bürgerhaushalt 2011:

- 04. Mai 2010 Auftaktveranstaltung
- 04.05. bis 13.06.2010 Vorschlagssammlung
- 14.06. bis 27.06.2010 Priorisierung der Vorschläge
- 15.06. bis 17.06.2010 Dezentrale Stadtteilversammlungen
- 29.06. bis 01.07.2010 Redaktionsteamsitzungen
- 30.08. bis 17.10.2010 Votierung per Post und Internet
- 26.10.2010 Abschlussveranstaltung
- 03.11.2010 Übergabe an Stadtverordnetenversammlung
- 06.04.2011 Beschluss in Stadtverordnetenversammlung

Entwicklung der Teilnehmerzahlen:

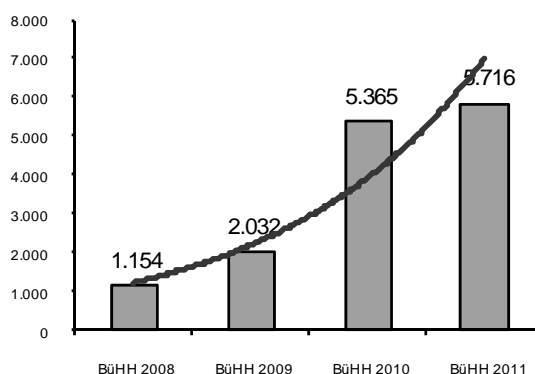
Vorschlagssammlung + Priorisierung								
	Teilnehmerzahlen				eingegangene Vorschläge			
	BüHH 2008	BüHH 2009	BüHH 2010	BüHH 2011	BüHH 2008	BüHH 2009	BüHH 2010	BüHH 2011
Post	44	100	157	158	78	130	313	242
Telefonisch	0	0	10	3	0	0	25	7
Info-Stand	0	0	82	13	0	0	131	18
Internet	120	411	710	485	78	37	161	108
Bürgerversammlungen	60	146	195	115	47	46	52	38
Umfrage UP	-	-	-	346	-	-	-	-
gesamt	224	657	1.154	1.120	203	213	682	413

Votierungsverfahren								
	Teilnehmerzahlen				abgegebene Punkte			
	BüHH 2008	BüHH 2009	BüHH 2010	BüHH 2011	BüHH 2008	BüHH 2009	BüHH 2010	BüHH 2011
Post	621	853	3097	3281	3054	4141	13838	14687
Internet	253	442	994	1235	1262	2152	4769	5920
Bürgerversammlung	56	80	120	80	278	215	249	190
gesamt	930	1.375	4.211	4.596	4.594	6.508	18.856	20.797

Beteiligung gesamt				
	BüHH 2008	BüHH 2009	BüHH 2010	BüHH 2011
Post	665	953	3346	3455
Internet	373	853	1704	1720
Bürgerversammlungen	116	226	315	195
Umfrage UP	-	-	-	346
gesamt	1.154	2.032	5.365	5.716

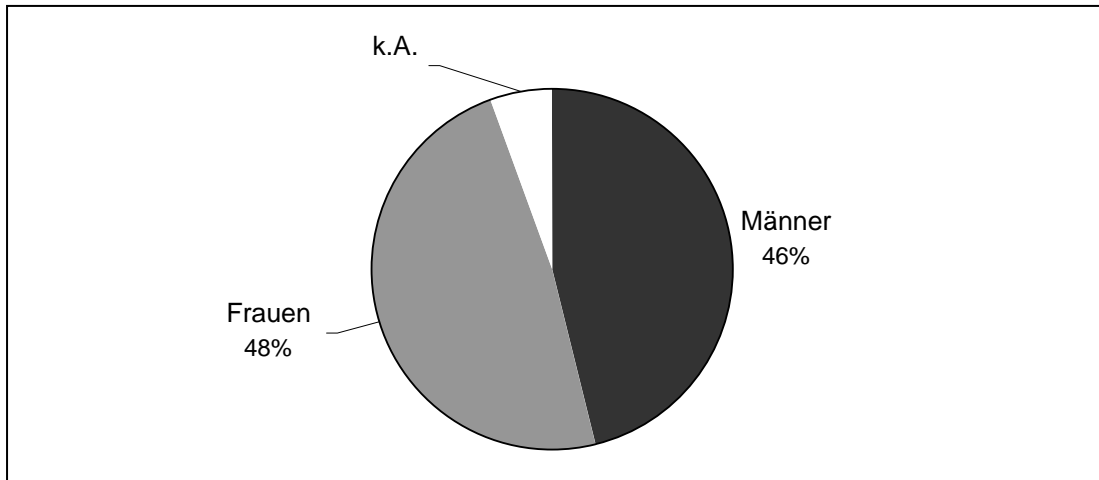


Entwicklung der Teilnehmerzahlen
Bürgerhaushalt 2008 / 09 / 10 / 11:

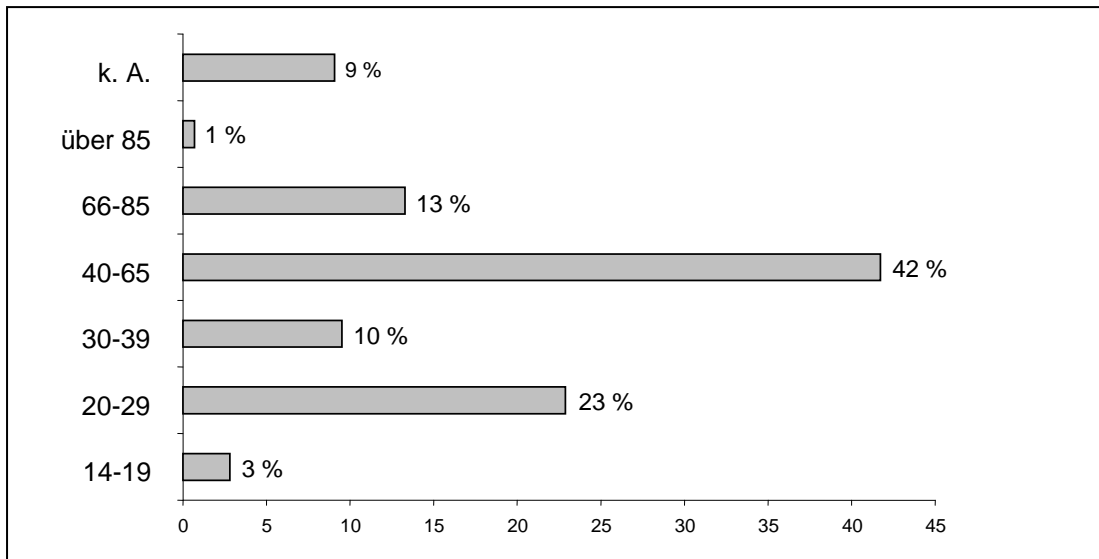


Statistische Daten zu den Teilnehmern, Bürgerhaushalt 2011:
 (Vorschlagseinbringung, -priorisierung, -votierung, Bürgerversammlungen)

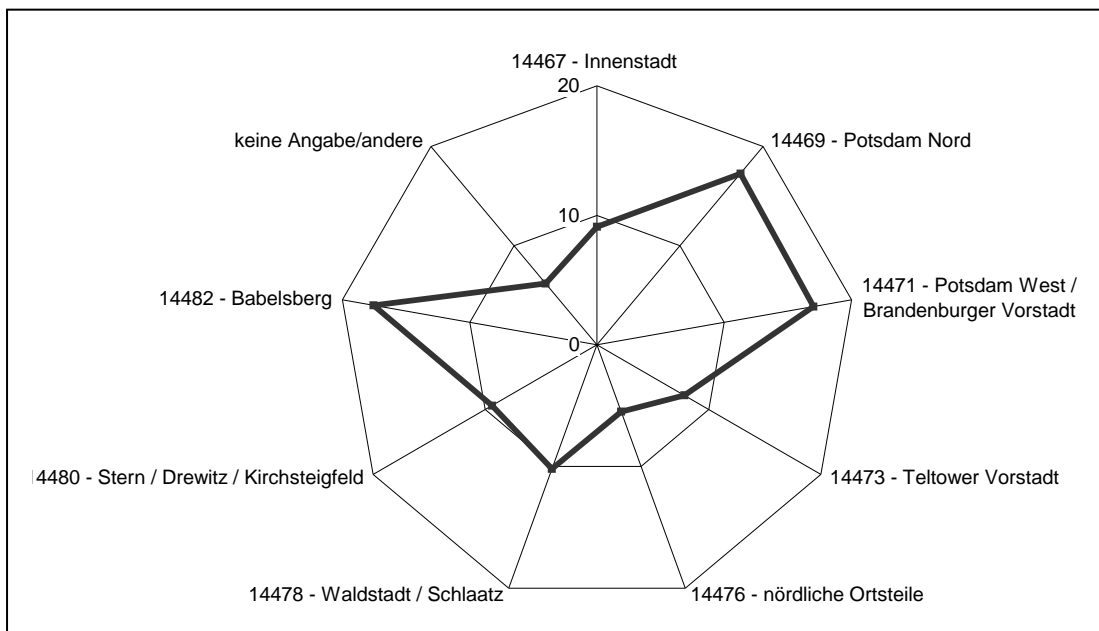
Geschlecht



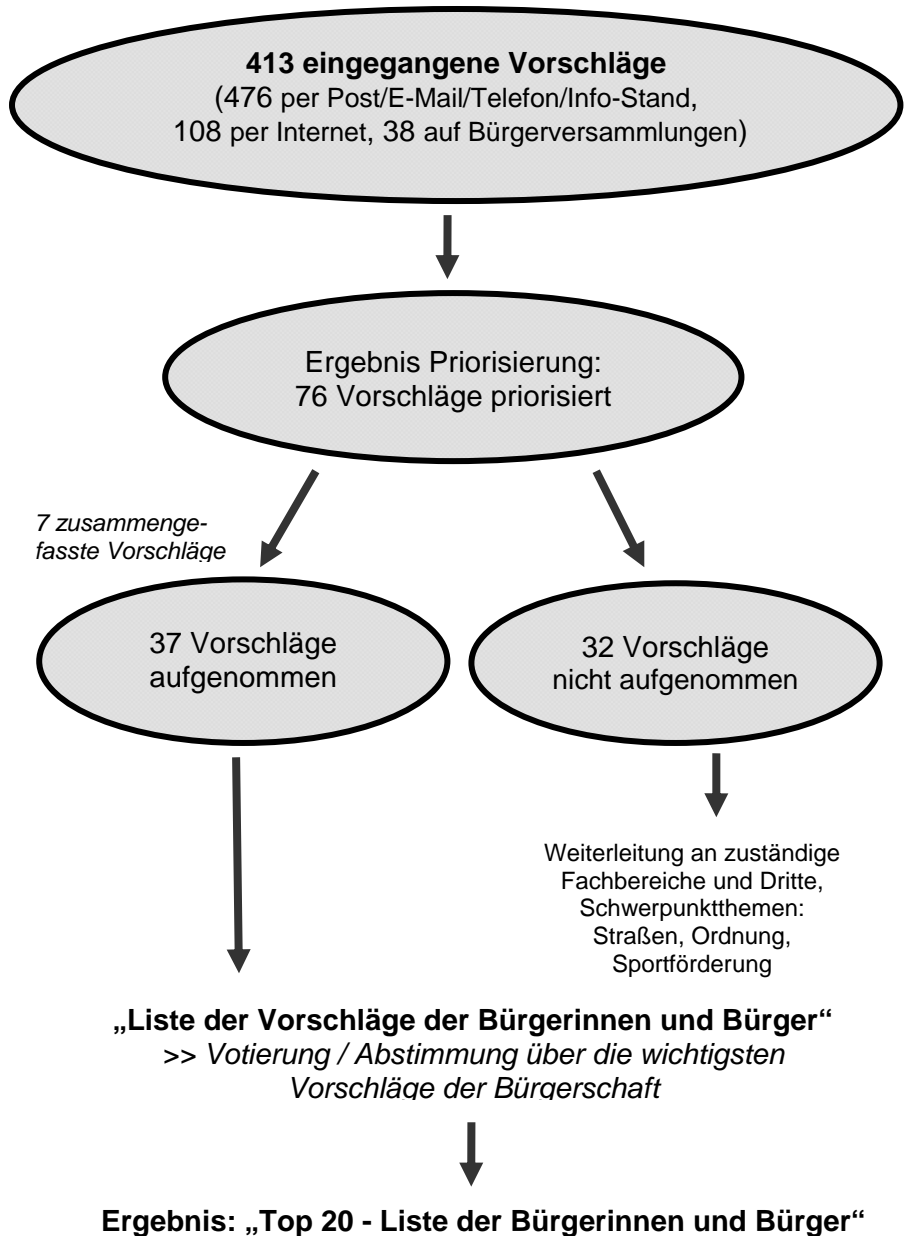
Altersgruppen



Wohnort (prozentual nach PLZ)



**Bürgerhaushalt 2011,
Verlauf der eingebrachten Vorschläge:**



Die Liste wurde am 3. November 2010 an Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

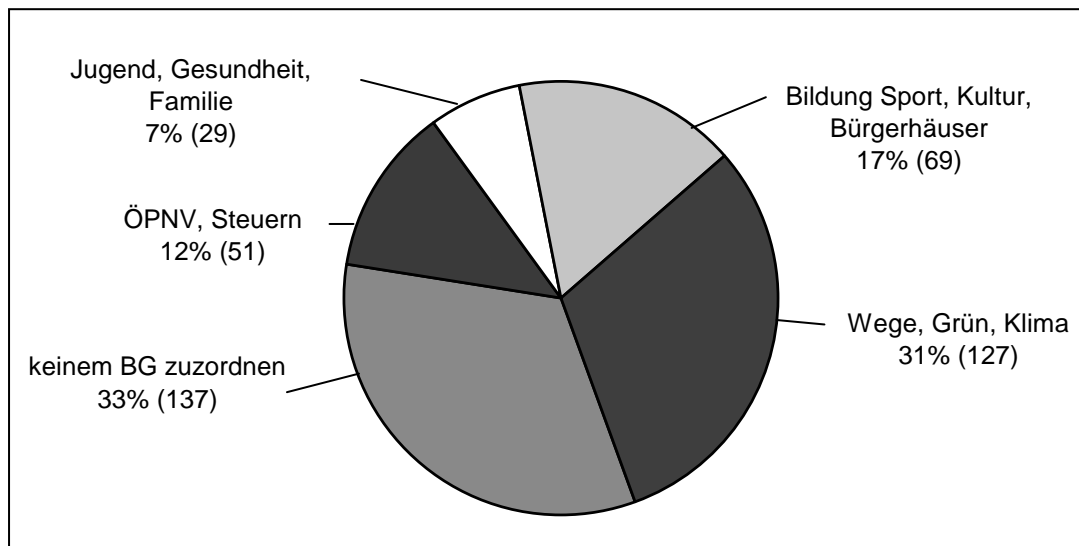
Entscheidung der Stadtverordneten 6. April 2011

Verteilung der Vorschläge:

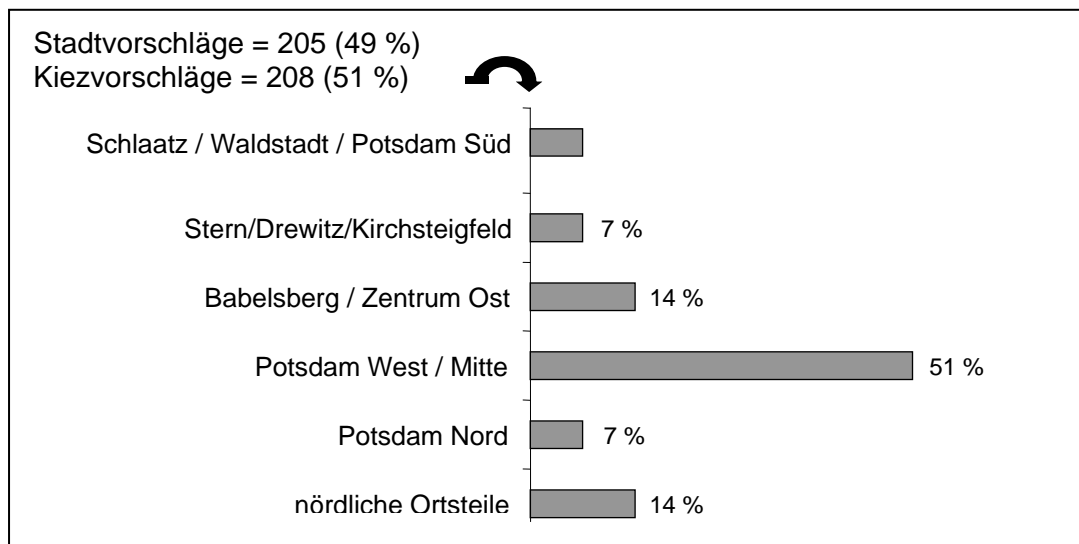
Beteiligungsgegenstände (BG)	Vorschlagsverteilung			
	2008 gesamt: 231	2009 gesamt: 213	2010 gesamt: 682	2011 gesamt: 413
Abfallbeseitigung	5	-	-	-
Altes Rathaus - Potsdam Forum	0	-	-	-
Bibliothek	4	-	-	-
Bürgerhäuser, bürgerschaftl. Engagem.	7	8	22	9
Begegnungsstätten für Senioren	-	-	-	1
Familienförderung	-	-	-	7
Geh- und Radwege und Plätze	-	60	184	79
Gemeindesteuern	2	-	8	10
Gesundheitsschutz / Gesundheitspflege	1	2	2	7
Grünanlagen, Bäume und Spielplätze	9	16	58	43
Jugendarbeit	5	3	16	-
Jugendsozialarbeit	0	4	-	-
Kammerakademie	2	0	-	-
Kindertagesstätten	-	-	-	15
Klimaschutz	-	-	15	5
Kulturförderung	5	3	12	12
Märkte	1	-	-	-
Musikschule	0	2	-	11
Naturkundemuseum	1	1	-	4
ÖPNV	11	21	66	41
Potsdam-Museum, Forum f. G. und K.	0	3	-	3
Sportförderung	3	6	43	27
Straßen, Wege, Plätze	53	-	-	-
Volkshochschule	2	3	5	2
keinem BG zuzuordnen	120	81	251	137
<i>davon:</i>				
<i>Schulen, (vor 2011: Schule/Kita)</i>	15	7	36	3
<i>Ordnung und Sicherheit, Sauberkeit</i>	25	9	16	46
<i>Straße</i>	0	27	101	35
<i>sonstige</i>	80	38	98	53

BüHH 2011: Vorschläge betreffen Ausgaben: 84 % (347), Einnahmen: 9 % (37), beides: 7 % (29) // Vorschläge zur Haushaltssicherung: 19 % (76)

**Prozentuale Verteilung aller eingebrachten Vorschläge (413), BüHH 2011
Untergliederung nach Themenfeldern:**

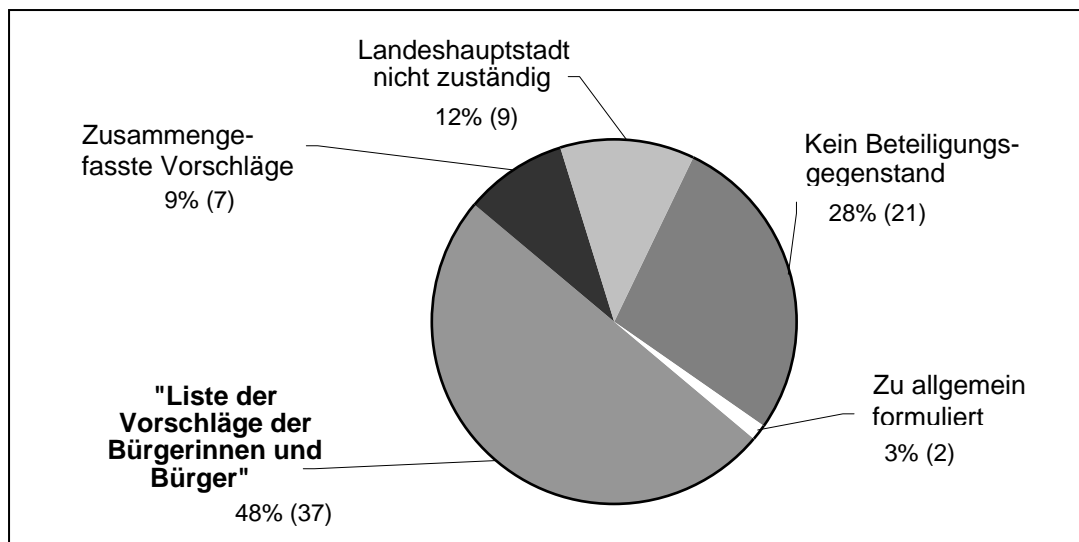


Unterteilung nach Kiez- und Stadtvorschlägen



Redaktionsteamsitzungen / Vorschlagssortierung

76 Vorschläge wurden priorisiert, mit folgendem Ergebnis:



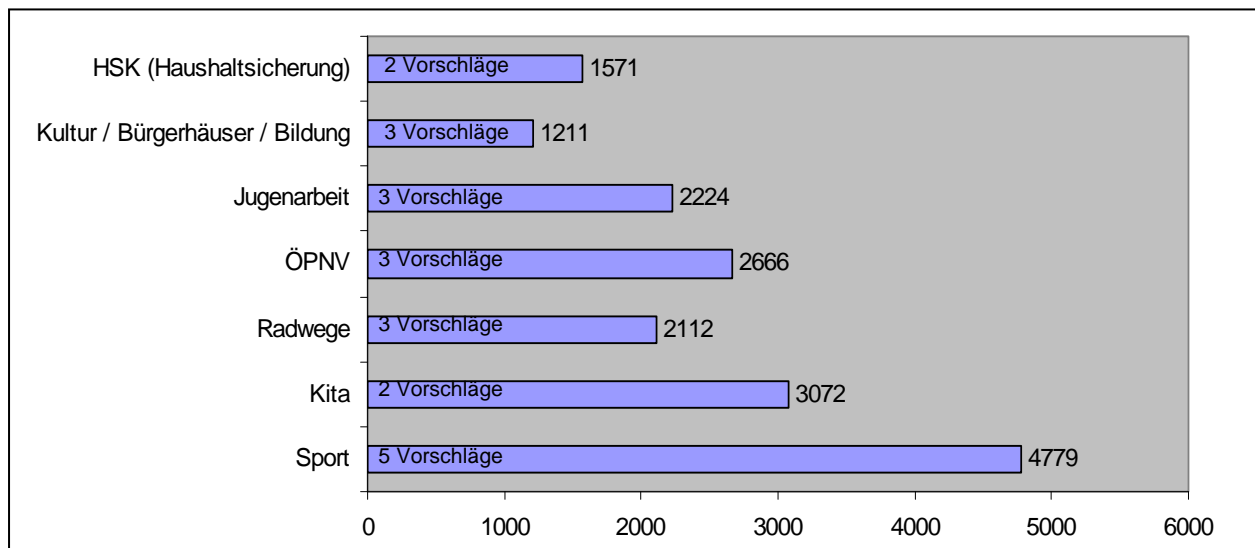
Ergebnis der Vorschlagsvotierung zum Bürgerhaushalt 2011 in Potsdam

„Top 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“

PLATZ	Titel	Internet	Post	26.10.10	Gesamt
1.	Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- / Jugendsport	716	1246	52	2014
2.	Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas	413	1325	0	1738
3.	Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdamer Schülerinnen und Schüler	415	1044	5	1464
4.	Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren	337	1034	20	1391
5.	Kitabeiträge reduzieren	357	977	0	1334
6.	„ARCHIV“ – Weiterbetrieb dauerhaft sichern	612	679	22	1313
7.	Hundesteuer erhöhen	257	840	10	1107
9.	Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße	413	530	4	947
10.	Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden	431	270	2	703
11.	Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr	114	564	14	692
12.	Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs	134	514	4	652
13.	Erhalt des "Treffpunkt Freizeit" mit kostenloser Nutzung durch Vereine	67	483	0	550
14.	Touristenabgabe einführen	189	335	3	527
15.	Projektbezogene Förderung zur Graffiti-Beseitigung	64	400	0	464
8.	Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee	143	298	0	441
16.	Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf	73	350	0	423
17.	Bessere Unterstützung der Musikschule	91	309	1	401
18.	"Freiland" stoppen und Geld sparen	193	190	1	384
19.	Volkshochschule: Kurse Grundbildung sichern	53	304	12	369
20.	Fahrradweg Babelsberg - Potsdam Nord	51	304	8	363
21.	Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten	78	277	3	358

**Hinweis: Aufgrund eines des Verdachts auf Manipulation der Abstimmung / Votierung wurde der 21. Vorschlag des Votierungsergebnisses zum Bürgerhaushalt 2011 mit in die Liste der meist gewählten Vorschläge aufgenommen. Es stellte sich heraus, dass persönliche Daten von Potsdamern ohne deren Einverständnis genutzt wurden, um die Abstimmung zu manipulieren. Das Ergebnis wurde korrigiert (siehe angepasste Punktzahl bei 8.).*

Verteilung der Vorschläge in der „Top 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“, gemessen an der Gesamtpunktzahl - Vorschlagsvotierung:



Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam entschied in ihrer April-Sitzung am 6. April 2011 über die „Top 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“.

Diese Liste der 20 am besten bewerteten Vorschläge des Bürgerhaushalts 2011 wurde zuvor in der Sitzung des Finanzausschusses vom 23. März 2011 thematisiert. Dabei wurden alle Vorschläge einzeln entschieden. Das Votum des Ausschusses diente als Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung, die diesem mehrheitlich folgte.

Annahme (1):

Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs (Platz 12)

Bereits in Umsetzung (6):

Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas (Platz 2)

Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren (Platz 4)

Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße / Westkurve (Platz 9)

Bessere Unterstützung der Musikschule Potsdam (Platz 17)

Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern (Platz 19)

Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam Nord (Platz 20)

Prüfauftrag (5):

Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport (Platz 1)

„ARCHIV“ - Weiterbetrieb dauerhaft sichern (Platz 6)

Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden (Platz 10)

Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee (Platz 8)

Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten (Platz 21)

Ablehnung (9):

Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdamer Schülerinnen und Schüler (Platz 3)

Kitabeiträge reduzieren (Platz 5)

Hundesteuer erhöhen (Platz 7)

Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr (Platz 11)

Erhalt des "Treffpunkt Freizeit" mit kostenloser Nutzung durch Vereine (Platz 13)

Touristenabgabe einführen (Platz 14)

Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffitis (Platz 15)

Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf (Platz 16)

"Freiland" stoppen und Geld sparen (Platz 18)

Eine Begründung der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung wurde der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Peter Schüler bei der am 7. April 2011 stattfindenden Auftaktveranstaltung des Bürgerhaushalt 2012 vornehmen.

Rechenschaft über die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung soll während der Auftaktveranstaltung des Bürgerhaushalts 2012 abgelegt werden. Diese fand am 7. April 2011 statt. Laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung soll über die Ergebnisse der Prüfaufträge möglichst im Sommer 2011 Bericht erstattet werden.

Über die konkreten Ergebnisse des Bürgerhaushaltsprozesses soll im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss des betreffenden Haushaltsjahres berichtet werden (siehe dazu Drucksache 08/SVV/0961).

Dabei soll dargestellt werden

- welche der beschlossenen Vorschläge ganz oder teilweise umgesetzt wurden
- welche Maßnahmen dazu getätigt wurden
- welche Kosten dafür jeweils entstanden sind.

Sobald der Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2011 vorliegt, erfahren Sie unter www.potsdam.de/buergerhaushalt mehr.

Bürgerhaushalt in Potsdam 2011

"Liste der Bürgerinnen und Bürger" - Votum der Gremien

Ann. 1 Abl. 9 PA. 5 i.Ums. 6

Platz	Vorschlagstitel	Ausschüsse*				Hauptausschuss	RPA	Ges./Soz.	KOUL
		Stadtverordneten- versammlung	Finanzen Anmerkungen Finanzausschuss						
1.	Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport Annahme: 10 Ablehnung: 0 Prüfauftrag: 4 in Umsetzung: 0		PA. Prüfauftrag, zur Sicherung der Flächen für den gewünschten Platz bis zu einer möglichen Umsetzung 5/0/2		-	-	-	Ann.	
2.	Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas Annahme: 3 Ablehnung: 2 Prüfauftrag: 2 in Umsetzung: 4		i.Ums. Bezug Novellierung Kindertagesstättengesetz (Mehrkosten ca. 800.000€) 6/0/1		-	-	-	-	
3.	Kostenloser ÖPNV für Potsdamer Schülerinnen und Schüler Annahme: 6 Ablehnung: 4 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 1		Abl. mit Hinweis auf laufendes dreijähriges Versuchsprojekt zu Vergünstigung (ca. 12%) auf Schülerjahreskarten 5/0/2		-	-	-	-	
4.	Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren Annahme: 6 Ablehnung: 0 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 8		i.Ums. Umsetzung im Rahmen der Potsdamer Radverkehrsstrategie (jährlich ca. 800.000€) 6/0/1		-	-	-	i.Ums.	
5.	Kitabeiträge reduzieren Annahme: 3 Ablehnung: 5 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 1		Abl. finanziell nicht darstellbar 5/0/2		-	-	-	-	
6.	„ARCHIV“ – Weiterbetrieb dauerhaft sichern Annahme: 5 Ablehnung: 2 Prüfauftrag: 2 in Umsetzung: 2		PA. Bereitstellung von zunächst 100.000€ mit Prüfung nach detaillierten Kosten für entsprechende Maßnahmen / Sanierungsbedarf 4/1/2		-	-	-	-	
7.	Hundesteuer erhöhen Annahme: 3 Ablehnung: 8 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 0		Abl. Bezug Einschätzung der Verwaltung 6/0/1		-	-	-	Abl.	
8.	Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee Annahme: 7 Ablehnung: 1 Prüfauftrag: 3 in Umsetzung: 0		PA. Prüfung im Rahmen der Standortplanung im Ausschuss für Bildung und Sport 5/1/1		-	-	-	-	
9.	Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße / Westkurve Annahme: 7 Ablehnung: 1 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 3		i.Ums. Bezug auf Wirtschaftsplan KIS 2012 (Kosten ca. 300.000€) 6/0/1		-	-	-	-	
10.	Sportanlagenenerweiterung Potsdamer Norden (Kirschallee) Annahme: 4 Ablehnung: 2 Prüfauftrag: 6 in Umsetzung: 0		PA. Bezug Einschätzung der LHP (Berücksichtigung in Aufstellung eines Bebauungsplans) 6/0/0		-	-	-	-	
11.	Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr Annahme: 6 Ablehnung: 5 Prüfauftrag: 0 in Umsetzung: 0		Abl. Finanzausschuss sieht keine dahingehende Einflussmöglichkeit auf das Tarifrecht des VBB 5/0/1		-	-	-	-	
12.	Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des ÖPNV Annahme: 9 Ablehnung: 1 Prüfauftrag: 0 in Umsetzung: 2		Ann. Empfehlung an den VIP 5/0/0		-	-	-	-	
13.	Erhalt "Treffpunkt Freizeit" mit kostenloser Nutzung d. Vereine Annahme: 4 Ablehnung: 6 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 0		Abl. Extra-Bezuschussung des TF (Mietauffall etwa 30.000€) gegenüber anderen Einrichtungen nicht vertretbar 5/0/0		-	-	-	-	
14.	Touristenabgabe einführen Annahme: 3 Ablehnung: 5 Prüfauftrag: 3 in Umsetzung: 0		Abl. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht umsetzbar (siehe Einschätzung der LHP) 5/0/1		-	-	-	-	
15.	Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffiti Annahme: 6 Ablehnung: 4 Prüfauftrag: 3 in Umsetzung: 0		Abl. Prüfauftrag: 3 in Umsetzung: 0 5/0/2		-	-	-	Ann.	
16.	Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf Annahme: 4 Ablehnung: 6 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 0		Abl. finanziell nicht darstellbar 6/0/1		-	-	-	-	
17.	Bessere Unterstützung der Musikschule Potsdam Annahme: 4 Ablehnung: 2 Prüfauftrag: 5 in Umsetzung: 0		i.Ums. Bezug neue Gebührensatzung der Musikschule 4/1/2		-	-	-	-	
18.	"Freiland" stoppen und Geld sparen Annahme: 5 Ablehnung: 7 Prüfauftrag: 0 in Umsetzung: 0		Abl. siehe Einschätzung der LHP 4/2/1		-	-	-	-	
19.	Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern Annahme: 5 Ablehnung: 1 Prüfauftrag: 2 in Umsetzung: 3		i.Ums. siehe Einschätzung der LHP (Aktualisierung 25.10.2010) 5/0/2		-	-	-	-	
20.	Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam Nord Annahme: 6 Ablehnung: 0 Prüfauftrag: 1 in Umsetzung: 4		i.Ums. Bezug Radverkehrskonzept 6/0/1		-	-	-	Ann.	
21.	Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten Annahme: 9 Ablehnung: 0 Prüfauftrag: 3 in Umsetzung: 0		PA. Prüfung der Aufnahme weiterer Möglichkeiten 6/0/1		-	-	-	-	

* HA - Hauptausschuss // RPA - Rechnungsprüfungsausschuss // Ges./Soz. - Ausschuss für Gesundheit und Soziales // KOUL - Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und landwirtschaftl. Entwicklung // SB - Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen // Kultur - Ausschuss für Kultur // JHA - Jugendhilfeausschuss // Finanzen - Finanzausschuss

SB	Fraktionen / Wählergruppen											Ortsbeiräte									
	Kultur	B/Sp.	JHA	Fraktion "DIE LINKE"	Fraktion "SPD"	Fraktion "CDU/ANW"	Fraktion "Bündnis90/ Die Grünen"	Fraktion "FDP"	"Bürgerbündnis"	"Die Andere"	"DVU"	Eiche	Fahrland	Gölm	Groß Glienicke	Grube	Marquardt	Neu Fahrland	Satzkorn	Uetz-Paaren	
Ann.	-	Ann.	PA.	Ann.	Ann.	PA.	Ann.	PA.	Ann.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	i.Ums.	PA.	i.Ums.	i.Ums.	Abl.	Ann.	Abl.	PA.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	Abl.	-	Ann.	Abl.	PA.	i.Ums.	Abl.	Ann.	Ann.	-	-	-	Ann.	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
i.Ums.	-	-	-	Ann.	PA.	i.Ums.	i.Ums.	i.Ums.	i.Ums.	Ann.	-	-	Ann.	Ann.	Ann.	-	Ann.	i.Ums.	-	-	
-	-	-	Abl.	i.Ums.	Abl.	Abl.	Ann.	PA.	Abl.	Abl.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	i.Ums.	-	-	Ann.	i.Ums.	Abl.	PA.	Abl.	Ann.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	-	Abl.	Abl.	Abl.	Abl.	PA.	Abl.	Abl.	-	-	Ann.	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	PA.	-	Ann.	Ann.	Abl.	Ann.	PA.	Ann.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
i.Ums.	-	Ann.	-	Ann.	Ann.	i.Ums.	Ann.	PA.	Abl.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	PA.	-	PA.	PA.	Ann.	PA.	PA.	Abl.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	Abl.	-	-	
-	-	-	-	Ann.	Abl.	Abl.	Abl.	Abl.	Ann.	Ann.	-	-	-	Ann.	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	-	Ann.	Ann.	i.Ums.	i.Ums.	Ann.	Abl.	Ann.	-	-	Ann.	Ann.	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	Abl.	Abl.	Abl.	PA.	Abl.	Abl.	Ann.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	-	Abl.	Abl.	Abl.	PA.	Abl.	PA.	PA.	-	-	Ann.	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	-	Ann.	PA.	PA.	Abl.	Abl.	PA.	Abl.	-	Ann.	Ann.	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	Abl.	-	Abl.	Abl.	PA.	Abl.	Abl.	Ann.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	PA.	PA.	-	PA.	PA.	Ann.	PA.	Abl.	Abl.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	Abl.	-	Abl.	Abl.	Abl.	Ann.	Abl.	Ann.	Ann.	Abl.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	Ann.	-	Ann.	PA.	PA.	i.Ums.	i.Ums.	Abl.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
i.Ums.	-	-	-	Ann.	i.Ums.	PA.	i.Ums.	i.Ums.	Ann.	Ann.	-	-	-	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	
-	-	-	-	Ann.	PA.	Ann.	PA.	Ann.	Ann.	Ann.	-	Ann.	-	Ann.	-	Ann.	-	-	-	-	

ANNAHME

Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Nahverkehrsplanung

Platz 12 (652 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-154)

Der ÖPNV muss kurz-, mittel- und langfristig geplant und entwickelt werden. Bürgerbeteiligung sollte dabei mehr als bisher praktiziert werden. Man sollte nicht alles ViP und Stadtverwaltung als Aufgabenträger überlassen. Gesellschaftliche Kontrolle sollte organisiert werden, die Linienführung öffentlich beraten werden und Zuarbeiten zugelassen werden. Vor (!) jeder Fahrplanänderung sollte die Öffentlichkeit informiert werden und Beratungen dazu stattfinden. Ein verbessertes Verkehrsangebot für ebenfalls die Einnahmenseite erhöhen. Der Bau von Verkehrsanlagen sollte sinnvoll und nach Bedarf geschehen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Grundlage der Nahverkehrsplanungen sind der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene, jeweils gültige Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrsplan. Auf deren Grundlage erfolgen die investiven Maßnahmen sowie die Versorgung mit Bahn- und Busverkehrsleistungen.

Jede Fahrplanänderung im Vorfeld zu kommunizieren, ist eine wesentliche Aufgabe des Marketings der Unternehmen. Wesentliche Änderungen, wie z.B. zum 1. April 2010, werden - wie vom Einbringer des Vorschlags gefordert - öffentlich diskutiert. Dieser konkrete Fahrplanwechsel wurde seit 2007 zunächst unter dem Arbeitstitel „Stadt+“ in zahlreichen Bürgerversammlungen, Kundenforen und im Internet vorgestellt und diskutiert.

Durch die kontinuierliche Einarbeitung der Vorschläge und weitere Diskussion ist dieses Konzept letztendlich bis zur Variante 13 fortentwickelt worden und als „Mobil+“ zur Umsetzung gekommen.

Aus der Erfahrung der oben genannten Fahrplanumstellung werden nach den ersten Monaten der Einführung weitere Hinweise und Vorschläge gesammelt, geprüft und dann evtl. zu den nächsten Fahrplanwechseln berücksichtigt.

- > Kosten: -
- > Umsetzungszeitraum: Laufend
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja
- > Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Annahme - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 angenommen.

VORSCHLÄGE „BEREITS IN UMSETZUNG“

Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße / Westkurve

Platz 9 (947 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: BV-22)

Der Sport- und Spielplatz in der Hans-Sachs-Straße sollte endlich instand gesetzt werden. Das ist ein wichtiger Lebensraum. Es gibt sonst nichts ähnliches im Kiez, und der Park Sanssouci bietet ja für die Anwohner und Familien keine Möglichkeiten für und Spiel. Leider! Die Bürgerforderung des Bürgerhaushalts 2008 (Platz 4!) sollte endlich realisiert werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Sanierungsbedarf des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße ist unstrittig. Leider war bisher auf Grund von anderen Prioritäten (Brandschutz- und Sanitärmaßnahmen an Schulen) eine Berücksichtigung im mittelfristigen Investitionsplan der Landeshauptstadt Potsdam nicht möglich. Eine Unterstützung der Sanierungsmaßnahme mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird derzeit geprüft. Die Entwicklung eines tragfähigen Sanierungskonzepts erfolgt derzeit durch den Kommunalen Immobilien Service unter Beteiligung der Schulen und des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V.

- > Kosten: Ca. 300.000 Euro
- > Umsetzungszeitraum: 2012
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, mittelfristig vorgesehen.
- > Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Bereits in Umsetzung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 als „Bereits in Umsetzung“ vermerkt. Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung mit Bezug auf den Wirtschaftsplan 2012 des Kommunalen Immobilien Service (Plankosten: 300.000 Euro)

Bessere Unterstützung der Musikschule

Platz 17 (401 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-94)

Musik ist wichtig und macht Spaß! Damit es sich alle Familien leisten können, ihre Kinder an Musik heranzuführen, ist es notwendig, dass die städtische Musikschule gefördert und unterstützt wird. Nirgendwo sonst in Potsdam gibt es zudem so viele Möglichkeiten, der Ensemble und Orchesterbildung.

Für den Einzelunterricht werden mehr fest angestellte Musiklehrer benötigt. Grund für diesen Vorschlag sind unzumutbare Wartezeiten bei Wunsch nach Einzelunterricht. Die Kinder lernen im Instrumentenkarussell 4-6 verschiedene Instrumente kennen und können diese anschließend NICHT erlernen, weil keine Kapazitäten frei sind. Beispielsweise liegen die Wartezeiten für Akkordeon oder Schlagzeug bei einem Jahr oder länger. Durch steigende Geburtszahlen in Potsdam, werden auch die Wartezeiten steigen. Dem gilt es vorzubeugen!

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Steigende Geburten- und Zuzugszahlen sowie eine stetig wachsende Nachfrage lassen die Musikschule tatsächlich an den Rand ihrer Kapazitätsgrenze und darüber hinaus gelangen. Die Musikschule steuert im Moment dagegen, indem verstärkt Gruppenunterricht angeboten wird und neue Angebote entwickelt werden, um die Wartezeit zu verkürzen und mehr Schülerinnen und Schülern den Unterricht zu ermöglichen. Das kann das Problem teilweise lösen.

Die andere hier vorgeschlagene Möglichkeit, mehr festangestellte Lehrkräfte zu beschäftigen, ist aus Sicht der Musikschule grundsätzlich begrüßenswert, zumal während der vergangenen Jahre der festangestellte Lehrkörper stetig verkleinert werden musste.

- > Kosten: Ca. 50.000 Euro / Jahr pro Lehrkraft
 - > Umsetzungszeitraum: 2010-2014
 - > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, bezüglich der neuen Angebote der Musikschule.
- Nein, bezüglich der personellen Maßnahmen.

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Bereits in Umsetzung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 als „Bereits in Umsetzung“ vermerkt. Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung mit Bezug auf die angepasste Gebührensatzung der Potsdamer Musikschule.

Ausbau des Radwegesystems zeitnah fördern

Platz 4 (1391 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: Pi-3)

Potsdam ist 20 Jahre nach der Wende von einem funktionierenden, sicheren, markierten, erkennbaren, logischen, beschilderten,... Radwegesystem Lichtjahre entfernt. Wer immer mal mit dem Rad durch Potsdam fährt und dies überlebt (Alte Leute und Kinder inklusive) wird das bereits nach 100 m bemerken. Wie lange wird es noch dauern bis hier was - erkennbares - passiert... und hoffentlich ohne weitere Unfälle!! Punktuelle, unfertige und halbherzige Lösungen helfen da nicht.

Ich halte die Ausgaben für Investitionen (Radwege) in Höhe von 380.000 € im Verhältnis zum lfd. Aufwand von 600.000 € für zu gering, denn ich spüre als täglicher Radfahrer (statt Auto), dass zur Neuanlage bzw. Kennzeichnung von Radwegen in Potsdam noch viel zu tun ist. Die Beträge sollten zukünftig erhöht werden.

Mehr legale UND sichere Wege für Radfahrer:

- Radwege auf jeder Seite in zwei Richtungen befahren lassen, z.B. in der Breiten Straße
 - Straßen mit grobem Steinpflaster "entschärfen"
 - Einbahnstraßen für Radfahrer in beiden Richtungen freigeben
 - Shared Space (gemeinsam genutzter Verkehrsraum) weiter umsetzen
- Eine Radfahrergerechte Stadt verbessert die Wohnqualität, die öffentliche Gesundheit und den Umgang der Bürger miteinander:*
- weniger Lärm, weniger Abgase, mehr Klimaschutz,
 - Polizisten können sich auf Aufgabenfelder konzentrieren, die bei ihren Mitbürgern in höherem Ansehen stehen,
 - weniger Konflikte von Radfahrern mit anderen Verkehrsteilnehmern (Autos, Fußgänger, ÖPNV, LKW), denn man muss als Radfahrer nicht ständig mit einem schlechten Gewissen durch die Stadt fahren oder sich von stärkeren Verkehrsteilnehmern bedrängt fühlen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Grundsätzlich unterstützt der Vorschlag die Zielrichtung der städtischen Radverkehrsstrategie und des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam. Im Zeitraum von 2009 bis 2014 ist geplant, insgesamt 5,2 Mio Euro entsprechend dem Radverkehrskonzept einzusetzen. Tatsächlich werden diese finanziellen Mittel hälftig den Investitionen und dem laufenden Aufwand zugeordnet. Die Komplexität des Vorschlags ist unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit mit anderen Fachdienststellen zu prüfen. In den bisherigen Verfahren zum Radverkehrskonzept wird lösungsorientiert alles unternommen, um den Qualitätsanspruch auch für den Radverkehr zu erfüllen.

> Kosten: Jährlich 866.000 Euro

> Umsetzungszeitraum: Im laufenden Prozess des Radverkehrskonzepts

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja

> Grundlage der Umsetzung: Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SVV/0455)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Bereits in Umsetzung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 als „Bereits in Umsetzung“ vermerkt. Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung auf folgenden Beschluss zum Radwegekonzept der Landeshauptstadt Potsdam.

Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas und Kindergärten Platz 2 (1738 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-81)

Zur Erfüllung des hohen Bildungsauftrags ist eine Veränderung des Personalschlüssels unumgänglich. Um den Anspruch „Kinderfreundliche Stadt“ gerecht zu werden, reicht es nicht, auf eine hohe Anzahl an Kitaplätzen zu verweisen. Das Wohl und vor allem die individuelle Entwicklung unserer Kinder ist vor allem an qualitative Arbeit mit Kindern gebunden. Wenn Bildung in Potsdam tatsächlich so wichtig genommen wird, wie im Wahlkampf gern behauptet, dann ist es dringend notwendig, Grundlagen zu schaffen: mehr ErzieherInnen in die Kindergärten! Ein besserer Betreuungsschlüssel muss her. Brandenburg ist da Schlusslicht, so auch Potsdam. Die Stadt sollte hier schnellstmöglich mehr investieren und den schlechten Schlüssel des Landes durch eigene finanzielle Zuschüsse ausgleichen!

Kitas dürfen nicht ein Ort der Aufbewahrung werden. Die Kinder sind unsere Zukunft. Die „Verbesserung“ zum 1.10.2010 ist mehr als halbherzig! Wer hier spart, braucht später zu oft für die Schadensbegrenzung sehr viel Geld.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Personalausstattung bzw. der Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten ist durch das Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg (KitaG) geregelt. Veränderungen in der geforderten Weise sind also nur durch eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes möglich. Der Betreuungsschlüssel wird sich durch die geplante Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ab 1.10.2010 im Bereich der Krippen- (Altersgruppe von 0 - 3, Betreuungsschlüssel von auf 7 auf 6) und Kindergartenbetreuung (Altersgruppe von 3 - 6, Betreuungsschlüssel von 13 auf 12) verbessern.

> Kosten: Durch die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes erhält die Landeshauptstadt

Potsdam höhere finanzielle Zuschüsse vom Land Brandenburg, jedoch entstehen daneben städtische Mehrkosten in Höhe von 610.300 Euro (in 2011). Eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels durch weitere finanzielle Zuschüsse ist nicht quantifizierbar, da die gewünschte Änderung in der Vorschlagbeschreibung fehlt.

> Umsetzungszeitraum: Ab 1.10.2010

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, zum Teil (Novellierung Kindertagesstättengesetz)

> Grundlage der Umsetzung: Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ab 1.10.2010

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Bereits in Umsetzung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 als „Bereits in Umsetzung“ vermerkt. Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung auf die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes (1.10.2010).

Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern

Platz 19 (369 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-143)

Die Volkshochschule ist für alle wichtig, vor allem aber auch für Schüler ohne Abschluss. Ältere Bürger merken erst später, dass sie gerade noch lesen, aber schlecht in der Muttersprache schreiben können. Sie stehen sowieso im Abseits... Die Angebote für solche Altersgruppen sollten ausgebaut und stärker beworben werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Volkshochschule führt seit vielen Jahren Kurse der Grundbildung („Lesen und Schreiben“, „Mathe auf Schritt und Tritt“ sowie „Schreiben und informieren am PC“) durch und ist Mitbegründer des „Alphabündnisses Potsdam“. Die Kurse werden gut angenommen, auch dank einer Vielzahl von Multiplikatoren (PAGA, Jugendamt, Stadt- und Landesbibliothek, IHK, Diakonisches Werk u.a.). Auch im neuen Jahresprogramm der Volkshochschule (2010/11) sind diese Angebote wieder vorhanden.

Diese Kurse werden bisher mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln gefördert. Als einer von acht bundesweiten Modellstandorten von EQUALS („Erhöhung von Effizienz und Qualität in der Alphabetisierung durch Lebensweltforschung und Entwicklung sozialintegrativer Beratungs- und Lernangebote“) wurde über zwei Jahre eine Koordinatorenstelle finanziert, die im September 2010 zunächst auslief.

> Kosten: Für eine Weiterführung dieser Tätigkeit zur Verstetigung des Angebots ist jährlich eine halbe Stelle im Fachbereich nötig.

> Umsetzungszeitraum: Fortlaufend bis Ende 2011

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Der Vorschlag wird umgesetzt, solange eine Förderung durch den Europäischen Sozialfond anhält.

> Grundlage der Umsetzung: Gesetz zur Regelung und Förderung der Weiterbildung im Land Brandenburg

(Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz – Bbg WBG)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: Für eine Weiterführung dieser Tätigkeit zur Verstetigung des Angebots

wurde für 2011 eine (befristete) halbe Stelle im Fachbereich eingerichtet.

Damit soll neben der Förderung von Integrationskursen auch die Lernförderung nebst Netzwerkarbeit weitergeführt werden.

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Bereits in Umsetzung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 als „Bereits in Umsetzung“ vermerkt. Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung auf die Aktualisierung der Verwaltung, wonach für 2011 eine befristete Stelle im Fachbereich eingerichtet werden konnte.

Fahrradweg von Babelsberg – Potsdam Nord

Platz 20 (363 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: PR-11)

Ich befürworte Fahrraddirektverbindungen. Beispielsweise von Babelsberg nach Potsdam Nord. Diese Strecke sollte meines Erachtens an erster Stelle des Radwegekonzepts stehen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Verbindung ist nach dem Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam eine Hauptroute erster Stufe. Als wichtiger Meilenstein wurde der

- Radweg zwischen der Berliner Straße und der Rudolf-Breitscheid-Straße im Zuge der L 40 im Jahr 2009 im Zwei-Richtungs-Verkehr fertiggestellt. Die Verbindung entlang des Babelsberger Parks sollte mit Fertigstellung des zweiten Nutzungsabschnittes der L 40 nach Bereitstellung der finanziellen Mittel auch abgeschlossen werden. Die Verbindung nach Potsdam-Nord wird mit Beendigung der Bauarbeiten in der Alleestraße hergestellt.
- > Kosten: 320.000 Euro
 - > Umsetzungszeitraum: 2010 - 2015
 - > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja
 - > Grundlage der Umsetzung: Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SVV/0455)
- Bauabschnitt 2.2 der L 40
- > ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Bereits in Umsetzung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 als „Bereits in Umsetzung“ vermerkt. Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung auf das Radwegekonzept der Landeshauptstadt Potsdam.

PRÜFAUFTRÄGE

Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport Platz 1 (2014 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-7)

Ich schlage vor, auf der Fläche zwischen Nutheschnellstraße und Babelsberger Park einen Rasenplatz(Fußball) für den Jugend- und Freizeitsport anzulegen. Zwischen ehemaligem Zirkusplatz und dem kleinen Bolzplatz ist genug Platz einen Fußballplatz(Großfeld) zu schaffen. (Dazu muss man nicht auf den Abriss der Brücke zwischen Babelsberger Park und Zentrum Ost warten.) In Potsdam besteht ein dringender Bedarf an 5-6 Fußballplätzen (Großfeld). Gerade in Babelsberg sind die Sportplätze völlig überlastet. Die Lage am Babelsberger Park ist ideal, weil der Platz aus der Berliner Vorstadt, Zentrum Ost und Babelsberg durch Kinder und Jugendliche einfach und sicher zu Fuß zu erreichen ist. Beschwerden wegen "Lärm" sind dort kaum zu befürchten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Einschätzung, wonach Potsdam einen Bedarf an Fußballplätzen hat, wird von der Verwaltung bestätigt. In Auswertung der Verteilung vorhandener Anlagen und Einwohnerzahlen in den einzelnen Stadtteilen sowie der Nachfrage von Bürgern und Vereinen ergibt sich ein Bedarf insbesondere für den Potsdamer Norden und Babelsberg. Auf der Fläche zwischen der Nutheschnellstraße und dem Babelsberger Park könnten nach Einschätzung der Verwaltung zwei Trainingsplätze für den organisierten Vereinsfußball und ein Bolzplatz für den Breitensport Platz finden. Die Plätze sollten üblicherweise mit Beleuchtung, Beregnung, Toren und Ballfangnetzen ausgestattet werden. In einer weiteren Ausbaustufe würde hierzu ein Sportfunktionsgebäude benötigt werden. Wegen der unmittelbaren Nähe zum Babelsberger Park ist ein denkmalrechtliches Genehmigungsverfahren erforderlich. Wegen o.g. notwendigen Einrichtungsgegenstände wäre der Umgebungsschutz des Denkmals „Park Babelsberg“ nach Auffassung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gefährdet und würde ggf. wichtige Sichtachsen und Blickbeziehungen und damit die Wertigkeit

des Babelsberger Parks beeinträchtigen. Eine Umsetzung kann aus heutiger Sicht auch in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation kurz- oder mittelfristig nicht erfolgen.

> Kosten: Die geschätzten Kosten für die Plätze belaufen sich auf ca. 650.000 Euro. Die Kosten für ein Sportfunktionsgebäude würden sich auf ca. 250.000 Euro belaufen, zzgl. Folgekosten.

> Umsetzungszeitraum: Nein

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: Ausgehend von der Beratung und Positionierung des Ausschusses für Bildung und Sport zu den Top 20 des Bürgerhaushalts 2011 wurde zum Platz 1 - Fußballplatz am Park Babelsberg - der Auftrag an die Verwaltung erteilt, die Kosten zur Umsetzung des Vorschlages zu prüfen und mit dem Vorschlagseinbringer abzustimmen. Beides ist erfolgt.

Im Ergebnis ist mitzuteilen, dass ein Rasenplatz (Großfeld, Fußball), mit einer erforderlichen Mindestausstattung, Herstellungskosten bzw. Anschaffungskosten in Höhe von ca. 250.000 € entspricht.

Mindestausstattung: Ballfangnetze hinter den Toren zum Schutz des fließenden Verkehrs auf angrenzenden Straßen // Beregnungsanlage zum Schutz des Sportrasens in warmen trockenen Sommern // minimale Beleuchtung zum gefahrlosen Verlassen des Platzes bei Anbruch der Nacht // Tore, Netze etc.

Vorlaufzeiten: ca. 6 Monate für Planung, Baugenehmigung und Ausschreibung / Vergabe
Folgekosten inkl. Abschreibung: ca. 15.000 € p.a.

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Prüfauftrag - Für diesen Vorschlag vergab die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 einen Prüfauftrag. Der Prüfauftrag wurde folgend begründet und hinsichtlich folgender Punkte konkretisiert: Im Haushalt 2011 finanziell nicht darstellbar. Jedoch Sicherung der Flächen für den gewünschten Platz anstreben und Prüfung hinsichtlich einer möglichen Umsetzung in folgenden Haushaltsjahren.

"ARCHIV" - Weiterbetrieb dauerhaft sichern

Platz 6 (1313 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-69)

Das alternative Kulturhaus in der Leipziger Straße ist weiterhin von Schließung bedroht ! Wie die öffentliche Diskussion gezeigt hat, ist das Archiv ein großer und unverzichtbarer Standort für nicht-konsumorientierte, nicht-kommerzielle und partizipative Alternativkultur in Potsdam, der bereits auf eine 16-jährige Tradition zurückblicken kann. Leider gestaltet sich die Überlebenssituation des Archivs immer noch schwierig. Gründe dafür sind: Die nur teilweise Brandschutzsanierung und die aufgrund unzureichender finanzieller Mittel noch völlig offene Frage anderer dringend notwendiger Reparaturen, sowie der Umstand, dass für das Archiv bisher keine langfristig verlässlicher Mietvertrag existiert. Der Vorschlag lautet also, dem Archiv ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Brandschutzsanierungen vervollständigt und die notwendigen Reparaturen durchgeführt werden können. Das Archiv will keine überzogene und überbeuerte Luxussanierung, sondern lediglich das was zum dauerhaften Erhalt des Standorts gebraucht wird !

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Bereits im Rahmen des Bürgerhaushalts 2010 wurde die Brandschutzsanierung des „Archiv“ auf Platz 1 der 20 wichtigsten Bürgervorschläge gewählt.

Um dem Bürgerwunsch zu entsprechen und die Weiterführung des Archiv e.V. zu sichern, stellte die Landeshauptstadt Potsdam daraufhin für 2010 einen zusätzlichen Betrag in Höhe 225.000 Euro zur Finanzierung

der notwendigen betriebssichernden Baumaßnahmen zur Verfügung. An der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes wird derzeit gearbeitet. In intensiven Gesprächen mit den Vertretern des Vereins Archiv e.V. wurden weiterführende Lösungsmöglichkeiten zum dauerhaften Betrieb des Archiv e.V. diskutiert und erörtert. Dazu gehören auch Aspekte aus baulicher wie vertraglicher Sicht. Die Landeshauptstadt Potsdam wird weiterhin gemeinsam mit dem Archiv e.V. und der Arbeitsgruppe Jugend- und Soziokultur nach Möglichkeiten suchen, das Archiv dauerhaft zu sichern und somit an der Umsetzung des Vorschlags arbeiten.

- > Kosten: Abhängig vom Sanierungsbedarf
- > Umsetzungszeitraum: Laufend
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, teilweise.
- > Grundlage der Umsetzung: DS 09/SVV/0868 (Stadtverordnetenbeschluss zur Unterstützung des Archiv e.V.)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Prüfauftrag - Für diesen Vorschlag vergab die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 einen Prüfauftrag. Der Prüfauftrag wurde hinsichtlich folgender Punkte konkretisiert: Bereitstellung von zunächst 100.000 Euro, zur Prüfung nach detaillierten Kosten für entsprechende Maßnahmen des Sanierungsbedarfs.

Sportanlagenenerweiterung Potsdamer Norden

Platz 10 (703 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-17)

Der Zuzug in den Potsdamer Norden wächst ungebremst. Vor allem Familien mit Kindern ziehen in das Wohngebiet, was jedoch überhaupt nicht wächst oder erweitert wird ist die Freizeitliche Infrastruktur im Wohngebiet. Der Sportverein Potsdamer Kickeres leistet seit vielen Jahren hervorragende Freizeitarbeit vor allem im Nachwuchsbereich, inzwischen werden dort mehrere 100 Kinder betreut. Dies jedoch seit ebensolanger Zeit auf einer völlig unzureichenden, winzigen und durchgängig überlasteten Sportanlage an der Kirschallee. Daher sollten die Sportmöglichkeiten (Bolzplatz, Fußballplatz, Rasenanlage zum Fußballspielen o.ä. ...) im Potsdamer Norden dringend erweitert werden. Genügend Brachflächen vor Ort gibt es, auch kann man eine Kooperation mit dem angrenzenden BUGA-Park, der entsprechende Flächen und Möglichkeiten hat, andenken.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Erholungs-, Spiel- und Freizeitanlagen im unmittelbaren Wohnbereich sind wesentliche Bestandteile einer Wohnungs- und Siedlungspolitik. Der Potsdamer Norden erreicht einen Versorgungsgrad mit ungedeckten Sportflächen von 66 %. Der Entwicklungsbereich Bornstedter Feld verfügt in der Kirschallee über eine Sportplatzanlage für die Freizeit- und Vereinssportnutzung. Darüber hinaus steht der Volkspark für den Breiten- und Freizeitsport zur Verfügung (z.B. Kletterfelsen, Basketballplatz, Inlineskating, Frisbee-Golfen). Letztere sind aber weitestgehend ungeeignet für den Vereinssport insbesondere für den wettkampforientierten Vereinssport/ Fußball. Neben der Anlage in der Kirschallee wäre eine weitere in dem stark wachsenden Stadtteil sportfachlich wünschenswert, allerdings ist mittelfristig die Finanzierung auf Grund der angespannten, schwierigen Haushaltssituation sowie anderer Prioritäten wie z.B. Brandschutz an Schulen derzeit nicht darstellbar. Die sogenannten Brachflächen sind für den Wohnungsbau vorgesehen. Es gibt bereits städtebauliche Konzepte und den Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans. Die Erlöse aus dem Verkauf von diesen Wohnbauflächen werden von der Stadt für die Erstellung

- von Infrastruktur (Straßen, soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas und Jugendfreizeitheim) im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld benötigt.
- > Kosten: Ca. 2,4 Mio. Euro für Fußballplatz, Sportfunktionsgebäude und Grundstück, zuzüglich Folgekosten.
 - > Umsetzungszeitraum: Nein
 - > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein
 - > Grundlage der Umsetzung: -
- > ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Prüfauftrag - Für diesen Vorschlag vergab die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 einen Prüfauftrag. Dieser wurde auf die Einschätzung der Verwaltung bezogen: Möglichkeiten der Berücksichtigung bei der Aufstellung eines Bebauungsplans.

Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee

Platz 8 (1101 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-35)

Die Heinrich-Mann-Allee ist für ihren Sportstandort bekannt. Die 1965 errichtete Sporthalle hat sich über Jahrzehnte bewährt und erfährt seit Jahren eine Dauerüberlastung. Sie ist Trainings- und Spielstätte vom SC Potsdam, VfL Potsdam, Judo, Schule etc. Entspannung soll die Mehrzweckhalle am weit entfernten LuftschiFFhafen bringen. Vor der Heinrich-Mann-Allee befindet sich das Rollsportfeld, welches erfolgreich durch die ansässigen Vereine Polarstern Potsdam, den Hochschulsport und ESV Lok Potsdam genutzt wird. Hinter der Sporthalle befinden sich seit Jahren die Tennis-Anlagen vom TC Rot-Weiß, die sich am Standort über Jahrzehnte behauptet haben. Auch wenn die Stadtspitze sich einen Sportstandort (ein Schwimmbad wäre hier sehr sinnvoll gewesen) hier in den nächsten Jahren nicht mehr vorzustellen wagt, muss dieser Sportstandort erhalten bleiben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der vorhandene Standort ist wichtiger Bestandteil des Sportanlagenangebots der Landeshauptstadt Potsdam. Vorbehaltlich aller übergeordneten Planungen (wie z.B. Flächennutzungsplan, Stadtentwicklungskonzept oder anderweitiger Projektentwicklungen benachbarter Grundstücke) ist daher der Erhalt der vorhandenen Sporthalle und des Rollsportfeldes sinnvoll. Die Aufgabe von Sportanlagen ist laut Stadtverordnetenbeschluss nur dann möglich, wenn entsprechender Ersatz zur Verfügung gestellt werden kann. Die Sporthalle wird aktuell vom benachbarten Gymnasium und Vereinen genutzt. Mit dem Tennisverein werden Verhandlungen zu dessen Verlagerung auf ein anderes Grundstück geführt.

Vor dem Hintergrund der Begrenztheit der finanziellen Mittel der Stadt und einer Prioritätensetzung zu Gunsten von zukünftigen Investitionen an diesem Standort (Wohnungsbau) wird auch über eine Neugestaltung des Areals bei gleichzeitigem Ersatz der vorhandenen Sportanlagen an vertretbarer Stelle nachgedacht. Dadurch könnte eine effektivere Flächennutzung entstehen.

- > Kosten: -
- > Umsetzungszeitraum: Aufgrund der Sachlage, derzeit keine Angabe möglich.
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, teilweise.
- > Grundlage der Umsetzung: -

- > ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Prüfauftrag - Für diesen Vorschlag vergab die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 einen Prüfauftrag. Der Prüfauftrag wurde hinsichtlich folgender Punkte konkretisiert: Prüfung im Rahmen der konkreten Standortplanung u.a. im Ausschuss für Bildung und Sport.

Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten

Platz 21 (358 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-88)

Wir sind der Meinung, dass es an Bushaltestellen und öffentlichen Plätzen zu wenig Sitzmöglichkeiten gibt. So sind beispielsweise an der Haltestelle "Brandenburger Straße" nur zwei Sitze vorhanden. Dieser Missstand sollte im gesamten Stadtgebiet verbessert werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Wunsch nach mehr Sitzmöglichkeiten an Haltestellen und Plätzen ist verständlich, jedoch stehen im Wesentlichen finanzielle Möglichkeiten und oftmals auch denkmalpflegerische Aspekte dem entgegen.

Im Rahmen der Herstellung von Barrierefreiheit an Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs erfolgt ein Standardausstattungsprogramm. Dazu gehören u.a. Blindenleitplatten, ein erhöhter Bordstein und ggf. Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten. Für 2011 sind an folgenden Haltestellen Umgestaltungen geplant: Katjeswerk (Wetzlarer Straße), Hofbauer Stiftung (Hermannswerder), Magnus-Zeller-Platz (doppelseitig), Am Fenn (doppelseitig).

Die Kosten für die genannten Stellen betragen insgesamt etwa 180.000 Euro. Grundsätzlich sind die Kosten unterschiedlich. Sie sind abhängig von der Ausgangssituation und betragen zwischen 10.000 und 40.000 Euro.

Beim Aufstellen von Bänken in Grünanlagen und an Plätzen müssen Einzelfallentscheidungen

getroffen werden und aus dem vorhandenen Budget

(im laufenden Aufwand) bezahlt werden. Die Kosten für die Aufstellung einer Bank im Stadtgebiet betragen zwischen 500 und 1.000 Euro.

> Kosten: Behindertengerechter Ausbau von Haltestellen abhängig von Ausgangssituation und Ausstattung zwischen 10.000 und 40.000 Euro // Aufstellen von Bänken an Plätzen und Grünanlagen zwischen 500 und 1.000 Euro

> Umsetzungszeitraum: Laufend

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, im Rahmen der genannten Maßnahmen.

> Grundlage der Umsetzung: Jahres- und Mittelfristplanungen

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Prüfauftrag - Für diesen Vorschlag vergab die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 einen Prüfauftrag. Der Prüfauftrag wurde hinsichtlich folgender Punkte konkretisiert: Prüfung der Aufnahme weiterer Sitzmöglichkeiten.

ABLEHNUNGEN

Hundesteuer erhöhen

Platz 7 (1107 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: Pi-24)

Ich glaube, daß über eine Möglichkeit nachgedacht werden müßte, Hundehalter für die nicht beseitigte Hinterlassenschaft zur Verantwortung zu ziehen. Ich glaube auch, daß es möglich sein müßte, die relativ geringe Hundesteuer zu erhöhen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Hundesteuer ist eine örtliche Aufwandsteuer, deren Aufkommen der jeweiligen Gemeinde, in der diese erhoben wird, zusteht. Steuern sind generell nicht zweckgebunden. Sie sind Einnahmen, die zur allgemeinen Deckung der Ausgaben der Gemeinde dienen. Hundesteuer kann demnach nicht als Gegenleistung für die Beseitigung von Hundekot erhoben werden. Die Erhöhung der Steuersätze und damit der Hundesteuer für Maßnahmen, die allein der Hundekotbeseitigung dienen, hätte den Charakter eines Entgeltes, der mit dem Begriff Steuern demnach nicht vereinbar ist. Darüber hinaus ist die Erhöhung der Hundesteuer kein geeignetes Mittel, Ordnung und Sauberkeit in der Landeshauptstadt Potsdam durchzusetzen. Mit dieser Steuer wird die Hundehaltung eher erschwert.

Im Vergleich zum unmittelbaren Umland weist Potsdam relativ hohe Steuersätze aus. Werden in diesen Vergleich andere Landeshauptstädte einbezogen, liegt Potsdam im Mittelfeld der Steuersätze.

Nachhaltiger wäre es aus Sicht der Verwaltung, die steuerlich nicht gemeldeten Hunde zu erfassen und zu besteuern. Dazu werden von Kommunen Hundebestandsaufnahmen durchgeführt.

> Kosten: -

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Jedoch wurde die Durchführung einer „Hundebestandsaufnahme“ für 2011 empfohlen, um den langfristigen Umfang dieser Steuererträge zu ermitteln.

Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler

Platz 3 (1464 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-86)

Wir sind für die kostenlose Schülerbeförderung innerhalb Potsdams ab der ersten Klasse bis mindestens bis zur Erreichung des Abiturs. Gleiche Chancen auf Bildung beginnen mit den Wegen zu den Bildungsorten einer Stadt, ob Schule, Musikschule, Sportverein, Nachhilfeangebot, Theater oder Museum. Es soll für alle Heranwachsenden gleich leicht sein, sich in unserer Stadt zu bewegen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Dieser Vorschlag war im Bürgerhaushalt 2009 auf Platz 1 der 20 am besten bewerteten Vorschläge. Auf Grund dessen wurde dieses Thema in zwei

Workshops umfassend bearbeitet, letztendlich mit dem Ergebnis, dass eine Umsetzung kurzfristig nicht realistisch ist. Dem folgte ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2009 zur schrittweisen Umsetzung, beginnend mit 25% Ermäßigung der Schülerjahreskarte. Auch dies musste im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2010 verworfen werden, jedoch mit dem Auftrag an die Verwaltung, eine Ermäßigung um 10% beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 vorzubereiten. Die zuständigen Gremien im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH haben diesem Potsdamer Tarifangebot zum 1. Januar 2011 als Modellversuch zugestimmt. Ab diesem Zeitpunkt ist für Potsdamer Schülerinnen und Schüler eine ermäßigte Schülerjahreskarte im Abonnement - bei monatl. Abbuchung 236,70 Euro/Jahr (bisher: 263 Euro) / bei jährl. Abbuchung 229,60 Euro/Jahr (bisher: 255,10 Euro) - erhältlich. Nach drei Jahren sollen die gesammelten Erfahrungen ausgewertet und über eine Fortsetzung befunden werden.

- > Kosten: Die Einführung des kostenlosen ÖPNV für Schülerinnen und Schüler würde mindestens 1,7 Mio. Euro/Jahr kosten. Durch die kommende Ermäßigung der Schülerjahreskarte entstehen jährlich bereits Mindereinnahmen in Höhe von ca. 45.000 Euro.
- > Umsetzungszeitraum: Aufgrund der allgemeinen Tarifierhöhung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wird ab 1. Januar 2011 eine Kostenermäßigung von 12,3% beim Kauf von Jahreskarten realisiert.
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein, jedoch wird bereits die schrittweise Umsetzung einer kostengünstigeren Schülerjahreskarte durchgeführt.
- > Grundlage der Umsetzung: Stadtverordnetenbeschluss (DS 10/SVV/0052) zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2010, Anlage H11 „Kostengünstiges Schülerticket“

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Umsetzung finanziell nicht darstellbar, mit Hinweis auf das laufende dreijährige Versuchsprojekt zu Vergünstigung (ca. 12%) für Schülerjahreskarten.

Einführung von 6er-Karten im ÖPNV

Platz 11 (692 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-164)

Wie bereits im Vorjahr fordere ich die Einführung von 6er-Karten im ÖPNV zum Preis von fünf Fahrten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Dieser Forderung kann im Rahmen des Tarifverbundes Berlin-Brandenburg mittelfristig nicht entsprochen werden. Ein solches Tarifangebot entspräche einer fast 20%igen Ermäßigung im Bartarif (ohne soziale Komponente). Im Rahmen der Weiterentwicklung des VBB-Tarifs wird gegenwärtig an einer 4-Fahrten-Karte mit ca. 5% Ermäßigung (auch für Brandenburg) gearbeitet, die bereits im Tarifgebiet Berlin angeboten wird.

> Kosten: Gegenwärtig sind die Kosten für ein 6er-Ticket in Potsdam nicht bezifferbar. Hier wären die Kosten der Einführung, evtl. ein Einnahmeausfall oder -zuwachs sowie Zuwendungen für Vertriebstechnik zu berücksichtigen.

> Umsetzungszeitraum: Eventuell möglich anlässlich der nächsten Tarifanpassung, jedoch erst

nach 2011.

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein, die Einführung von Mehrfachfahrkarten wird diskutiert, jedoch bisher nicht im vorgeschlagenem Maße umgesetzt.

> Grundlage der Umsetzung: Tarif des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Finanzausschuss sieht keine dahingehende Einflussmöglichkeit auf das Tarifrecht des VBB.

Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf

Platz 16 (423 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: Pi-65)

Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf und ggf. für Eishockey und Eiskunstlauf, die im Sommer als zusätzliche Trainingsstätte für Inlinehockey und Rollkunstlauf genutzt werden kann (ähnlich der Eisbahn in Lankwitz).

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein reichhaltiges, vielfältiges Sportangebot. Über 50 Sportarten stehen den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Schwerpunkte bilden dabei die klassischen olympischen Sommer-, Spiel und Wassersportarten. Dies ist durch Tradition und geographische Lage gewachsen. Hierzu steht ein entsprechendes Sportstättenangebot zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten wird die Notwendigkeit zur Erweiterung des Angebots für o.g. Vorhaben nicht gesehen.

Der Bau einer Eisbahn, ähnlich der in Lankwitz, (es handelt es sich um eine Bahn mit Kühlanlage) würde zu hohen Betriebskosten führen, die neben den Baukosten derzeit nicht zur Verfügung stehen. Mit freiwilligen ehrenamtlichen Kräften soll im kommenden Winter versucht werden, eine Naturspritzeisbahn zu erstellen.

> Kosten: Eishalle: bis zu ca. 20 Mio. Euro

Offene Eislaufbahn mit Kühlanlage: bis zu ca. 4 Mio. Euro

Naturspritzeisbahn: ca. 35.000 Euro

jeweils zzgl. jährlicher Folgekosten

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Eine Umsetzung ist im Haushalt 2011 finanziell nicht darstellbar.

Kitabeiträge reduzieren

Platz 5 (1334 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-70)

Potsdam hat deutschlandweit mit die höchsten Kitagebühren. Es gilt, diese zu reduzieren.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die in Potsdam geltenden Kitagebühren richten sich nach einer seit 2003 gültigen Beitragstabelle. Danach staffeln sich die Beiträge schrittweise nach Einkommensklassen der Eltern. Potsdam richtet sich dabei nach dem Prinzip einer „Solidargemeinschaft“. So müssen Potsdamer Familien mit geringem Einkommen, im Gegensatz zu Familien mit höherem Einkommen, nur wenig oder gar keine Gebühren zahlen.

Gemäß § 17 Absatz 3 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg werden die Elternbeiträge vom Träger der Einrichtung festgesetzt und erhoben. In der Landeshauptstadt Potsdam werden seit 2009 ausschließlich Kindertagesstätten in freier Trägerschaft betrieben. Freie Träger, die einen finanziellen Zuschuss der Stadt erhalten, sind verpflichtet, die in der Elternbeitragsordnung der Landeshauptstadt Potsdam enthaltenen Mindestelternbeiträge nicht zu unterschreiten. Durch den Zuschuss der Stadt wird der Unterschiedsbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und so für eine Vollfinanzierung der Einrichtung gesorgt.

Eine Reduzierung der Elternbeiträge könnte nur dann umgesetzt werden, wenn die Kitafinanzierungsrichtlinie / Elternbeitragsordnung dahingehend geändert wird, dass dort keine Mindesthöhe für Elternbeiträge gefordert wird. Dies hätte zur Folge, dass die verminderten Einnahmen aus Elternbeiträgen durch erhöhte städtische Zuschüsse kompensiert werden müssten. Eine weitere Erhöhung der finanziellen Zuschüsse ist aufgrund der angespannten Haushaltslage jedoch derzeit nicht vorgesehen.

> Kosten: Folgekosten können nicht beziffert werden, da Änderungen der Elternbeiträge durch die freien Träger unterschiedlich vorgenommen werden müssten. Gleichzeitig müsste die Kita-Finanzierungsrichtlinie angepasst werden.

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Eine Umsetzung im Haushalt 2011 ist finanziell nicht darstellbar.

Erhalt des "Treffpunkt Freizeit"

Platz 13 (550 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: BV-16)

Die Nutzung des Treffpunkt Freizeit für Vereine sollte weiterhin kostenlos ermöglicht werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Kosten des „Treffpunkt Freizeit“-Betriebs belaufen sich derzeit auf 412.000 Euro jährlich, zzgl. Mietkosten in Höhe von 130.000 Euro. Neben dem kommunalen Zuschuss in Höhe von 357.000 Euro (zzgl. Mietkosten) sind für den kostendeckenden Betrieb auch Teilnehmerbeiträge (25.000 Euro) sowie Mieteinnahmen aus Vermietungen (30.000 Euro) zu erwirtschaften.

Letztere richten sich zwar nach Nutzer/innen und Nutzungszweck/-art und werden differenziert erhoben. Sie sind grundsätzlich für den Einrichtungserhalt unverzichtbar.

> Kosten: Mietausfall jährlich ca. 30.000 Euro

> Umsetzungszeitraum: Laufend

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, der Erhalt des „Treffpunkt Zeit“ wird umgesetzt. Jedoch ist die kostenlose

Nutzung durch Vereine dabei nicht vorgesehen.

> Grundlage der Umsetzung: DS 10/SVV/0330 (Auswahlverfahren u. -kriterien „Treffpunkt Freizeit“)

DS 09/SVV/1112 (Trägerwechsel Kindermusiktheater „Buntspecht“)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Eine Extra-Bezuschussung des TF (Mietausfall etwa 30.000€) wäre gegenüber anderen Einrichtungen nicht vertretbar.

Touristenabgabe einführen

Platz 14 (527 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-102)

Ich finde Potsdam könnte eine Art "Touristenabgabe" einführen, um zusätzlich Einnahmen zu erhalten. Pro Nacht und Person könnte die Stadt eine Abgabe von 1€ erheben. Bei 280.000 Besuchern in 2008, die durchschnittlich 2,3 Nächte bleiben, hätte damit eine erhebliche Summe Geld in die Stadtkasse gehen können...

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Nach § 1 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (BbgKAG) sind Gemeinden und Gemeindeverbände berechtigt, Abgaben (wie Steuern, Gebühren und Beiträge) zu erheben. Dazu zählen nach § 11 BbgKAG auch Fremdenverkehrsbeiträge (wie eine Touristenabgabe). Diese dürfen jedoch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erhoben werden. Dazu gehört, dass >> die Gemeinde ganz oder teilweise als Kurort oder als Erholungsort anerkannt ist oder >> die Zahl der Fremdenübernachtungen pro Jahr regelmäßig das Siebenfache der Einwohnerzahl übersteigt.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist kein ganz oder teilweise anerkannter Kur- oder Erholungsort und die Anzahl der Fremdenübernachtungen übersteigt das Siebenfache der Einwohnerzahl ($7 \times 150.000 = 1.050.000$) nicht.

Im Jahr 2009 betrug die Zahl der Fremdenübernachtungen in Potsdam ca. 831.000 bei 351.000 Gästeanmeldungen (Meldungen von Gästen in einer Beherbergungsstätte, die zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten). Folglich ist der Vorschlag zur Einführung einer Touristen- bzw. Fremdenverkehrsabgabe auf Grund der gegenwärtigen Situation bzw. auf diese Weise nicht umsetzbar.

> Kosten: -

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein, zur Zeit nicht.

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: In den Städten Weimar und Köln wird eine „Kulturförderabgabe“ (sog.

Bettensteuer) erhoben, deren Grundlage die entgeltliche Übernachtung in einer Beherbergungsstätte ist. Die rechtliche Zulässigkeit der Einführung

einer solchen Abgabe in der Landeshauptstadt Potsdam ist bisher nicht abschließend überprüft worden. Allerdings ist auch die Erhebung dieser Abgabe in den beiden genannten Städten mangels gerichtlicher Überprüfung noch nicht rechtlich gesichert.

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt. Dieser Vorschlag wurde aufgrund nicht vorhandener gesetzlicher Voraussetzungen nicht befürwortet. Es besteht jedoch trotzdem die Möglichkeit einer mittelfristigen Prüfung hinsichtlich der Einführung einer „Kulturförderabgabe“ / „Bettensteuer“.

Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffiti

Platz 15 (464 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: BV-18)

Flächen die stetig mit Graffiti beschriftet werden, sollten Künstlern, welche ein sinnvolles Verschönerungskonzept für diese Fläche einreichen, zur Verfügung gestellt werden. Bürger sollten einen Ansprechpartner über Brennpunkte und Konzepte informieren können. Die Umsetzung geprüfter und für sinnvoll befundener Verschönerungskonzepte, sollte dann durch die Stadt gefördert werden. Künstler bekommen dadurch die Möglichkeit, eine Vorbildfunktion gegenüber unprofessionellen Sachbeschädigern einzunehmen und so Bewusstsein für ausdrucksstarke Kunst und intensive Arbeit zu schaffen. Zusätzlich sollten dann an den gestalteten Flächen Werbetafeln angebracht werden können, die Einnahmen für die Umsetzung von weiteren Verschönerungskonzepten erbringen.

Einscheidende Vorteile dieses Vorschlags: Verschönerung des Wohnumfeldes / Künstlerförderung / Entstehung nachhaltiger Kunstwerke / Schaffung von künstlerischen Freiräumen / Kompensierung von illegalen Graffiti-Schmiereien / Einsparung von Geldern für aufwändige Fassadenreinigungen / Förderung von zwischenmenschlichen Beziehungen / Erfahrungsaustausch / Aufbau eines Dialogs zwischen Jung und Alt.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Ein ähnlicher Vorschlag wurde bereits im Bürgerhaushalt 2010 auf Platz 7 der Top-20-Liste gewählt und als Prüfauftrag an die Verwaltung gerichtet. Der Vorschlag wird grundsätzlich begrüßt. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung sind unter Berücksichtigung der stadtplanerischen, sozialräumlichen/ stadtteilbezogenen und inhaltlichen Ausrichtung solcher Projekte zunächst unterschiedliche Akteure einzubeziehen, so beispielsweise die Fachbereiche Kultur und Museum, Stadtplanung und Bauordnung, ggf. Stadterneuerung und Denkmalpflege, vor allem aber auch zur fachlichen Begleitung der Beirat Kunst im öffentlichen Raum. Überlegenswert wäre es, die Gestaltung von Flächen im Sinne des Vorschlags insbesondere in Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen und Kunst- oder Kulturakteuren zur inhaltlichen Profilierung der Projekte vorzunehmen.

Die Berücksichtigung des Vorschlags im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts für Bildende Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam ist vorstellbar.

> Kosten: Abhängig vom Projektumfang

> Umsetzungszeitraum: 2011 und Folgejahre

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Im vorgeschlagenem Sinne findet derzeit keine Umsetzung

statt. Gleichwohl ist die Kunst im Öffentlichen Raum wichtiger Bestandteil der Potsdamer Kulturvielfalt.

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:
Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt.

"Freiland" stoppen und Geld sparen

Platz 18 (384 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-18)

Die Stadt sollte auf das "freiLand", dessen Bedarf nie ermittelt wurde, verzichten und somit verantwortungsvoll und sparsam handeln.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Bei dem auf einem von den Stadtverordneten beschlossenen Konzept basierenden Modellprojekt „freiLand“, das zunächst für die Dauer von drei Jahren angelegt ist, handelt es sich um jugend- und soziokulturelles Zentrum in Potsdam. Mit „freiLand“ soll ein Zentrum selbstbestimmter und selbstorganisierter Jugendkultur entstehen, das jungen Potsdamerinnen und Potsdamern Räume zur freien Gestaltung bzw. Realisierung eigener kreativer und künstlerischer Möglichkeiten sowie zur Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung und zur demokratischen Praxis bietet. Ein Verzicht auf das Modellprojekt „freiLand“ wird nicht befürwortet, da erstens der Prozess in seiner Umsetzung schon zu weit fortgeschritten ist und zweitens ein Stopp dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung des Projekts „freiLand“ widersprechen würde.

> Kosten: 300.000 Euro Investitionskosten in 2010

125.000 Euro Zuschuss für den laufenden Betrieb / jährlich

> Umsetzungszeitraum: 2010 - 2013

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: DS 10/SVV/0109 (Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsoziokultur

/ Umsetzung des Projekts „freiLand“)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:
Ablehnung - Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6.4.2011 abgelehnt, und mit Bezug auf die Einschätzung der Verwaltung begründet.

„LISTE DER VORSCHLÄGE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER“ (PLÄTZE 22 - 37)

Folgend aufgelistete Vorschläge erhielten während der Vorauswahl (Priorisierungsphase bei den dezentralen Stadtteilversammlungen oder im Internet) eine ausreichende Punktzahl von den Potsdamerinnen und Potsdamern und wurden in die "Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen.

Bei der abschließenden Votierung (über das Internet, den Postweg oder während der Abschlussveranstaltung) erhielten die Vorschläge von den Potsdamerinnen und Potsdamern keine ausreichende Punktzahl. Sie erreichten die Plätze 21 - 40 und wurden in die "TOP 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen.

Zentrale Vergabestelle / Beauftragter für Kitaplätze

Platz 22 (342 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-107)

Es ist für Eltern schon vor der Geburt des Kindes ein großer Sorgenpunkt, dass es in Potsdam so schwer ist, eine Kinderbetreuung für die Kleinsten gibt. Es ist kaum ein Trost, dass letztlich noch jeder etwas bekommen hat, oft führt das zu weiten Wegen. Eine öffentliche, transparente Liste von Tagesmüttern und deren Kapazitäten wäre toll sowie eine Tauschbörse. Oder eine Art Sonderbeauftragter für Kinderbetreuung, so dass man sich an den wenden kann, wenn man leer ausgegangen ist oder wenn man unzumutbare Wege hat. Weil bei einem solchen alle Fäden zusammenlaufen, kann er sicher noch einiges über Tausch richten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Aufgrund der ständig steigenden zu betreuenden Kinderzahlen und den in diesem Zusammenhang notwendigen Neueröffnungen von Einrichtungen wurde mit Wirkung vom 1.10.2010 der Betreuungsplatzservice „Kita-Tipp“ eröffnet. Damit wurde eine bürgerfreundliche Anlaufstelle geschaffen, bei der Eltern kompetent und sachkundig zum Thema Kitaplatzanspruch beraten werden. Der Service informiert und berät Eltern „aus einer Hand“ zu allen Fragen der Kindertagesbetreuung in Potsdam. Die Landeshauptstadt steht dabei in Abstimmung mit den 50 freien Trägern der über 110 Kindertageseinrichtungen. Die persönliche Beratung zu freien Plätzen sowie zu den pädagogischen Profilen der Kindertagesstätten steht weiter im Vordergrund. Die Beratung schließt die Vorbereitung der Bescheiderteilung (u.a. Prüfung der erforderlichen Unterlagen), die Kontaktaufnahme zu den Trägern der Kitas und Tagespflege sowie die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie mit ein.

> Kosten: Erstausrüstung: 11.700 Euro // Miete: 5.000 Euro // Betriebskosten: 1.950 Euro // Erstattung an Leistungserbringer: 75.000 Euro

> Umsetzungszeitraum: Ab 1.10.2010

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, der Dienst arbeitet seit dem 1.10.2010 und steht den Bürgern zur Verfügung (Stadthaus, Raum 106)

> Grundlage der Umsetzung: U.a. Mitteilung im Jugendhilfeausschuss vom 27.05.2010

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Überprüfung der Fahrradabstellmöglichkeiten im Stadtgebiet Platz 23 (329 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-14)

Viele Bewohner der Stadt nutzen die Möglichkeit, mit der Bahn zur Arbeit zu fahren. Auch Touristen sind gerne mit dem Fahrrad unterwegs. Vielerorts fehlen Fahrradabstellmöglichkeiten:

- 1. Viele Anwohner des Stadtteils Potsdam-West fahren mit dem Fahrrad zum Bahnhof. Gerade am Bahnhof Charlottenhof fehlen aber die Abstellmöglichkeiten für Räder. Diese werden aus Mangel kreuz und quer abgestellt und stellen damit auch eine Gefahrenquelle da. Hier sollten weitere Fahrradständer eingerichtet werden.*
- 2. Am Eingang Hauptbahnhof Süd und auch Nord sollte man die Fahrradständer und die Abstellmöglichkeiten überprüfen. Diese Plätze sehen katastrophal aus. Hier sollte eine bessere Möglichkeit gefunden werden, vor allem viel mehr Platz.*
- 3. Wunderbar finde ich auch die Einrichtung großer Fahrradabstellflächen im Holländischen Viertel. Dies sollte auch in der Nähe der Brandenburger Straße durchgesetzt werden. Beispielsweise direkt Ecke Friedrich-Ebert-Str. / Brandenburger Straße. Somit hätten Besucher auch die Möglichkeit Ihre Fahrräder abzustellen und direkt in der Innenstadt zu bummeln. Auch im Zusammenhang des aktuellen Wettbewerbs „Fahrradfreundlichstes Geschäft“ wäre diese Maßnahme klar zu befürworten.*

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

1. Bahnhof Charlottenhof:

Die Fahrradabstellanlagen im Bahnhof Charlottenhof wurden in den letzten Jahren erweitert und entsprechen dem aktuellen Auslastungsgrad. In der Regel gibt es eine geordnete Abstellung von Fahrrädern. Aus Sicht des Fachbereichs Grün- und Verkehrsflächen der Landeshauptstadt Potsdam besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

2. Potsdam Hauptbahnhof:

Die unzureichende Ausstattung mit Fahrradabstellanlagen im Bereich des Hauptbahnhofs Nord und Süd ist der Verwaltung bekannt. Aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden öffentlichen Verkehrsflächen bedarf es einer konzentrierten Aktion vom Management des Potsdam-Centers, der DB AG Station+Service und der Stadtverwaltung Potsdam, um weitere Bedarfsflächen zu erschließen. Unter anderem werden auch Umnutzungen von vorhandenen Baulichkeiten in Betracht gezogen.

3. Brandenburger Straße:

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen der „Barocken Innenstadterweiterung“ kann die Brandenburger Straße erneut überprüft werden, um den gestiegenen Bedarf an Fahrradabstellanlagen gerecht zu werden. Hierzu werden Gespräche innerhalb der Fachverwaltungen geführt. Der Vorschlag greift eine Idee (Holländisches Viertel) auf, die als Pilot-Projekt bis Oktober 2010 durchgeführt wird. Die Ergebnisse werden in die Beurteilung weiterer Fahrradabstellrichtungen in der Innenstadt einfließen.

> Kosten: -

> Umsetzungszeitraum: Im laufenden Prozess des Radverkehrskonzepts

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja

> Grundlage der Umsetzung: Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SVV/0455)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Nutzung des Luftschiffhafens durch alle Vereine ermöglichen Platz 24 (312 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: BV-17)

Die freie Nutzung des Luftschiffhafenareals als Trainingsstätte, ist für viele Vereinen sehr wichtig. Die Landeshauptstadt sollte in Zusammenarbeit mit der Pro Potsdam GmbH gewährleisten, dass dieses Areal allen Vereinen vor Ort (Fußball / Leichtathletik / Fanfarenzug / etc.) auch langfristig zur Verfügung steht und dass alle vorhandenen und geplanten Trainingsstätten nicht nur eingeschränkt genutzt werden dürfen und einzelne Vereine vorrangig behandelt werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Nutzungsbeschränkungen können sich aus der Ausrichtung der Sportanlagen und aus Auflagen in Zuwendungsbescheiden bei der Errichtung, Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen ergeben.

Die Sportanlagen des Luftschiffhafens sind für das leistungssportliche Training konzipiert und ausgerichtet. Gemeinsam mit der „Eliteschule des Sports“ (Sportschule) werden hier im Schule-Sport-Verbundsystem talentierte Sportlerinnen und Sportler trainiert und ausgebildet. Deshalb ist es erforderlich, die Anlagen sportartengerecht für das leistungssportliche Training im und nach dem Schulunterricht bereitstellen zu können. Diese spezielle Ausrichtung wird deshalb auch mit Fördermitteln des Bundesministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zweckbezogen unterstützt.

Des Weiteren sind die Sportanlagen im Luftschiffhafen bis auf das Haupt- und Nebensstadion mit Fördermitteln des Bundesministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg errichtet (Kunstrasenplatz, Naturrasenplatz, Dreifeldballspielhalle), saniert oder modernisiert worden (Schwimmhalle, Leichtathletikhalle, Ruderzentrum, Kanuzentrum, Schulturnhalle). In den Zuwendungsbescheiden ist die Nutzung für die entsprechenden leistungssportlichen Sportarten festgelegt.

Freie Zeiten sind zwar vorrangig für Landesleistungsstützpunkte in den Schwerpunktsportarten zu vergeben, trotzdem können noch verbleibende Kapazitäten für Potsdamer Vereine bereitgestellt werden. Dies erfolgt auch im maximal möglichen Umfang. Die Auflagen sind mit Zweckbindungsfristen von regelmäßig 25 Jahren versehen. Circa 20 Vereine nutzen den Luftschiffhafen, darunter auch die vorgeschlagenen. Die Nutzung des Haupt- und Nebensstadions und der Beachvolleyballplätze ist nur durch die planmäßigen Trainingszeiten eingeschränkt, ansonsten ist eine Nutzung durch den Breitensport möglich. Die bedingungslose Umsetzung des Vorschlags wäre mit einer Neuausrichtung der sportlichen und schulischen Nutzung des Standortes und dann auch mit der anteiligen Rückzahlung von erhaltenen Fördermitteln verbunden. Der laufende Betrieb müsste jährlich mit zusätzlichen Mitteln der Stadt gewährleistet werden, die aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht vorhanden sind. Eine vollständige Umsetzung der Nutzungsmöglichkeit für alle Vereine wird aus den genannten Gründen nicht empfohlen.

> Kosten: -

> Umsetzungszeitraum: Ja, teilweise.

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Beschluss Stadtverordnetenversammlung zur Bewirtschaftung des Luftschiffhafens (DS 07/SVV/1060)

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Fahrradverbindung vom Hauptbahnhof zum Kiewitt

Platz 25 (302 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: PR-12)

Meines Erachtens ist eine Direktverbindung für Fahrradfahrer vom Potsdamer Hauptbahnhof bis zur Zeppelinstr. (und weiter) direkt an der Bahnlinie zu realisieren. Dies wäre ein enorm wichtiger Pluspunkt für die fahrradfreundliche Stadt Potsdam. In Zeiten knapper Kassen sollte zumindest in Aussicht gestellt werden, wann die Maßnahme realisiert werden kann.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Dieser Vorschlag wurde bereits im Bürgerhaushalt 2010 auf Platz 13 der Top-20-Liste gewählt. Laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sollte die Verwaltung prüfen, ob eine Integration in das Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam möglich ist.

Eine entsprechende Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Kiewitt ist im Radverkehrskonzept derzeit als Nebenroute bzw. als perspektivische Netzergänzung enthalten. Die Verbindung ist bisher jedoch nicht Teil der Routen, die prioritär hergestellt werden sollen. Eine kurzfristige Realisierung wird auf Grund alternativer Routen jedoch nicht als erforderlich erachtet. Die Verbindung müsste zudem zusätzlich zu den bereits geplanten Radverkehrsmaßnahmen finanziert werden.

> Kosten: 150.000 Euro

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Schulwegsicherung in der Schlegelstraße (zw. Voltaireweg und Pappelallee) Platz 26 (283 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: Pi-5)

Die Schlegelstraße ist eine Kurzanbindung zwischen dem Voltaireweg und der Pappelallee in der Jägervorstadt. Sie wird sowohl von Touristen als auch von Pendlern auf dem Weg aus bzw. in die Innenstadt und den touristischen Zielen genutzt, und ist häufig Abstellplatz für Touristen- und Stadtrundfahrtbusse. Momentan gilt hier Tempo 30, es gibt keine Fahrbahnmarkierung, die Straße hat nur eine Fahrspur, die Gegenseite ist zugesperrt, es gibt keinen Gehweg/Radweg. Seit dem Ausbau der Ulanenkasernen und des Park du Bois mit einigen hundert Wohneinheiten und Häusern für junge Familien, wird diese Straße von einer großen Anzahl von Kindern genutzt, sie ist die Anbindung an die Kitas und Grundschulen. Da sich hier grundsätzlich nicht an Tempo 30 gehalten wird, gibt es häufig gefährliche Situationen da ein Ausweichen von Kindern/Fahrradfahrern / Kinderwagen nicht möglich ist, da die Randbereiche mit alten Baumstämmen blockiert sind. Zur Sicherung wären einige grundlegende Maßnahmen erforderlich, es wäre ausreichend Platz für Geh- und Radwege und sogar Parkbuchten. Da der Verkehr auch gut vor dem Dorintheotel auf den Voltaireweg geleitet werden könnte, wäre vielleicht auch die Umwandlung in eine Anlieger- oder Spielstraße denkbar. Zum Schutz der Kinder sollte zumindest ein Radweg ausgeschildert werden und die rechts-vor-links Situation bzw. die Einsehbarkeit der beiden anderen Spielstraßen deutlicher markiert werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Für die bauliche Umgestaltung des Knotenpunktes Voltaireweg / Schlegelstraße und die fehlenden Fußgänger- und Radverkehrsanlagen wird zur Zeit durch ein Ingenieurbüro ein Planungsangebot erarbeitet. In einer Variantenuntersuchung im Rahmen der Vorplanung werden Lösungsansätze thematisiert. Eine bauliche Umsetzung kann erst nach Abschluss der Planung und nach einer Sicherung der notwendigen Finanzierung erfolgen. Die Umgestaltung der Einmündung, sowie der gesamten Schlegelstraße kann nur im Zusammenhang mit einem grundhaften Ausbau der Verkehrsflächen bewertet werden.

- > Kosten: 300.000 Euro
- > Umsetzungszeitraum: -
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein
- > Grundlage der Umsetzung: Brandenburgisches Straßengesetz

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Potsdam Museum: Sanierung Altes Rathaus und Nutzung

Platz 27 (253 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-61)

Im Vergleich zu Stadtmuseen in europäischen Städten von Bedeutung (wie z.B. Salzburg), ist die Ausstattung, der derzeitige Standort, das Raumangebot und der Etat für Öffentlichkeitsarbeit des Potsdam Museums blamabel für eine Stadt wie Potsdam, die so sehr vom Tourismus lebt und auf ihn setzt. Neben preußischen Schlössern und Gärten, muss eine Stadt von Potsdams Rang aber auch einen Ehrenplatz für die Geschichte ihrer Bürger bereithalten. Deshalb ist die Entscheidung für den Standort am Alten Markt zu begrüßen und lässt die Bürgerinnen und Bürger der Stadt hoffen. An den Zusagen und dem Zeitplan für den Standort Alter Markt darf nun aber nicht mehr gerüttelt werden. Ganz im Gegenteil, alle sollten von un an an einem Strang ziehen - ist es doch eine große historische Chance ein erfolgreiches Stadtmuseum an einem Ort wie dem Alten Markt neu zu etablieren. Begleitet werden sollte der Prozess durch öffentlichen Bürgerveranstaltungen der Stadt zum Fortschritt des Projekts. Bis zur Eröffnung muss das Museum zudem rechtzeitig einen ordentlich ausgestatteten Etat bekommen, um in Berlin und Brandenburg aber auch überregional und international für sich werben zu können. Denn wem nützt ein Stadtmuseum von dem niemand etwas weiß?

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Derzeit wird der Gebäudekomplex mit 7,2 Mio. Euro grundlegend saniert, die Eröffnung ist für 2012 geplant. Das neu konzipierte Museum erfüllt alle Anforderungen an ein zeitgemäßes Ausstellungshaus. Es verfügt künftig über die notwendigen Voraussetzungen für die Präsentation stadtbezogener, überregionaler und europäischer Themen in Ausstellungen und Veranstaltungen. Auf einer Fläche von 650 m² präsentiert sich künftig die neue und modern konzipierte Dauerausstellung zur Stadtgeschichte. Für die „Galerie Bildende Kunst“ stehen künftig 220 m² zur Verfügung. Zusätzlich können Sonderausstellungen auf einer Fläche von 320 m² präsentiert werden.

Im Rahmen der Planung der Neueröffnung des Hauses stellt auch die Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Bestandteil dar. Bereits für das Haushaltsjahr 2010 ist deshalb eine einmalige Erhöhung des Etats von 15.000 auf 22.300 Euro vorgenommen worden. Die bisherige Planung

bis 2013 sieht dabei ein Budget von jährlich 19.000 Euro vor. Der Etat für Öffentlichkeitsarbeit soll durch Umschichtung innerhalb des Museums bereits vor der Eröffnung erhöht werden, um das Haus auch national bewerben zu können.

> Kosten: Städtischer Zuschuss für das Museum: 1,3 Mio. Euro / Jahr (bis 2013), davon 19.000 Euro / Jahr für Informationsmaterialien der Öffentlichkeitsarbeit (bis 2013)

> Umsetzungszeitraum: Eröffnung geplant in 2012

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, ab 2011 und Folgejahre

> Grundlage der Umsetzung: Stadtverordnetenbeschluss (DS 08/SVV/0210, Standort Potsdam-Museum)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Mehr Freiräume / Probenräume für die Musik!

Platz 28 (206 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-156)

Mein Vorschlag bezieht sich auf den Mangel an Proberäumen in und um Potsdam. Ich stoße oft auf Anzeigen von Musikern, die einen eigenen Probenraum suchen. Daher wäre mein Vorschlag, mehr Räume zu schaffen, um mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, zu üben. Man könnte in bestehenden Freizeiteinrichtungen Räume schaffen oder ein Musikfreizeithaus für Potsdam schaffen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es in den verschiedenen Kinder- und Jugendeinrichtungen, soziokulturellen Zentren und anderen Einrichtungen die Möglichkeit, Bandprobenräume zu mieten. Derzeitig ist es notwendig, sich dabei mit den einzelnen Trägern in Verbindung zu setzen.

Darüber hinaus soll mit der Umsetzung des Modellprojekts „freiLand“ ein Zentrum selbstbestimmter und selbstorganisierter Jugendkultur entstehen, das jungen Potsdamerinnen und Potsdamern Räume zur freien Gestaltung bzw. Realisierung eigener kreativer, künstlerischer Möglichkeiten sowie zur Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung und zur demokratischen Praxis bietet. Das Konzept sieht in der zweiten Phase auch die Schaffung von Bandprobenräumen vor.

> Kosten: Die Miete der Bandprobenräume in Kinder- und Jugendeinrichtungen ist kostenpflichtig und bei der jeweiligen Einrichtung zu erfragen.

Für die Schaffung von Bandprobenräumen im Projekt „freiLand“ entstehen der Landeshauptstadt Potsdam, nach derzeitigem Stand - neben dem jährlichen Zuschuss in Höhe von 125.000 Euro für den laufenden Betrieb bis 2013 - keine zusätzlichen Kosten.

> Umsetzungszeitraum: 2010 - 2013

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja

> Grundlage der Umsetzung: DS 10/SVV/0109 (Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsoziokultur

/ Umsetzung des Projekts „freiLand“)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Radwegmarkierungen Zeppelinstraße (Nansenstr. bis Kastanienallee) erneuern

Platz 29 (206 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: PR-15)

Die Geh- und Radwegmarkierungen auf der Zeppelinstraße von Nansenstraße bis Kastanienallee sollten erneuert werden. Hier sind viele (schnelle) Fahrradfahrer unterwegs. Es sollte deutlich untergliedert werden, wer wo laufen bzw. fahren kann und somit eine Gefahrenquelle im öffentlichen Straßenland verschwinden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Nutzung der Nebenanlagen durch Fußgänger und Fahrradverkehr wird durch die entsprechenden Verkehrszeichen geregelt. Damit wird bei gemeinsamer Nutzung und nicht vorhandenen separaten Radwegen dem Fahrradfahrer auferlegt, dem Fußgänger den Vorrang einzuräumen und Schrittgeschwindigkeit zu fahren. Aufgrund der örtlichen Verhältnisse ist zur Zeit eine andere verkehrsrechtliche Anordnungen nicht möglich. An Änderungsvorschlägen im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept wird seitens der Verwaltung gearbeitet.

Im Rahmen der Untersuchung zur Verkehrsneuordnung in der Zeppelinstraße wird auch die Einrichtung eines Radfahrstreifen / Radschutzstreifens zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und der Kastanienallee stadtauswärts geprüft. Entscheidungen können erst nach Abwägung aller Interessen frühestens 2011 getroffen werden.

> Kosten: Aufgrund der Sachlage nicht ermittelt.

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SVV/0455)

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Platz 30 (204 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-147)

Viele der im letzten Jahr eingesandten Vorschläge können nach meiner Meinung durch bürgerschaftliches Engagement in Angriff genommen werden. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Menschen wieder zueinander finden. Miteinander ins Gespräch kommen ist das Ziel. Bürgerhäuser können dafür – neutrale – Orte bieten und zu Plattformen bürgerschaftlichen Engagements werden. Hier sollte die Förderung weiter durchgeführt werden. Auch Ideen wie „Bürgerfonds“ (o.ä.) sind aus meiner Sicht zu befürworten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt und fördert den Inhalt dieses Vorschlags. Seit 2008 werden durch die Grundförderung für Bürger- und Begegnungshausarbeit mehrere Einrichtungen und Initiativen auch finanziell gefördert. Dabei konnte in den Jahren seit 2008 die Anzahl der geförderten Einrichtungen erweitert und die finanzielle Förderung um ca. 10% gesteigert werden.

> Kosten: Haushalt 2010: 610.000 Euro

Mittelfristige Planung von 2011 bis 2013: 660.000 Euro / jährlich

> Umsetzungszeitraum: 2011 fortlaufend

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja
> Grundlage der Umsetzung: Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Förderung der Bürger- und Begegnungshausarbeit und die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

**Förderung von Trainingslagern für Kindersportmannschaften
Platz 31 (198 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: BV-15)**

Kindermannschaften müssen zusammenwachsen, damit der Mannschaftsgeist und die Mitglieder gestärkt werden. Dies erfolgt oft durch Ausflüge außerhalb des normalen Trainingsablaufs, zB bei gemeinsamen Trainingscamps (auch im nahen Ausland). Da kommen für alle unsere Spieler schnell 5000 Euro zusammen. Das können wir uns als kleiner Verein kaum leisten. Teure Camps wie zB Eishockeycamps in Tschechien oder Österreich sind nur durch eine spezielle Förderung für die Mannschaften möglich. Dies sollte unterstützt werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die gültige Satzung zur Sportförderung der Landeshauptstadt Potsdam sieht unter anderem im § 9 (2) Punkt 1.2. die Förderung von Trainingsmaßnahmen in den Schulferien vor. Auf Antrag können laut dieser Richtlinie (Punkt 1.1.2.) Zuschüsse in Höhe von bis zu 5 Euro pro Tag und Teilnehmer gewährt werden. In den vergangenen Jahren haben viele Vereine für Trainingslehrgänge in den Schulferien im Inland wie auch im Ausland einen Zuschuss bekommen.

> Kosten: Zuschuss für Trainingslehrgänge/Trainingslager:

2007 14.003 Euro (20 Trainingslager)

2008 17.128 Euro (21 Trainingslager)

2009 15.590 Euro (30 Trainingslager)

> Umsetzungszeitraum: Laufend

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja

> Grundlage der Umsetzung: Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Gehweg am Schlaatzweg befestigen (zw. Fr.-Engels-Str. und Haus der Wirtschaft) Platz 32 (178 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-47)

Der jetzige Gehweg im ersten Abschnitt des Schlaatzwegs ist in einem äußerst schlechten Zustand. Die Erde ist bereits so ausgewaschen, dass die vielen spitzen Steine ihn zu einer gefährlichen Buckelpiste machen. Sobald es regnet, sind die Pfützen so groß, dass der Weg weder zu Fuß noch mit dem Fahrrad benutzbar ist. Auf der anderen Straßenseite gibt es gar keinen Gehweg und die Straße mit Kopfsteinpflaster in schlechtem Zustand und massiver Pfützenbildung ist keine gute Ausweichmöglichkeit für Fahrradfahrer - insbesondere für Kinder - bietet. Angesichts der vielen fahrradfahrenden Kinder auf dem Weg zur Kita, der

zahlreichen Besucher des Hauses der Wirtschaft und der direkten Verbindung für Radfahrer Richtung Schlaatz wäre ein befestigter Geh- und Radweg angebracht - ganz abgesehen davon, dass dieser für eine Straße mitten im Stadtzentrum eigentlich ein Muss sein sollte.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Prüfung auf Verkehrs- und Betriebssicherheit aller öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen erfolgt regelmäßig durch Mitarbeiter des Bereiches Verkehrsanlagen. Sollten Maßnahmen erforderlich werden, so wird gemäß der Gefahrenabwähr gehandelt. Durch die begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beschränkt sich das oft nur auf die Gefahrbeschilderung. Der grundsätzliche Ausbau ist seit Jahren Bestandteil der Investitionsplanung. Eine Berücksichtigung im Haushalt konnte auf Grund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Investitionsmittel bisher nicht erfolgen.

- > Kosten: 250.000 Euro
- > Umsetzungszeitraum: -
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein
- > Grundlage der Umsetzung: Brandenburgisches Straßenbaugesetz

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

**Fahrradweg zwischen Babelsberger Park und Alt-Nowawes
ausbessern Platz 33 (129 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-1)**

Der Fahrradweg zwischen Babelsberger Park und Alt-Nowawes ist dringend sanierungsbedürftig. Hier stellen Baumwurzeln ein erhebliches Hindernis im Radverkehr dar. Einzelne der DDR-Fußwegplatten wurden schon entfernt, und mit Erde (o.ä.) aufgefüllt, sodass der Weg bereits etwas besser zu befahren ist. Trotzdem sollte hier schnellstmöglich nachgebessert und eine neuer Belag aufgebracht werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Verbindung ist nach dem Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam eine Hauptroute erster Stufe. Als wichtiger Meilenstein wurde der Radweg zwischen der Berliner Straße und der Rudolf-Breitscheid-Straße im Zuge der L 40 im Jahr 2009 im Zwei-Richtungs-Verkehr fertiggestellt. Die Verbindung entlang des Babelsberger Parks sollte mit Fertigstellung des zweiten Nutzungsabschnittes der L 40 nach Bereitstellung der finanziellen Mittel auch abgeschlossen werden. Es können daher nur Instandsetzungen durchgeführt werden, die nach Beurteilung durch die Fachverwaltung im Rahmen der Gefahrenabwehr erforderlich sind.

- > Kosten: 15.000 Euro
- > Umsetzungszeitraum: Laufend
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein
- > Grundlage der Umsetzung: Brandenburgisches Straßengesetz

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Schaffung eines Bürgerraums in Golm

Platz 34 (77 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-95)

Mein Vorschlag ist die Schaffung von Räumlichkeiten für Bürgeraktivitäten und deren Finanzierung in Golm. Dieser Ortsteil ist weiterhin Zuzugsgebiet mit steigenden Einwohnerzahlen. Die Bevölkerung ist sehr unhomogen (Alt- und Neubürger, Wissenschaftler, Bundeswehrangehörige etc.). Es gibt zur Zeit keinen einzigen öffentlichen Raum in Golm, der Platz für Austausch und Treffen von Vereinen bietet.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt unterstützt und fördert grundsätzlich Einrichtungen, Institutionen und Vereine, die zur Begegnung und Kommunikation von Bürgern und damit zur Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements beitragen. Solche Einrichtungen können mit einer Grundförderung für Bürger und Begegnungshausarbeit auch finanziell gefördert werden.

Ortsbeiräte erhalten jährlich Mittel für Sachaufwendungen, mit denen auch Mieten von Räumlichkeiten bezahlt werden können. Dazu bedarf es einer Antragstellung der entsprechenden Vereine und der Zustimmung des Ortsbeirats. In diesem Zusammenhang sei zu vermerken, dass der Ortsbeirat Golm erst vor kurzem innerhalb der ehemaligen Gemeindeverwaltung umgezogen ist, um u.a. die sehr hohen Miet- und Nebenkosten zu minimieren. Gegebenenfalls wäre es möglich, dass der Bürgertreff in Eiche mit genutzt wird und die Mietkosten vom Ortsbeirat Golm auf Antrag übernommen werden.

Die dauerhafte Schaffung eines „Bürgerraumes“ minimiert natürlich den Sachaufwand, jedoch muss dieser Raum auch verwaltet werden, was wiederum einen entsprechenden Aufwand nach sich zieht.

- > Kosten: Aufgrund der Sachlage nicht ermittelt.
- > Umsetzungszeitraum: -
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein
- > Grundlage der Umsetzung: -

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Radwegmarkierungen Dortustraße

Platz 35 (72 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-142)

Im Berufsverkehr ist per Fahrrad kaum noch ein Durchkommen in der Dortustraße möglich. Daher ist mein Vorschlag eine markierter Radweg. Vor dem Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur ist der Gehweg so breit, dass auch hier ein Radweg eingereicht werden könnte bzw. die Strecke für Fußgänger und Radfahrer gemeinsam genutzt wird. Trotz Tempo 30 ist es für Radfahrer sehr gefährlich auf dieser Hauptstraße geworden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Prüfungen zur Verbesserung des Radverkehrs in der Dortustraße im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept haben ergeben, dass die Anlage eines Radfahrstreifens / Radschutzstreifens in diesem Bereich möglich ist. Die Ausführungsplanungen dazu laufen bereits. Eine Umsetzung ist kurzfristig in 2010 geplant. Damit erübrigt sich die Betrachtung eines separaten Radweges in den Nebenanlagen.

- > Kosten: 15.000 Euro

- > Umsetzungszeitraum: 2010
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, kurzfristig in 2010
- > Grundlage der Umsetzung: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:-

Einsparpotentiale bei Mieten für Musikschule nutzen

Platz 36 (48 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: Pi-45)

In einem Beispiel aus Stendal wurde darüber nachgedacht, die vorhandenen Räumlichkeiten der städtischen Schulen zu einem sog. Bildungscampus zusammenzufassen. Bis zum Nachmittag ist dort regulärer Unterricht. Am Nachmittag bzw. Abend werden die Räumlichkeiten durch die Volkshochschule oder die Musikschule genutzt. So wurden erhebliche Summen an Ausgaben für Mieten und Gebäudeunterhalt gespart. Vielleicht sind auch in Potsdam solche Einsparpotentiale vorhanden, welche mit einem intelligenten Gebäude- und Raummanagement besser genutzt werden könnten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Musikschule als eigenständige Einrichtung sollte auch über ein eigenes Gebäude verfügen. Viele Nutzer der Musikschule heben hervor, dass sie gerade die Atmosphäre der Häuser schätzen und ehemalige Schüler betonen, dass die Musikschule während der Jahre eine musikalische Heimat geworden ist.

Kernbereich der Potsdamer Musikschularbeit ist das Ensemblesmusizieren. Mit hauptsächlich dezentral arbeitenden Lehrkräften wäre eine Ensemblearbeit in der gewohnten Qualität und Quantität jedoch nicht möglich.

Zum Vorschlag die Summe der Ausgaben für Räumlichkeiten durch die Nutzung von städtischen Schulen zu reduzieren, muss aus Sicht des Fachbereichs ergänzt werden, dass allgemeinbildende Schulen verstärkt nachmittags arbeiten (z.B. Ganztagschulen) und die Musikschule auch zunehmend vormittags tätig wird (z.B. Elementare Musikpädagogik).

Weiterhin würden in den Schulen aufwendige Nachrüstungen für Schallschutz, Störschalldruckpegel sowie Akustik der Räume notwendig. Daneben wären Haftungsfragen zu klären, da teure Instrumente der Musikschule (z.B. Klaviere, Flügel, Schlagzeuge, Kontrabässe) während der regulären Unterrichtszeiten der allgemeinbildenden Schule ohne Aufsicht wären. Neben den Instrumenten müssten ebenfalls Noten und Unterrichtsmaterialien in der allgemeinbildenden Schule untergebracht werden. In diesem Zusammenhang würden ebenfalls Gebäudeunterhalts- und Mietkosten anfallen.

Aktuell bietet die Musikschule auch bereits Unterricht in allgemeinbildenden Schulen dezentral an, wo die Schule diese Kooperation angestrebt hat. Für diese Kooperationen besteht seitens der Musikschule allergrößte Offenheit.

> Kosten: Die möglichen Einsparungen für Gebäudeunterhalt und Mietkosten sind derzeit nicht darstellbar, weil für die Musikschule in den allgemeinbildenden Schulen ebenfalls Gebäudeunterhalts- und Mietkosten anfallen würden, so dass man die derzeitigen Miet- und Unterhaltskosten nicht 1:1 reduzieren kann.

- > Umsetzungszeitraum: -
- > Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein
- > Grundlage der Umsetzung: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:-

Naturkundemuseum: Einnahmenerhöhung

Platz 37 (23 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: P-40)

Durch die Freigabe des Naturkundemuseums für besondere Events und Veranstaltungen und daraus resultierenden Mieteinnahmen, sowie durch höhere Eintrittsgelder für Sonderausstellungen, könnten die Einnahmen des Naturkundemuseums erhöht werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das Naturkundemuseum hat von den musealen Einrichtungen der Stadt den höchsten Deckungsgrad. Angebote für die Nutzung von Räumen des Naturkundemuseums für besondere „Events“ (Feiern, Kindergeburtstage, Tagungen, Pressekonferenzen) bestehen und haben bereits eine maximale Auslastung erreicht. Eine Ausweitung scheidet an den begrenzten Raumverhältnissen. Die Höhe der Eintrittsgelder richtet sich nach der Entgeltordnung, die den Bildungsauftrag und soziale Aspekte berücksichtigt. Im Vergleich der Naturkundemuseen in Deutschland liegt Potsdam im oberen Feld der Eintrittspreise. Ein gesonderter Eintritt für Sonderausstellungen wird bisher nicht erhoben. Die Einführung dessen wird auch nicht befürwortet, da dieser zu höheren Personalkosten, zu Einnahmeverlusten und zum Besucherrückgang führen würde.

> Kosten: -

> Umsetzungszeitraum: -

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Nein

> Grundlage der Umsetzung: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

PRIORISIERTE VORSCHLÄGE

(jedoch im Redaktionsteam zusammengefasste, aussortierte Vorschläge + Grund)

Folgend aufgelistete Vorschläge mussten nach der Priorisierung und Bearbeitung durch das Redaktionsteam, in dem Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeiter der Verwaltung tätig waren, aussortiert werden. Der Grund hierfür war, dass die Vorschläge nicht in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam gehörten, keinem Beteiligungsgegenstand zuzuordnen waren oder zu allgemein formuliert wurden. Hierzu finden Sie die entsprechenden Begründungen.

Eine solche Zurückweisung bedeutet jedoch nicht, dass die Vorschläge keine weitere Beachtung fanden. Zur Kenntnisnahme und möglichen Berücksichtigung wurden die Anregungen dem zuständigen Fachbereich der Landeshauptstadt Potsdam zur Verfügung gestellt.

Zusammengefasste Vorschläge:

Sportplätze am Babelsberger Park (BV-14)

In Potsdam fehlen 6 Großfeldplätze für den Jugend- und Freizeitsport. Davon können 2-3 zwischen Schnellstraße und Babelsberger Park angelegt werden.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 2)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: zusammengefasst mit Vorschlag "I-17"

Musikschule weiter fördern (Pi-55)

Musik ist wichtig und macht Spaß! Damit es sich alle Familien leisten können, ihre Kinder an Musik heranzuführen, ist es notwendig, dass die städtische Musikschule gefördert und unterstützt wird. Nirgendwo sonst in Potsdam gibt es zudem so viele Möglichkeiten, der Ensemble und Orchesterbildung.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 2)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Vorschlag wurde zu "P-94" ergänzt, da gleiche Inhalte vorhanden...

Kindertagesstätten: Mehr Personal (P-168)

Zur Erfüllung des hohen Bildungsauftrags ist eine Veränderung des Personalschlüssels unumgänglich. Um den Anspruch „Kinderfreundliche Stadt“ gerecht zu werden, reicht es nicht, auf eine hohe Anzahl an Kitaplätzen zu verweisen. Das Wohl und vor allem die individuelle Entwicklung unserer Kinder ist vor allem an qualitative Arbeit mit Kindern gebunden. Kitas dürfen nicht ein Ort der Aufbewahrung werden. Die Kinder sind unsere Zukunft. Die „Verbesserung“ zum 1.10.2010 ist mehr als halbherzig! Wer hier spart, braucht später zu oft für die Schadensbegrenzung sehr viel Geld.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Inhalt bei "I-81" ergänzt

Radfahrergerechte Stadt schaffen (I-66)

Mehr legale UND sichere Wege für Radfahrer:

- Radwege auf jeder Seite in zwei Richtungen befahren lassen, z.B. in der Breiten Straße
- Straßen mit grobem Steinpflaster "entschärfen"
- Einbahnstraßen für Radfahrer in beiden Richtungen freigeben
- Shared Space (gemeinsam genutzter Verkehrsraum) weiter umsetzen

Eine Radfahrergerechte Stadt verbessert die Wohnqualität, die öffentliche Gesundheit und den Umgang der Bürger miteinander:

- weniger Lärm, weniger Abgase, mehr Klimaschutz,
- Polizisten können sich auf Aufgabenfelder konzentrieren, die bei ihren Mitbürgern in höherem Ansehen stehen,
- weniger Konflikte von Radfahrern mit anderen Verkehrsteilnehmern (Autos, Fußgänger, ÖPNV, LKW), denn man muss als Radfahrer nicht ständig mit einem schlechten Gewissen durch die Stadt fahren oder sich von stärkeren Verkehrsteilnehmern bedrängt fühlen

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Nein

Notizen / Grund: z.T zu unkonkret (Orte?) und Verkehrsordnung betreffend (Ordnungsamt), ggf. Möglichkeit trotzdem bei "Pi-3" zu ergänzt

Erhöhung der Ausgaben für Geh- und Radwege (P-53)

Ich halte die Ausgaben für Investitionen (Radwege) in Höhe von 380.000 € im Verhältnis zum lfd. Aufwand von 600.000 € für zu gering, denn ich spüre als täglicher Radfahrer (statt

Auto), dass zur Neuanlage bzw. Kennzeichnung von Radwegen in Potsdam noch viel zu tun ist. Die Beträge sollten zukünftig erhöht werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: Inhalt bei "Pi-3" ergänzt

Mehr Fahrradabstellmöglichkeiten rund um die Brandenburger Straße (PR-10)
Wunderbar finde ich die Idee im Holländisches Viertel große Fahrradabstellflächen. Dies sollte auch in der Nähe der Brandenburger Straße durchgesetzt werden. Beispielsweise direkt Ecke Friedrich-Ebert-Str. / Brandenburger Straße. Somit hätten Besucher auch die Möglichkeit Ihre Fahrräder abzustellen und direkt in der Innenstadt zu bummeln. Auch im Zusammenhang des aktuellen Wettbewerbs „Fahrradfreundlichstes Geschäft“ wäre diese Maßnahme klar zu befürworten.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: Inhalt ergänzt bei "P-14"

Mehr Fahrradabstellmöglichkeiten am Bhf Charlottenhof (BV-19)
Viele Bewohner des Stadtteils nutzen die Möglichkeit, mit der Bahn zur Arbeit zu fahren. Dazu fahren sie mit dem Fahrrad zum Bahnhof. Dort fehlen aber die Abstellmöglichkeiten für Räder. Diese werden aus Mangel kreuz und quer abgestellt und stellen damit auch eine Gefahrenquelle da. Hier sollten weitere Fahrradständer eingerichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: Inhalt ergänzt bei "P-14"

Aussortierte Vorschläge:

Erweiterung der Sportanlagen H-Mann-Allee (I-35a)
Die Heinrich-Mann-Allee ist für ihren Sportstandort bekannt. Die 1965 errichtete Sporthalle hat sich über Jahrzehnte bewährt und erfährt seit Jahren eine Dauerüberlastung. Sie ist Trainings- und Spielstätte vom SC Potsdam, VfL Potsdam, Judo, Schule etc. Entspannung soll die Mehrzweckhalle am weit entfernten Luftschiffhafen bringen. Vor der Heinrich-Mann-Allee befindet sich das Rollsportfeld, welches erfolgreich durch die ansässigen Vereine Polarstern Potsdam, den Hochschulsport und ESV Lok Potsdam genutzt wird. Hinter der Sporthalle befinden sich seit Jahren die Tennis-Anlagen vom TC Rot-Weiß die sich am Standort über Jahrzehnte behauptet haben. Auch wenn die Stadtspitze sich einen Sportstandort (ein Schwimmbad wäre hier sehr sinnvoll gewesen) hier in den nächsten Jahren nicht mehr vorzustellen wagt, muss dieser Sportstandort erhalten bleiben.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (ViP)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: betrifft zum Teil ViP (ehemaliges Tram-Depot), Vorschlag wurde getrennt in Erweiterung und Erhalt der Anlagen (siehe auch I-35)

Reduzierung der Förderung für Sportvereine (P-44)

Durch Privatbetreiber oder die Gewinnung von Sponsorengeldern wäre keine Förderung bzw. nur noch eine reduzierte Förderung der Potsdamer Sportvereine nötig.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 2)

Konkret formuliert? Nein

Notizen / Grund: Nach längerer Diskussion wurde dieser Vorschlag durch das Redaktionsteam, als zu unkonkret aussortiert.

Weniger externe Beratung der Verwaltung (P-60)

Ich finde, die fachliche Qualifikation der Verwaltungsmitarbeiter sollte erhöht werden, damit externe Berater entbehrlich gemacht werden können.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 1)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Vorschlag betrifft keinen Beteiligungsgegenstand

Unabhängige Firmen zur Prüfung der Förderung von Wohnraumsanierung einsetzen (BV-13)

Es sollte durch !unabhängige! Unternehmen geprüft werden, wo in anstehenden Sanierungen von Wohnbauten vorliegen, Förderung zu bekommen sind, um durch die Sanierung entstandene steigende Mieten zu reduzieren.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 1GeWoBa / Pro Potsdam)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Vorschlag betrifft Externe (ProPotsdam / GeWoBa)

Reichensteuer einführen (I-100)

Als neue Möglichkeit, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, sollte meines Erachtens nach eine "Reichensteuer" eingeführt werden. Diese könnte ab einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro geltend werden...

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 1Bund)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Landeshauptstadt Potsdam nicht zuständig. Vorschlag betrifft Bundessteuer und ist an Einkommen geknüpft.

Modernisierung / Instandsetzung der Potsdamer Schulen (P-49)

Bei unseren Schulen besteht nach meinen Erfahrungen immer noch ein erheblicher Bedarf der Modernisierung und Instandsetzung. In den mir bekannten Bereichen habe ich bislang keine grundlegende Verbesserung sehen können. Wir sind aktuell betroffen durch den Besuch meines Sohnes im Humboldtgynasium Potsdam. Seit Jahren geht es hier um bauliche Verbesserungen, aber nur verbal!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Schulen)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 2)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: betrifft Schulen (kein Beteiligungsgegenstand)

Statusänderung des Potsdam Museums (Pi-43)

Bisher ist das Potsdam Museum laut Verwaltungsstruktur dem Fachbereich Kultur und Museum untergeordnet und somit eher Teil der städtischen Verwaltung. Dies entspricht jedoch in keiner Weise dem aktuellen Status des Potsdam Museums als wissenschaftlicher und kultureller Einrichtung mit eigener Direktion. Eine größere organisatorische Eigenständigkeit analog zur Bibliothek, der Volkshochschule und der Musikschule mit direkter Anbindung an die Beigeordnete würde sicher eine bessere, schnellere und einfachere Kommunikation zwischen Museum und Verwaltungsspitze nach sich ziehen und den Fachbereich Kultur und Museum und hier insbesondere die Fachbereichsleitung bedeutend entlasten. Der Vorschlag wäre somit mit Einsparungen im Kulturamt und einer verbesserten - weil einfacheren Kommunikation - verbunden.

Beteiligungsgegenstand: Potsdam-Museum

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 2)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Vorschlag betrifft zwar das Potsdam-Museum wird jedoch nicht durch dieses beeinflusst. Einschätzung / Antwort sollte über Organisation (15) geschehen.

Kinderbibliothek für Potsdam-West (Pi-11)

In der Tat ging es um das Gebäude Ecke Sello-Straße/ Geschwister-Scholl-Straße. Dort gibt es noch recht unscheinbar einen Schriftzug Bibliothek. Mein Vorschlag wäre nun, diesen Standort (oder auch ein anderes Gebäude) für den kinderstarken Stadtteil Potsdam-West als KINDERBIBLIOTHEK zu reaktivieren. Da ich erst seit 2003 in Potsdam lebe, weiss ich natürlich nicht, wie die Besitzverhältnisse dort sein könnten.

In jedem Fall könnte ich mir vorstellen, dass mit Hilfe der in P-West lebenden Bürger eine Menge auf die Beine zu stellen wäre. Ich denke da vor allem an folendes:

- 1. Sanierung des Gebäudes mithilfe Sponsoring durch in diesem Stadtteil ansässige Unternehmer*
- 2. Auffüllung des Erstbestandes durch Bücherspenden von Privathaushalten (es gibt immer Bücher, die man nicht mehr so gerne liest). Auch Spenden nach zahlreich hier stattfindenden Flohmärkten in den Kindergärten wären denkbar. Nach dem Motto: "Das Buch konnte ich zwar nicht für gewünschte 2€ verkaufen. Dafür spende ich es der neu entstandenen Bibliothek."*
- 3. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass vor allem das erste Jahr (später eventuell routierend) Eltern den Betrieb der Kinderbibliothek als Ehrenamt bekleiden. Zumindest könnte ich mir persönlich das gut vorstellen.*

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 2)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Vorschlag betrifft Bibliothek (kein Beteiligungsgegenstand)

Bessere Kontrolle der Hundehalter (BV-4)

Es sollte eine bessere Kontrolle von Hundehaltern erfolgen. Die Hinterlassenschaften der Hunde verschmutzen erheblich die Grünanlagen und stellen eine Gesundheitsgefährdung für Kinder dar.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3STEP)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Sauberkeit / Ordnungsamt)

Leinenzwang für Hunde in Geschäftsstraßen und bei Großveranstaltungen (I-108)

In Situationen, wo viele Menschen zusammen kommen und daher auch Kinder mit Hunden eng auf Augenhöhe zusammen kommen wäre es toll, wenn ein Leinenzwang für Hunde bestünde. Das würde zwar Kinder und Menschen mit Ängsten immer noch nicht ganz schützen, doch schon beruhigen können.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3diverse)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Ordnungsamt)

Ordnung und Sauberkeit in Potsdam (P-90)

Ich bin für die Durchsetzung der Stadtordnung, besonders bezüglich der Beseitigung der Schmierereien an Häusern und Einrichtungen und Haltestellen. Auch sollten die Schuldigen bestraft werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3STEP)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Sauberkeit / Ordnungsamt)

Geldbußen für Hundebesitzer (Pi-41)

Es gibt Gesetze, z.B. dass ab 01.01.2010 Hunde nur mit einem Maulkorb (o.ä.) in öffentliche Verkehrsmittel mitgenommen werden dürfen. Daran wird sich überhaupt nicht gehalten. Kontrollen von Sicherheitskräften in den Bussen und Straßenbahnen könnten die Hundehalter darauf hinweisen und eine Geldstrafe verlangen. Auch im Außenbereich (hier am Schlaatz) werden die meisten Hunde nicht an der Leine geführt. Vor allem große Hunde laufen einfach alleine durch die Gegend und die Hundebesitzer sind mind. 10 Meter hinterher. Auch hier könnte man verstärkt Sicherheitskräfte oder umgeschulte Arbeitslose einsetzen die regelmäßig (mind. 2 bis 3 mal am Tag durch die Wohngebiete laufen und Geldbußen kassieren könnten.) Auch müßten überall Hundetoiletten angebracht werden, damit man endlich mal ohne nur auf die Gehwege zu gucken um nicht irgendwo reinzutreten, nach Hause kommt. Hier müßte wirklich endlich durchgegriffen und die Hundehalter zur Verantwortung gezogen werden. Durch diese Maßnahme denke ich, werden die Hundehalter schnell begreifen und mehr Rücksicht auf die Mitbewohner nehmen. Aber nur wenn es wirklich weh tut und wenn sie wissen, daß es strafbar ist ihre Hunde alleine rumlaufen zu lassen. Die Strafen sollten m.E. mind. 30 bis 50 Euro betragen. Auch könnte man mit mehr Schildern in den öffentlichen Bereichen darauf hinweisen, dass Hunde an der Leine zu führen und auch Hundetoiletten vorhanden sind. Die Sicherheit der Bürger geht vor!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Ordnungsamt / Sicherheit)

Hundekontrollen verstärken (PR-2)

Ich plädiere dafür, auch die Potsdam-West Hundehalter stärker zu kontrollieren.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3STEP)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Ordnungsamt / Sicherheit)

Weniger Müllgebühren, dafür kein Stadtwerkefest (I-101)

Meiner Meinung nach sollte die Stadt der Stadtentsorgung Potsdam nahelegen, u.a. die Müllgebühren zu senken und dafür auf das Stadtwerkefest zu verzichten. Meines Erachtens dient dieses Fest zwar auch der Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt, jedoch ist es aufgrund der aktuellen finanziellen Situation unangebracht, ein solches MegaEvent durchzuführen und die Kosten parallel und kontinuierlich steigen zu lassen...

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 3STEP)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand, STEP zuständig

Einbahnstraßenregelung in der Brandenburger Vorstadt (BV-21)

Mein Vorschlag betrifft die Zimmer-/Lenné-/Meistersinger- und Feuerbachstraße. Die alten Straßen sind so schmal, dass entgegengerichteter Verkehr nicht aneinander vorbei kommt. Eine Einbahnstraßenregelung würde dieses Problem lösen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

Autofreie Innenstadtzone (I-83)

Ich bin für die Ausweitung einer vom Individualverkehr befreiten Innenstadtzone zur Steigerung der Attraktivität d. Einkaufszone. Anwohnern sind Ersatzflächen zu stellen (Anmietung eines Stellplatzes). Neben Stellplätzen im geplanten Parkhaus Hebbelstr. könnten hierbei die bisherigen Parkhäuser Wilhelmgalerie und Hegelallee sowie die Tiefgarage Luisenplatz genutzt werden. Alle diese Parkflächen sind in angemessener Gehweite zu Innenstadtwohnungen. Im Zusammenhang mit bisherigen Diskussionen schließt die autofreie Innenstadt folgende Straßenzüge ein: - Gutenbergstr. - Querstraßen zur Brandenburger Str. zwischen Charlottenstr. und Hegelallee: H.-E.-Straße, Lindenstr., Dortustraße, Jägerstr., Friedrich-Ebert-Str., und Holländisches Viertel.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand, betrifft Straße

Zebrastreifen zur REWE-Kaufhalle am Schlaatz (P-110)

Für ältere, Gehbehinderte und Kinder ist es sehr schwer, vor allem im letzten Winter war es so, den Rewe Supermarkt zu erreichen, da die „Alte Zauche“ stark befahren ist. Mit dem Wegfall der alten Rewe-Kaufhalle im Zentrum des Schlaatz, ist somit für viele auch ein Stück Lebensqualität verloren gegangen. Aus diesem Grund sollte wenigstens für einen sicheren Weg zur neuen Kaufhalle gesorgt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

Begegnungsort Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz (an der Erlöserkirche) (P-153)

Der Straßenabschnitt des Dr. Rudolf-Tschäpe-Platzes direkt vor der Erlöserkirche (Viertelkreis) wird dauerhaft für den fließenden und ruhenden Verkehr zwischen Nansenstraße und Meistersingerstraße gesperrt. Um den Verkehr beidseitig am übrigen Teil des Platzes entlang leiten zu können wird ein absolutes Halteverbot an der Verkehrsinsel unter der Buche eingeführt (Innenring).

Die Straße wird mit Pollern abgesperrt. Die Aufenthaltsqualität auf dem Platz unter der Buche und vor der Kirche wird durch die Umgestaltung zum Begegnungsort erhöht.

Begründung:

Am 06.06.2010 fand das Stadtteilfrühstück auf dem Teilstück der Straße um den Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz vor der Erlöserkirche statt.

Modellhaft wurde der Gewinn an öffentlichem Raum für die Menschen im Stadtteil anschaulich, den eine dauerhafte Sperrung sowie die Befreiung vom ruhenden Verkehr um die Verkehrsinsel nach sich ziehen würde. Bereits jetzt wird nach Gottesdiensten und Konzerten der Straßenraum von Besuchern der Erlöserkirche zur Begegnung genutzt. Durch die Maßnahme fallen am Innenkreis 12 Stellplätze für PKW weg, dagegen werden 7 neue legale Stellplätze vor den Pollern zur Nansenstraße entstehen. Die Verkehrssicherheit wird für alle Menschen, die den Platz überqueren deutlich erhöht, da eine bessere Sicht auf und für den fließenden Verkehr entsteht. Überdies wird der Platz nur durch die Befreiung vom ruhenden Verkehr und die möglichst barrierefreie Zugänglichkeit vom Bürgersteig vor der Kirche überhaupt als Ort zum Verweilen gewonnen.

An der Umgestaltung des Platzes unter der Buche beteiligen sich die Bewohner des Stadtteiles und machen in zu ihrem Begegnungsort.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

Hundetoiletten stadtweit einrichten! (P-83)

Mein Vorschlag richtet sich auf die Sauberkeit der Stadt. Ich bin für die Aufstellung von mehr Entsorgungsmöglichkeiten für Hundekot, stadtweit.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 3STEP)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand und STEP zuständig

Autofreie Zone im Holländerviertel (Pi-50)

Die großen Kreuzungen im Holländerviertel versuchsweise von parkenden Autos freizuhalten ist ja schon ein guter Schritt in die richtige Richtung. Immer wenn ich mal dort flanieren möchte, sehe ich viele Touristen. Was ich dann als sehr störend empfinde, wenn dann Autos durch dieses Ensemble fahren (Anwohner und Lieferverkehr ausgeschlossen). Das gesamte Viertel würde ich zu einer Fußgänger- und Fahrradzone umwandeln. Nicht nur zu bestimmten Festen sondern ganzjährig. Die Luft würde weniger belastet werden, eventuell kämen mehr Touristen und würden mehr einkaufen...

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)
Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 3)
Konkret formuliert? Ja
Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

Mehr Personal für das EvB-Klinikum (I-98)

Das Klinikum Ernst-von-Bergmann hat wesentlich expandiert. So zum Beispiel einen Neubau errichtet, in dem sich nun die Frauen- und Kinderklinik befindet. Leider wurde die Zahl des Personals nicht erhöht. Nun muss die gleiche Zahl der Beschäftigten, für eine viel größere

Zahl an Patienten sorgen. Dies ist auf Dauer nicht gut und schädigt den guten Ruf der Klinik. Hier sollte durch die Stadt entgegen gewirkt werden und möglichst klare Vorgaben gemacht werden.

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 3)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Betrifft Gehaltsforderung, nicht Gesundheitsschutz. Landeshauptstadt Potsdam nicht zuständig, kein Beteiligungsgegenstand

Barrierefreiheit am Bahnhof Charlottenhof (Aufzug) (BV-20)

Die Anwohner erfreuen sich der Tatsache, dass im Stadtteil ein Bahnhof existiert. Leider ist dieser für Viele nicht nutzbar. Familien mit Kinderwagen, gehinderte, ältere oder kranke Menschen können ihn kaum oder gar nicht nutzen, da kein Fahrstuhl vorhanden ist. Dieser Umstand sollte verändert werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 4DB)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Landeshauptstadt Potsdam nicht zuständig, betrifft DB / Eigentümer

Radfahren in den Parks (I-92)

Ich plädiere dafür, dass man wieder uneingeschränkt die Parks mit dem Rad durchfahren darf. Das ist nicht nur praktisch, schnell und sicher im Alltag für die Bürger der Stadt, es bietet auch Touristen die Möglichkeit, die interessanten Orte nachhaltig und individuell zu erreichen. Mehr Fahrräder - weniger Auto- und Busverkehr. Außerdem verurteilt das Radverbot in den Parks diese zu "no-go-Areas" des Potsdamer Alltags. Ich habe wenig Zeit, das einzigartige Rekreativpotenzial der Stadt zu genießen und würde gern die Schlösser und Gärten auf meinen täglichen Routen durch die Stadt mit einbeziehen. Begeistert könnte ich auch allen Bekannten dann guten Gewissens den Besuch Potsdams empfehlen.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Nein (GB 4SPSG)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Landeshauptstadt Potsdam nicht zuständig, betrifft SPSG

Fortführung des Uferwegs am Jungfernsee bis zur Needlitzer Brücke (P-144)

Um die freie Zugänglichkeit für alle Potsdamer und ihre Gäste zu sichern, fordern wir: Die Fortführung des bis zur Villa Jakobs bereits fertig gestellten Uferweges – wie vorgesehen –

„LISTE DER VORSCHLÄGE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER“ (PLÄTZE 22 - 37)

Folgend aufgelistete Vorschläge erhielten während der Vorauswahl (Priorisierungsphase bei den dezentralen Stadtteilversammlungen oder im Internet) eine ausreichende Punktzahl von den Potsdamerinnen und Potsdamern und wurden in die "Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen.

Bei der abschließenden Votierung (über das Internet, den Postweg oder während der Abschlussveranstaltung) erhielten die Vorschläge von den Potsdamerinnen und Potsdamern keine ausreichende Punktzahl. Sie erreichten die Plätze 21 - 40 und wurden in die "TOP 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen.

Zentrale Vergabestelle / Beauftragter für Kitaplätze

Platz 22 (342 Punkte), (Vorschlagsnummer bei Eingabe: I-107)

Es ist für Eltern schon vor der Geburt des Kindes ein großer Sorgenpunkt, dass es in Potsdam so schwer ist, eine Kinderbetreuung für die Kleinsten gibt. Es ist kaum ein Trost, dass letztlich noch jeder etwas bekommen hat, oft führt das zu weiten Wegen. Eine öffentliche, transparente Liste von Tagesmüttern und deren Kapazitäten wäre toll sowie eine Tauschbörse. Oder eine Art Sonderbeauftragter für Kinderbetreuung, so dass man sich an den wenden kann, wenn man leer ausgegangen ist oder wenn man unzumutbare Wege hat. Weil bei einem solchen alle Fäden zusammenlaufen, kann er sicher noch einiges über Tausch richten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Aufgrund der ständig steigenden zu betreuenden Kinderzahlen und den in diesem Zusammenhang notwendigen Neueröffnungen von Einrichtungen wurde mit Wirkung vom 1.10.2010 der Betreuungsplatzservice „Kita-Tipp“ eröffnet. Damit wurde eine bürgerfreundliche Anlaufstelle geschaffen, bei der Eltern kompetent und sachkundig zum Thema Kitaplatzanspruch beraten werden. Der Service informiert und berät Eltern „aus einer Hand“ zu allen Fragen der Kindertagesbetreuung in Potsdam. Die Landeshauptstadt steht dabei in Abstimmung mit den 50 freien Trägern der über 110 Kindertageseinrichtungen. Die persönliche Beratung zu freien Plätzen sowie zu den pädagogischen Profilen der Kindertagesstätten steht weiter im Vordergrund. Die Beratung schließt die Vorbereitung der Bescheiderteilung (u.a. Prüfung der erforderlichen Unterlagen), die Kontaktaufnahme zu den Trägern der Kitas und Tagespflege sowie die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie mit ein.

> Kosten: Erstausrüstung: 11.700 Euro // Miete: 5.000 Euro // Betriebskosten: 1.950 Euro // Erstattung an Leistungserbringer: 75.000 Euro

> Umsetzungszeitraum: Ab 1.10.2010

> Wird der Vorschlag bereits umgesetzt? Ja, der Dienst arbeitet seit dem 1.10.2010 und steht den Bürgern zur Verfügung (Stadthaus, Raum 106)

> Grundlage der Umsetzung: U.a. Mitteilung im Jugendhilfeausschuss vom 27.05.2010

> ggf. Aktualisierung Januar 2011: -

Beschluss Stadtverordnetenversammlung:

-

Radfahrer geeigneter Straßenbelag in der Lennéstr. zwischen Zimmerplatz und Zeppelinstr. (I-65)

Das spezielle Steinpflaster in der Lennéstr. zwischen Zimmerplatz und Zeppelinstr. ist für Fahrräder nicht geeignet. Ich bitte die Stadt, den Straßenbelag radfahrgerecht zu erstellen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Nein

Notizen / Grund: betrifft Straße (Kein Beteiligungsgegenstand)

Grünstreifen im gesamten Stadtgebiet anlegen (BV-11)

Wo bleiben die Grünstreifen für unsere Stadt. Aus meiner Sicht sind teilweise noch freie Stellen und damit Kapazitäten vorhanden. Diese sollten weiterhin und gemeinsam mit der Bürgerschaft erstellt werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Nein

Notizen / Grund: Zu ungenau: Keine genauen Orte benannt.

Uferweg Griebnitzsee erhalten (P-74)

Die Stadt sollte meines Erachtens alle Rechtsmittel einsetzen, um den Uferweg am Griebnitzsee wieder der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: kein Beteiligungsgegenstand, betrifft Rechtsamt (15)

Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße (Pi-15)

Die Breite Straße ist sowas wie der Schandfleck Potsdams, mit einem chaotisch zubetoniertem Mittelstreifen, der weder sozial noch ökologisch irgendwelchen Sinn macht. Ich schlage vor: Beton raus, Blumen, Kräuter und Gräser rein. Es könnten Wildblumen und -Gräser und eine große Vielfalt an anderen Pflanzen gepflanzt werden. Das wäre ein Beitrag für die Artenvielfalt, trägt zum Insektenschutz bei und wäre eine Augenweide für die BewohnerInnen der Breiten Straße. Auch touristisch wäre es von Vorteil, als Langer Arm von Sanssouci sozusagen. Allgemein wäre mehr Grün und weniger Beton in der Stadt ratsam und stünde auch in Tradition unserer berühmten Schlossparks.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

Ausbau aller unbefestigten Straßen in Groß Glienicke (Pi-67)

Ein erster Schritt für den Ausbau aller unbefestigten Straßen in Groß Glienicke wäre, eine einfache Asphaltdecke aufzutragen, um gesundheitsschädliche Staubbildung zu vermeiden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Ja

Notizen / Grund: Kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

Ampelschaltungen im gesamten Stadtgebiet (Einführung Grüne Welle) (Pi-30)

Wer kennt das nicht... Dauernd steht man an irgendeiner Ampel. Teilweise ist die Ampelschaltung an vielen Stellen so willkürlich gewählt, dass ein in Bewegung geratener Tross von Fahrzeugen direkt auf eine auf rot springende Ampel zufährt und das auf einer Hauptstraße. Mein Wunsch: Auf den meisten Hauptstraßen eine logische Ampelschaltung für fließenden Verkehr (grüne Welle). Oder z.B. automatisches Computererkennungssystem für Fahrzeugmengen und entsprechende längere Ampelzeiten für hohe Fahrzeugmengen (Bedarf höherem Abflusses von Fahrzeuge). In London mit überragendem Erfolg bereits in der gesamten Innenstadt installiert. Spart auch CO2 für ein besseres Klima in unserer schönen Stadt!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Landeshauptstadt Potsdam zuständig? Ja (GB 4)

Konkret formuliert? Nein

Notizen / Grund: Kein Beteiligungsgegenstand (betrifft Straße)

NICHT PRIORISIERTE VORSCHLÄGE

(Grund: keine ausreichende Punktzahl während der Priorisierung)

Die folgend aufgelisteten Vorschläge erhielten während der Vorauswahl (Priorisierungsphase bei den dezentralen Stadtteilversammlungen oder im Internet) keine ausreichende Punktzahl von den Bürgerinnen und Bürgern und aus konnten diesem Grund nicht im weiteren Verfahren des Bürgerhaushalts 2011 berücksichtigt werden. Eine solche Zurückweisung bedeutet jedoch nicht, dass die Vorschläge keine weitere Beachtung fand. Zur Kenntnisnahme und möglichen Berücksichtigung wurden die Anregungen den zuständigen Fachbereichen der Landeshauptstadt Potsdam zur Verfügung gestellt.

Entwicklung der Wohnqualität im Bornstedter Feld (BV-1)

Das Wohngebiet Bornstedter Feld entwickelt sich rasch. Es fehlt jedoch ein "sozialer Mittelpunkt" oder ein Zentrum des neu entwickelten Kiez. Städtebaulich könnte hier mehr getan werden, auch um zu verhindern, dass ein reines Schlafgebiet entsteht. Möglichkeiten bieten sich rund um den Buga-Park. Auswirkungen auf den Haushalt können mittel- bzw. langfristig sicher positiv sein, z.B. Steuereinnahmen durch entsprechende Gewerbeansiedlung, Gaststätten etc.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Unebene Gewege Hebbelstr. bis Neuer Garten (BV-10)

Der Gehweg Hebbelstr. ab Kurfürstenstr. ist reichlich uneben. Bürgersteige unterschiedlicher Höhe sind für Besucher und Bewohner äußerst beschwerlich. Die schlechten Wege ziehen sich bis etwa Neuer Garten. Korrekturen sind dringend erforderlich.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Alles beantworten! (BV-12)

Mein Vorschlag betrifft den Bürgerhaushalt selbst: Ich plädiere dafür, innerhalb der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam alle Voraussetzungen (finanzielle, personelle,

organisatorische, u.a.) zu schaffen, um das Wort des Oberbürgermeisters "kein Vorschlag bleibt unbeantwortet" auch zukünftig zu gewährleisten.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Einnahmen durch das Ordnungsamt erhöhen (BV-2)

Es sollten mehr Abfall- und Papierbehälter aufgestellt werden. Freilaufende Hunde im Innenstadtbereich sind laut der Hundehalterverordnung eine Ordnungswidrigkeit, ebenso das Befahren von Gehwegen durch Radfahrer laut StVO. Die Ahndung von derartigen Verstößen könnte eine Einnahmequelle für das Ordnungsamt sein.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Stärkere Durchsetzung der Stadtordnung (BV-23)

Mein Vorschlag betrifft insbesondere die Kontrolle der Plakatierung, insbesondere in der Brandenburger Vorstadt ist dies ein häufiges Ärgernis.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Verbesserung des Winterdienstes (BV-24)

Zukünftig sollte auch die Streuung von Nebenstraßen, Gehwegen und Fahrradtrassen gegen Glatteis durchgeführt werden. Die Stadt sollte mehr in den Winterdienst investieren!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Mehr Hundetoiletten in Potsdam-West (BV-25)

Wie auch letztes Jahr ist dies ein Anliegen von mir, denn bisher hat sich in Potsdam-West (ab Kastanienallee, Richtung Werder) noch nichts getan. Zudem ist die Vermüllung von Spielplätzen zu verzeichnen. Müllbehälter werden nicht oder nur unzureichend benutzt. Zerbrochene Flaschen uä haben nichts auf Spielplätzen und Geh- sowie Fahrradwegen zu suchen. Meines Erachtens sollten Mülleimer (für Hundekot und sonstigen Abfall) häufiger geleert werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Fußgängerüberweg / -ampel Friedrich-Engels-Str. / Ecke Schlaatzstr. (BV-26)

Folgende Grüne sprechen für einen Fußgängerüberweg bzw. eine -ampel über die Friedrich-Engels-Str. Ecke Schlaatzstraße: Insbesondere für Kinder und auch für ältere Menschen ist die Überquerung der Fr.-Engels-Str. an dieser Stelle lebensgefährlich. Bedingt durch die Bushaltestellen auf beiden Seiten überqueren viele Menschen diesen Knotenpunkt. Da die Straßenführung auf dieser Höhe jedoch in einer Kurve verläuft, ist die Sicht auf herankommenden Autoverkehr erheblich erschwert und somit lebensgefährlich. In den abzweigenden Straßen leben viele Familien mit kleinen Kindern, welche die von der Haltestelle Schlaatzstraße verkehrenden Buslinien nutzen. Es kommt immer wieder zu bedrohlichen Situationen, wenn Kinder aber auch Anwohner die Fr.-Engels-Str. zwischen den fahrenden Fahrzeugen überqueren, weil das hohe Verkehrsaufkommen eine gefahrlose Überquerung nicht ermöglicht. Der auf die Friedrich-Engels-Str. einbiegende Verkehr aus der Schlaatzstraße, dem Schlaatzweg aber auch aus der Friedhofsgasse erhöht das Risiko der Straßenüberquerung zusätzlich. Der erhöhte Bedarf der Überquerung an diesem Knotenpunkt wird durch das neue Cityquartier mit seiner Ladenpassage zukünftig noch

umfangreicher. Ein weiterer Vorteil für einen Überweg ist der Autoverkehr, welcher von der Friedrich-Engels-Str. kommend oder in die Schlaatzstr. einfährt. Dieser hat bei erhöhtem Verkehrsaufkommen kaum eine Chance auf diese Straße zu gelangen. Dies verursacht regelmäßig Stau.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Sozialplanrichtlinien für Sanierungsmaßnahmen erstellen (BV-27)

Meines Erachtens sollte die Stadt eine Art Sozialplanrichtlinie erstellen, um Sanierungsmaßnahmen konkreter durchgeführt werden können.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

"Zwangs-Kabelanschluss" abschaffen (BV-28)

Dieses Angebot wird von vielen Mietern gar nicht benutzt. Da die Stadt aber viele auch durch Wohngeld oä unterstützt, zahlt die Stadt das Geld "umsonst". Die "Zwangsanschlüsse" an das TV-Kabelnetz sollten mE überprüft bzw. abgeschafft werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Bürgerschaftliches Engagement bei Grünflächen (BV-29)

Zur Unterstützung des Bereichs Grünanlagen sollten gemeinsame Aktionen der Anwohner initiiert werden. Die Aktionen könnten als Projekt geplant und ggf. aus EFRE-Mitteln kofinanziert werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Ampel Konrad-Wolf-Allee/Hans-Albers-Str. (BV-3)

Eine Ampel auf der Hälfte der Konrad-Wolf-Allee zur Hans-Albers-Str. ist wünschenswert. Es erstaunt mich jedesmal, wenn Schulkinder auf die Straße rennen, um ihren Bus zu bekommen, dass es mal wieder "gut gegangen" ist. Es betrifft aber auch die älteren Bewohner aus dem Altenheim. Wenn sie zum Einkaufen oder Kaffeetrinken zum Havel-Nuthe-Center müssen, haben sie drei Fahrbahnüberschreitungen nötig.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Honorarerhöhung für VHS-Honorarkräfte (BV-30)

Nach meiner Erfahrung leisten die freiberuflichen Lehrkräfte an der VHS eine hervorragende und wichtige Arbeit. Mir ist nicht bekannt, dass es in den letzten 10-15 Jahren eine Honorarerhöhung gab. Angesichts der Mietpreise im gesamten Stadtgebiet (und insbesondere in den attraktiven Stadtteilen wie P-West) ist es wünschenswert, dass sich auch ein "Durchschnittsbürger" eine Wohnung leisten kann... Dafür muss jedoch zunächst auch das Einkommen ausreichend sein...

Beteiligungsgegenstand: VHS

Gehwegplatten ersetzen (Zeppelinstr.) (BV-31)

An folgenden Stellen fehlen Gehwegplatten: Zeppelinstr. / im Bogen in Fahrtrichtung Pirschheide fehlen mindestens drei Gehwegplatten (40x40) altrosa... Dies sollte verändert werden, da ansonsten eine große Unfallgefahr besteht.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Kennzeichnung Geh- und Radweg Kurfürstenstr. Uneindeutig (BV-32)

Die Kennzeichnung des Geh- und Radwegs in der Kurfürstenstr., Höhe Sportplatz stadteinwärts ist uneindeutig, was häufig zu Verwirrung aller Benutzer führt. Es sollten klare Zeichen wie Piktogramme oder farbliche Markierungen vorgenommen werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Wiederbegrünung von Horstweg + Breiter Straße (BV-33)

Der Horstweg und die Heinrich-Mann-Allee weisen historische Baumbepflanzungen bzw. Grünanlagen im Mittelstreifen auf. Gegenwärtig sind diese Straßenzüge reine Betonwüsten, die keine Aufenthaltsqualität aufweisen und sich im Sommerhalbjahr besonders aufheizen. Hier sollten Entsiegelungen und entsprechende Baumbepflanzungen stattfinden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Einsparungen bei Kitas (BV-34)

Bei Kindertagesstätten könnte mE eingespart werden, weil hier unter den freiwilligen Leistungen unverhältnismäßig hohe Ausgaben vorgesehen sind. In Potsdam dürften mittlerweile eine Vielzahl einkommensstarker Familien leben, die keiner kommunal finanzierten Kita bedürfen.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Bahnhofsvorplatz öfter säubern (BV-35)

Der Bahnhofsvorplatz, den ich täglich betrete (Südseite), ist mit kleinen grünen Abfallbehältern ausgestattet. Dies ist jedoch nicht angemessen am Aufkommen von Müll, bei dem die Ess- und Getränkeverpackungen überwiegen. Seitdem es immer raffinierteres „to-go“-Food gibt, reichen die Entsorgungsbehälter alter Qualität nicht mehr aus. Der Bahnhofsvorplatz wird vermüllt besonders an Feiertagen, wo Massen strömen: Baumblüte, 1.Mai, 3. Oktober, Himmelfahrt, Fußball usw... Als Fremdenverkehrshauptstadt, haben wir für einen einladenden Anblick bei Willkommen der Besucher zu sorgen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Erweiterung der TRAM-Fahrten zum Bhf. Pirschheide (BV-36)

Wünschenswert ist die Ausdehnung des 10-Minuten-Taktes der TRAM zum Bahnhof Pirschheide morgens bis 9 Uhr. Weiterhin sollte die TRAM 98 auch in den Ferien fahren (Nutzung auch durch Urlauber und Hotelgäste des Kongresshotels).

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Infos über Baustellen in Tageszeitungen veröffentlichen (BV-37)

Ich würde mir wünschen, dass am Wochenanfang jeder Tageszeitung (MAZ und PNN) eine kurze Notiz steht, in welchen Straßen gebaut wird und wo Durchfahrten mit dem Auto bspw. nicht oder nur teilweise möglich sind. Dann kann man besser vorher überlegen, wie man den Zielpunkt erreicht, weil man weiß, wo die Baustelle ist.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Stopp des Verfalls von Häusern (BV-38)

Es sollten Auflagen an Hausbesitzer zur Sanierung gestellt werden. So könnte man vertraglich festhalten, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Sanierung durchgeführt werden müssen. Sollte nichts passieren, würden die Häuser automatisch in den Besitz der Stadt zurück gehen. Ziel wäre es, dem Verfall und der Verschmutzung durch Graffiti-Schiererein entgegen zu wirken. Insbesondere betreffen diese Probleme das ehemalige Kino Charlott, die Ecke Geschwister Scholl / Sellowstraße und die Zeppelinstr. 24.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Kontrolle vergebener Fördermittel (BV-5)

Der Einsatz von vergebenen Fördermitteln sollte langfristig kontrolliert werden.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Berufsförderung für Arbeitslose (BV-6)

Wer arbeitet, zahlt Steuern und das bedeutet Einnahmen. Aus diesem Grund ist Berufsförderung insbesondere für Arbeitslose besonders wichtig.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Schwimmbad am Brauhausberg belassen (BV-7)

Warum muss das Freizeitbad an der Biosphäre gebaut werden? Geht es etwa darum mehr Besucher in die Biosphäre zu bekommen? Das Brauhausberg-Bad (renoviert) ist für viele Bürgerinnen und Bürger näher und besser zu erreichen.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

"Gartenstadt Drewitz" überdenken / Nachpflanzungen Priesterweg (BV-8)

Warum muss Drewitz (am Rande der Parforceheide) als eine "Grüne Stadt" gestaltet werden? Warum soll auf eine 4-reihige (z.T. 6-reihige) vor einem Jahr gepflanzte Allee (Konr. Wolf) verzichtet werden? Hierbei handelt es sich um einen klaren Fall von Fehlinvestitionen. Die Höfe der Wohnbauten sind schon grün genug. Wichtig wäre, dem häßlichen Priesterweg durch Eichen-Nachpflanzungen in den Lücken aufzuwerten.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Radweg Kurfürstenstraße (BV-9)

Der Radweg in der Kurfürstenstraße bzw. der Radstreifen sollte besser angelegt werden. Ggf. müsste der Bereich für den ruhenden Verkehr (die parkenden Autos) entfernt werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Fußgänger-Ampel zwischen Tram und Bus (Asta-Nielsen-Straße/Hans-Albers-Str.) (I-1)

An der Kreuzung Asta-Nielsen-Straße/Hans-Albers-Str. sollte eine Fußgängerampel auf Höhe der Bushaltestelle Hans-Albers-Str. gebaut werden. Diese sollte dann - zwecks Verkehrsfluss - synchron zu der bereits bestehenden auf der anderen Seite (Konrad-Wolf-Allee) geschaltet werden. Abgesenkte Bordsteine dort wären dann vorzusehen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Tram-Linie 92 (Kirschallee) bis 01:30 Uhr (I-10)

Ich fände es gut, wenn die Tram-Linie 92 bis 01:10 Uhr täglich vom HBF im 20 Minutentakt fährt. Zur Zeit fährt die letzte Tram um 00:30 Uhr vom HBF zur Kirschallee! Alternativ ist zu prüfen, ob nicht ab 00:30 schon ein Nachtbus im 30 Minutentakt zur Kirschallee entlang der Tram 92 fahren kann. Dies wäre eine Verbesserung für Nachtschwärmer, die aus Berlin von einer Veranstaltung kommen!

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Stadtfeste unter Vorgaben stärker fördern (I-103)

Meiner Meinung nach sollten Stadtfest, wie die "Babelsberger LiveNacht" und die "Lange Nacht des Shoppings" in der Innenstadt weiterhin von der Stadt gefördert werden. Hier sollten jedoch Auflagen bedacht werden, die einem kulturellen und sozialen Anspruch dienen. Sauffeste und Trinkgelage sollten nicht unterstützt werden, da dies dem Ansehen der Stadtteile und der Stadt selbst nicht förderlich ist...

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten in der Brandenburger Str. und Nebenstraßen (I-104)

Bewegung für Kinder ist wichtig und macht geschickt und klug, daher wäre es toll, wenn in den Innenstadtbereichen Spielgeräte den Kindern von Einkaufenden und Touristen Abwechslung böten. Dass das schön aussehen kann und wenig pflegeaufwändig ist, beweisen die Spielgeräte in der Babelsberger Karl-Liebknecht-Straße.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Niederflurbahnen auf der Anzeigetafel durch Symbol kennzeichnen (I-105)

Auf den Anzeigetafeln werden Liniennummern und Fahrtziel sowie Wartezeit angegeben. Wenn dazu noch ein Zeichen darauf hinweisen würde, dass es sich um ein Niederflurfahrzeug handelt, wäre das sehr hilfreich für Gehbehinderte, Kinderwagen-Schiebende und Rollstuhlfahrer etc. Auf dem Fahrplan an jeder Haltestelle ist dies auch ersichtlich, doch muss man sich dazu an den relativ kleingedruckten Plan herandrängen. Wäre es bereits auf der Anzeigetafel ersichtlich, ist es viel praktischer. Es ist vermutlich ein kleiner technischer Aufwand, der jedoch vielen Vorteile bietet und auch aktuell anzeigt, wenn einmal eine Abweichung vom Fahrplan eintritt, denn in Einzelfällen kommen entgegen des Fahrplans doch "hohe Bahnen".

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Rauchverbot unter den Haltestellendächern (I-106)

Unter den Haltestellendächern drängen sich bei Regen oder Sonne oft viele Leute, auch wenn man auf einen Sitzplatz angewiesen ist, muss man oft unter das Dach. Leider ist es Raucher nicht selbstverständlich, dass sie von den Wartenden Nichtraucher Abstand halten sollten. Daher wünsche ich mir ein Rauchverbot zumindest unter den Dächern. An Bundesbahnhöfen ist es bereits üblich, dass den Rauchern nur kleine Inseln zugewiesen sind, um alle anderen Fahrgäste vor dem Passivrauchen zu bewahren. Neben dem Verbot reicht dann sicher ein einfach anzubringender Aufkleber, um diese Änderung durchzusetzen. Vielleicht hilft es auch dabei, dass der Boden im schwer zu säubernden Haltestellehaus dann kippenfrei ist.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Verbesserung der Ausschilderung im Potsdamer Hauptbahnhof (I-11)

Es passiert immer wieder, dass mir internationale Gäste schildern, welche Schwierigkeiten sie am Potsdamer Hauptbahnhof haben, um den Ausgang Richtung Stadtzentrum zu finden. Es sind zwar verschiedene Ausgänge im Hauptbahnhof ausgeschildert, allerdings ohne auf den kürzesten Weg in das Zentrum der Landeshauptstadt zu verweisen. Daher mein Vorschlag: Die Stadt möge dafür Sorge tragen, dass im Potsdamer Hauptbahnhof zukünftig durchgängig das Wort Zentrum in deutscher und englischer Sprache - begleitet von dem international gültigen Piktogramm "Zentrum" (Kreis mit Ringen) - ausgeschildert wird.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Markierung von Stellflächen entlang des Radweges Berliner Straße (I-12)

Zwischen Otto-Nagel-Straße und Glienicker Brücke verläuft stadtauswärts der Radweg als gesonderte Fahrbahn parallel zur Berliner Straße. Dieser Radweg wird gleichzeitig auch als Parkplatz von den Anwohner genutzt. Zur klaren Abgrenzung von Radweg und Stellflächen muss die Beschilderung geändert werden (bisher nur als Radweg ausgewiesen) und es sollten die Stellflächen markiert werden. Es kommt hier immer wieder zum Konflikt zwischen Rad- und Autofahrern aufgrund der unklaren Widmung.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Geschwister-Scholl-Straße LKW-frei (I-13)

Die Geschwister-Scholl-Straße sollte für LKW zwischen Zeppelinstr. und Kastanienallee eingeschränkt befahrbar sein (nur Lieferverkehr) und zwischen Kastanienallee und Am Neuen Palais verboten werden. Die Straße ist ziemlich eng und birgt enorme Gefahren für die Radfahrer, die PKW-Fahrer (die bei entgegenkommenden LKW anhalten müssen) und die Kinder, der Kindergärten und umliegenden Schulen. Außerdem erfährt die Straße dadurch eine unnötige Abnutzung, ganz zu schweigen vom Lärm für den anliegenden Park. Die Umfahrung wäre problemlos über Am Wildpark/Forststraße/Zeppelinstraße möglich.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Gehwegabsenkung Dieselstraße 22 - 26 (I-14)

Ich arbeite im betreuten Wohnen in der Dieselstraße 26. Unsere Bewohner können sich nur mit Rollator oder Rollstuhl fortbewegen. Sehr schön ist es für sie geraderüber durch die Gärten zu spazieren. Hierzu wäre es schön Parallel zum Gartentor eine Bordsteinabsenkung einzurichten.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer (Zimmerstraße) (I-15)

Die Einbahnstraßenregelung in der Zimmerstraße (in Richtung Luisenplatz) sollte für Fahrradfahrer aufgehoben werden. Dies würde auch die Fußgängersituation entlang des Krankenhauses erleichtern, da die Bürgersteige üblicherweise in beide Richtungen als Fahrradwege genutzt werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Parkraumbewirtschaftung in der Brandenburger Vorstadt (I-16)

Einführung einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung entlang der Zimmer- und Lennestraße (Schlosspark- und Innenstadtnähe, ggf. weitere Seitenstraßen) für auswärtige Besucher der Stadt Potsdam.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

Schallschutzwände aufstellen (I-19)

Schallschutz ist nicht nur an Flughäfen wichtig sondern überall dort wo Veranstaltungen bis in den Morgen gehen. Hierbei ist es auch sinnvoll die angrenzenden Wohnungen mit schalldichten Wänden und Fenstern zu versehen, da auch der Heimweg oft sehr laut ist.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Radwegausbau am Südufer des Jungfernsee (I-2)

Der Radweg von der Bertinistraße (aus Richtung Meierei im Neuen Garten) endet aktuell nach 1 km abrupt am Ufer des Jungfernsee. Radfahrer stehen hier vor einer Sackgasse oder müssen sich durch das ehemalige Gebiet der "Nedlitzer Kaserne" auf wilden Wegen durchschlagen. Vorgeschlagen wird eine Weiterführung am Südufer des Jungfernsee in Richtung Neu Fahrland bis zur Nedlitzer Straße (Brücke des Friedens/B2) um 1 km. Damit würde auch eine Verbindung zwischen den bestehenden Radwegen in Potsdam und dem Fontanewanderweg geschaffen. Der Vorschlag wäre m.M. mit dem FNP der Stadt Potsdam vereinbar ("Gewerbe Nedlitzer Kaserne").

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Kitaöffnungszeiten verlängern (I-20)

Da immer mehr Mütter und Väter ihre Kinder allein erziehen, oder beide Elternteile arbeiten gehen, sollten die Öffnungszeiten der Kitas diesen Bedingungen angepasst werden. Dabei muss man auch beachten, dass viele im 3-Schichtsystem arbeiten, und so brauchen wir auch Kitas die ganztägig 24Stunden geöffnet haben.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Kitaplätze für Babelsberg (I-21)

Babelsberg hat sehr viele junge Familien und braucht mehr Kitaplätze. Auch die Kinder- und Jugendarbeit nach der Kita ist eine wichtige Stadtteilaufgabe, die in diesem wachsenden Stadtteil verstärkt gefördert werden sollte.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Mehr Strände (I-22)

Als wir nach Potsdam gezogen sind, waren wir über die wenigen Bademöglichkeiten erschrocken. Von Brandenburg an der Havel waren wir nämlich verwöhnt. Es waren nicht nur wenige, sondern auch kleine Einstiege. Eine ganze Stadt kann kein Museum sein, dann ist sie nicht mehr Lebenswert. Es sollten mehr Badestellen geschaffen werden.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Einführung einer "Kopfsteuer" (I-23)

Diese Idee, die ich in den Vorschlägen (Pi-23) gelesen habe, finde ich nicht schlecht. Kopfsteuer: 1 Euro ab dem 1. Lebensjahr. Hier muß man überlegen was gerecht ist, da Kinder nur bis zu 25 % vom Staat gefördert werden, die restlichen 75% bezahlen die Eltern. Paare und Personen ohne Kinder können dieses Geld für sich verleben.

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Uferweg Griebnitzsee: Steg einrichten (I-24)

Es gibt die Möglichkeit, den Uferweg auf dem Wasser langzuführen. Dies wäre eine Alternative und sollte meines Erachtens in Betracht gezogen werden, um den "Uferwegstreit" am Griebnitzsee beizulegen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Mehr Papierkörbe für Babelsberg (I-25)

Wie bereits im Vorschlag Pi-10 gefordert, finde ich es wichtig, dass im gesamten Stadtteil (!) Babelsberg und im Babelsberger Park mehr Papierkörbe aufgestellt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Streugutbeseitigung (I-26)

Ergänzend zum Vorschlag P-12, möchte ich folgendes: Es muss auch darauf geachtet werden, dass das Streugut nach dem Winter vernünftig in die Rinne oder an die Seite gefegt wird, damit es bis zur Entsorgung nicht ewig auf der Straße und den Gehwegen liegen bleibt.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Unterführung Bahnhof Medienstadt einrichten (I-27)

Ich halte es für sinnvoll, die Schranke am Bahnhof Medienstadt zu unterführen und unterstütze damit den Vorschlag P-76.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Entsorgung: Gelber Sack (I-28)

Ich bin nicht für eine 4 wöchige Entsorgung (wie bei Vorschlag P-97 gefordert), da unsere gelben Tonnen schon nach 14 Tagen fast überfüllt sind. Wo soll man denn den ganzen Müll in der Wohnung sammeln? Die kleinen Neubaukeller sind doch meistens eh schon voll.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Energie- und Klimaschutzbildung für Kinder und Jugendliche (I-29)

Kitas und Schulen sollen bei ihren Bemühungen zur Energie- und Klimaschutzbildung mit Beratung und Materialien unterstützt und durch Wettbewerbe und finanzielle Erfolgsbeteiligungen („Prämiensysteme“) motiviert werden. Viele kreative Aktionen wie zum Beispiel Energierallyes, Energiesparwettbewerbe, Energietheater und Energierundgänge zur Identifikation von Energielecks laden zur Beschäftigung mit dem Thema ein. Zudem sind unzählige kostenlose Materialien und Anlagen (BMU, VCD, Klima-Bündnis, BINE, etc.) zu beschaffen, die die Arbeit vor Ort unterstützen, wie zum Beispiel die „Energiebox“ für Vorschulkinder, Solaranlagen auf Schuldächern, ein Energieinfomobil sowie Messkoffer zur wissenschaftlichen Fundierung der Arbeit von „Energie-Teams“. Somit können erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen in vielen Kitas und Schulen der Landeshauptstadt Potsdam ein integraler Bestandteil des Schulalltages werden. Ein weiteres Ziel dieser Projekte könnte es sein, Energie- und Klimaschutzthemen in den Unterricht und in die Lehrpläne zu integrieren. Bei der Entwicklung der Schulprofile sollten in Schulen Umweltgesichtspunkte in einer Präambel aufgenommen und Unterrichtseinheiten zum Thema Klimaschutz entwickelt werden. Ziel von Energiesparprojekten in Kitas und an Schulen, ist die frühzeitige Heranführung junger Menschen an den Themenbereich Energie und Umwelt sowie zugleich die Einsparung von Energie. Durch die Verhaltensänderungen der Gebäudenutzerinnen und -nutzer können Energie gespart, Kohlendioxid-Emissionen vermieden und damit auch der städtischen Haushalt entlastet werden.

Beteiligungsgegenstand: Klimaschutz

Historisches Pflaster: Unfallgefahr in der Innenstadt (I-3)

Nach wie vor sind die historischen Pflaster in verschiedenen Stadtvierteln so "ausgespült", dass es sowohl als Radfahrer als auch als Fußgänger schwer und halsbrecherisch ist, diese zu nutzen oder auch nur zu überqueren. Die Lücken sollten dringend aufgefüllt und verdichtet werden (Mittelstrasse, Gutenbergstrasse, usw.).

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Zuschüsse an Stadtwerke kürzen (zB um Kosten des Stadtwerkefestes) (I-30)

Die Zuschüsse der Stadt an die Stadtwerke sollten um den Betrag gekürzt werden, der für das Stadtfest sowie weitere unnötige Werbungskosten (z.B. Kalender für alle Haushalte) erforderlich ist. Der "Kunde" hat i.d.R. keine Wahlmöglichkeit und muss die Leistungen der STEP (Abfallentsorgung, Stadtreinigung) in Anspruch nehmen. Der eingesparte Betrag könnte für die Anschubfinanzierung eines "Energiecontracting" für alle Potsdamer Schulen oder andere städtische Liegenschaften genutzt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Vergrößerung der Anzahl behindertengerechter öffentlicher Transportmittel (I-31)

Sowohl durch den demografischen Wandel als auch durch relativ hohe Geburtenrate wäre eine Ausweitung der behindertengerechten bzw. kinderwagenberechtigten Transportmittel angebracht. Die Daten der vermuteten Bevölkerungsentwicklung bis 2020 zeigt eine deutliche Verlagerung zu höheren Geburtenwerten ebenso wie zu Einwohner mit höherem Alter an. Positive Nebeneffekte wären höhere Einnahmen durch verbesserte logistische Möglichkeiten der Beförderung, eine Verringerung des Verkehrsaufkommens sowie ein zusätzlicher Punkt zum Titel "Familienfreundlichste Stadt" Deutschlands.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Sporthalle Kurfürstenstraße sanieren (I-32)

Das familienfreundliche und kinderfreundliche Potsdam hat erhebliche Defizite in der Unterstützung u. Förderung von sog. Randsportarten. So z.B. die Kinder der rythmischen Sportgymnastik des SC Potsdam. Sie trainieren täglich in der alten Sporthalle, die nicht nur im Inneren einen erheblichen Sanierungsbedarf aufzeigt, sondern auch nach Aussen dem Anspruch einer Stadt Potsdam unwürdig ist. Eine Vielzahl von Trainern/ -innen arbeiten dort ehrenamtlich, ohne einen finanziellen Ausgleich für ihre Trainertätigkeit. Der bauliche Zustand der Halle ist auch in diesem Sinne respektlos gegenüber dem Ehrenamt und sollte verbessert werden.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs für Ehrenamtler/-innen (I-33)

Mein Vorschlag ist, dass allen in Potsdam tätigen Ehrenamtlern ein kostenloser Fahrausweis des ÖPNV zur Verfügung gestellt wird. Dies reduziert nicht nur die privaten Kosten der Ehrenamtler/- innen, die für diese Ausübung kein Geld bekommen, sondern es könnte auch der Umwelt und dem innerstädtischen Verkehr, zumindest im geringen Maße, dienlich sein.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Sanierung der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee (I-34)

Die 1965 errichtete Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee ist Trainings- und Spielstätte von vielen Vereinen. Nicht nur die 1. Bundesliga Volleyball, sondern auch die 2. Bundesliga Handball und etliche andere Vereine haben hier ihre Heimstätte. Auch wenn am LuftschiFFhafen eine neue Mehrzweckhalle errichtet wird, heißt das noch lange nicht, dass die Sporthalle HMA dafür irgendwann weichen muss, darf oder sollte. Die Stadt Potsdam benötigt laut dem Flächennutzungsplan mehr als 7 neue/weitere Sporthallen. Baut man eine neue, dann sind es nur noch sechs. Reißt man dagegen die Sporthalle Heinrich-Mann-Allee weg, dann sind es wieder sieben. Potsdam braucht Raum für die Ballsportarten und dieser Standort muss für diese Sportarten weiterhin Bestand haben. Wir haben nicht nur die Bundesligen hier, sondern auch Regionalligamannschaften, Landesligamannschaften etc. die unbedingt Raum zur Entfaltung brauchen. Die solide gebaute Turnhalle HMA sollte für die Sportmannschaften der Stadt Potsdam saniert und für die nächsten 45 Jahre fit gemacht werden. Dieser traditionelle Sportstandort benötigt eine neue Heizung, neue Sanitäranlagen, eine bessere Lüftung und natürlich einen modernen Brandschutz. Im Ganzen muss die Turnhalle auf den neuesten technischen Stand gebracht werden!

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Erweiterung der Sportanlagen H-Mann-Allee (I-35a)

Erweiterung des Areals musste aussortiert werden, da gewünschte Fläche nicht im Eigentum der Stadt ist. Zur Votierung wird nun der Teil zum Erhalt gestellt, Erweiterung kann nicht thematisiert werden. Originalvorschlag I-35:

Die Heinrich-Mann-Allee ist für ihren Sportstandort bekannt. Die 1965 errichtete Sporthalle hat sich über Jahrzehnte bewährt und erfährt seit Jahren eine Dauerüberlastung. Sie ist Trainings- und Spielstätte vom SC Potsdam, VfL Potsdam, Judo, Schule etc. Entspannung soll die Mehrzweckhalle am weit entfernten LuftschiFFhafen bringen. Vor der Heinrich-Mann-Allee befindet sich das Rollsportfeld, welches erfolgreich durch die ansässigen Vereine Polarstern Potsdam, den Hochschulsport und ESV Lok Potsdam genutzt wird. Hinter der Sporthalle befinden sich seit Jahren die Tennis-Anlagen vom TC Rot-Weiß die sich am Standort über Jahrzehnte behauptet haben und sich gerne am Standort erweitern möchten. Eine Erweiterung des Sportstandortes um Sportanlagen verschiedenster Couleur ist sinnvoll.

Auch wenn die Stadtspitze sich einen Sportstandort (ein Schwimmbad wäre hier sehr sinnvoll gewesen) hier in den nächsten Jahren nicht mehr vorzustellen wagt, muss dieser Sportstandort erhalten bleiben und erweitert werden! Für eine Erweiterung würde sich das Areal des alten Straßenbahndepots anbieten für das die Stadt Potsdam Villenbebauung plant anstatt sozialen Wohnungsraums zu schaffen. Villen haben wir in Potsdam wohl vorerst genug!!! Sportanlagen jedoch fehlen weiterhin!!!! An Stelle des alten Tramdepots sollten weitere Sportanlagen errichtet werden. Es böte sich an ein Fußballfeld, Bolzplätze, eine Leichtathletikhalle, Skateranlage, neu überdachtes Rollsportfeld, Wintereisbahn / Spritzeisbahn, Eishalle, weitere Sporthalle etc. für die Vereine der Stadt hier zu errichten.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

20er Zone in der Friedrich-Ebert-Straße (I-36)

Ich bin der Überzeugung, dass die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Charlottenstraße und Nauener Tor in eine 20-Zone umgewandelt werden muss. Besonders die Busse fahren mit zu hoher (wenn vielleicht auch rechtmäßiger) Geschwindigkeit die Straße entlang und es kommt immer wieder zu brenzligen Situationen. Besonders, da der Einstieg in Straßenbahnen oft nur von der Fahrbahn aus realisiert werden kann, viele Radfahrer unterwegs sind und im direkten Umfeld Brandenburger Straße / Holländisches Viertel die Fußgängerströme doch erheblich sind. Ggfs. kann die Strecke auch als 30-Zone, die umliegend sowieso eingerichtet ist, nutzbar gemacht werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Musikschule "J. S. Bach" weiter unterstützen (I-37)

Die städtische Musikschule leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag für die musikalische Bildung der Potsdamer und bereichert mit verschiedensten Ensembles das kulturelle Leben Potsdams. Dies erfolgt auch weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Dieses Leistungsvermögen stellt einen Beweis für die gute Arbeit der dort tätigen Lehrkräfte dar. Die Musikschule hat neben der Bedienung des Bildungsauftrages auch eine sehr wichtige Marketing-Funktion für die Stadt, ja sogar für Deutschland, da die Ensembles auch international unterwegs sind. Aus diesem Grund ist und die Musikschule bei den Zuwendungen besonders zu begünstigen. Diskussionen über Einsparpotentiale halte ich für total fehl am Platz. Bewährtes heißt es zu bewahren und nicht in Frage zu stellen.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Einrichtung von Selbsthilfwerkstätten und Geräteverleihstationen (I-38)

In vielen Städten gibt es Fahrrad-Selbsthilfwerkstätten, unter anderem auch in Potsdam betrieben vom ADFC in der Gutenbergstraße 76. Diese Idee könnte auf andere Bereiche ausgedehnt werden: Selbsthilfwerkstätten für den Holzbereich, Keramik, Textilien usw. Es macht gesamtgesellschaftlich aus meiner Sicht wenig Sinn, dass sich jeder teure Maschinen kauft, die Platz benötigen und die man vergleichsweise selten nutzt. Es könnte die Treffpunkte in den Stadtteilen beleben, wenn es dort Werkstätten gäbe, wo man derartige Maschinen (Kreissägen, Brennöfen, Nähmaschinen) nutzen und wo man ggf. bei einer erfahrenen Person um Rat fragen kann. Möglicherweise fänden sich hierfür auch ehrenamtlich Tätige. Eine derartige Werkstatt gibt es in Potsdam bereits durch private Initiative: das Werkhaus Potsdam im Projekthaus Babelsberg. Dort kann man die Tischlerei z.B. für 3 Euro/ Stunde nutzen. Die Nutzung großer Maschinen bezahlt man minutenweise. Und eine fachkundige Einweisung kostet 20 Euro/ Stunde. Das Material besorgt man selbst und kann damit z.B. Möbel bauen oder auch einfach nur Holz zuschneiden. Ähnliches könnte ich mir z.B. im Bürgerhaus am Schlaatz oder in der VHS Dortustraße vorstellen. Im

Bürgerhaus am Schlaatz wird bereits von der Initiative "BuS" ein mobiler Beratungsdienst mit Geräteverleih annonciert. Dies könnte man ausweiten, dann benötigt nicht jeder Haushalt Bohrmaschinen, Schleifmaschinen usw.

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Bessere Warnhinweise am Radweg Nuthestr./ Einmündung Humboldtring (I-39)

Der Radweg entlang der Nuthestraße ist eine zügige Verbindung für Radfahrerinnen und Fußgänger von der Innenstadt nach Babelsberg. Gefährlich finde ich jedoch die Einmündung am Humboldtring, wo Autofahrer anscheinend nicht merken, dass sie einen Hauptradweg queren und oft mit hoher Geschwindigkeit auf diesen zu fahren. Ich fürchte, dass es dort schlimme Unfälle geben kann. Bessere Warnhinweise (ggf. auffälligere Markierungen) dürften nicht allzu teuer sein und auf der anderen Seite aufwändige medizinische Behandlungen einsparen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Wohlfühlinseln im Holländischen Viertel (I-4)

Die Änderung der Parksituation im Holländischen Viertel mit der Installation von Fahrradständern und Freiflächen für Diverses sollte nach dem Test unbedingt beibehalten und weiterentwickelt werden. Es ist eine Bereicherung des Viertels, die nicht aufgegeben werden darf.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Verzicht auf den Ausbau der Humboldtbrücke (I-40)

Auch wenn die StVV anders entschieden hat: Um möglichst viele sinnvolle Projekte mit geringen bis mäßigen Kosten umsetzen zu können, fände ich einen Verzicht auf den weiteren Ausbau der Humboldtbrücke angebracht und notwendig, so wie es auch der Baubeigeordnete Herr Matthias Klipp angeregt hat. Ich teile seine Meinung, dass man nicht gleichzeitig Autoverkehr und Fuß- und Radverkehr optimieren kann. In diesem Konflikt bevorzuge ich einen Ausbau von Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV. Um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden, die auch offiziell z.B. mit der Mitgliedschaft im Klimabündnis und der Lokalen Agenda 21 bekräftigt wurde, halte ich es für notwendig, unseren Lebensstil und unsere Alltagsroutinen zu ändern - also das Auto nicht mehr im lokalen Verkehr zu nutzen, auch wenn dies zunächst schmerzhaft sein sollte.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Lösungsvorschlag zum Konflikt "Erhalt des Straßenpflasters/ Erleichterung des Radfahrens" (I-41)

Die geplante Asphaltierung der Mangerstraße hat in der letzten Zeit zu vielen Presseberichten und Leserbriefen geführt. Einerseits ist der Erhalt des historischen Straßenpflasters wünschenswert, auf der anderen Seite erschwert dieses aber auch an vielen Stellen in Potsdam das Radfahren - das wiederum aus Umweltgründen im Interesse der Allgemeinheit (nicht nur der Radfahrer) unbedingt ausgeweitet werden muss. Eine mögliche Lösung wäre, wie bereits am Ende der Seestraße umgesetzt, den Fahrbahnrand mit einem sehr ebenen Pflaster zu versehen, auf dem das Radfahren weniger holperig ist. In der Fahrbahnmittle bliebe das historische Pflaster erhalten, das zugleich die Fahrgeschwindigkeit der Autos reduzieren und an die der anderen Verkehrsteilnehmer anpassen hilft. Beide Pflasterungen würden die völlige Versiegelung des Bodens verhindern

helfen. Ein schwieriges Problem bei diesem Lösungsvorschlag stellen die an vielen Stellen am Fahrbahnrand parkenden Autos dar. Da diese Maßnahme vermutlich relativ kostenintensiv ist, könnte vielleicht immerhin eine schrittweise Umsetzung an geeigneten Stellen (wo das Problem parkender Autos nicht besteht) geprüft werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Fusion der Stadt- und Landes- mit den Universitätsbibliotheken (I-42)

Die Fusion der Stadt- und Landes- mit den Universitätsbibliotheken unter dem Dach der dann sanierten Bibliothek wäre ein Schritt, den man in Dresden schon 1996 gewagt hat, der zumindest eine Überlegung wert sein dürfte und der sich in unserer offensichtlich aus lauter kleinen Bibliotheken bestehenden und von Studenten im öffentlichen Straßenbild weitgehend befreiten Universitätsstadt vorteilhaft, nicht nur die Betriebskosten betreffend, auswirken sollte. Hiermit wäre auch das Problem der nicht genutzten vierten Etage, die im Notfall sogar vermietet werden soll, gelöst. Des Weiteren findet man dann in nur einem Bibliotheksgebäude ganz andere Bestände und eine größere Auswahl vor.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Musikunterricht für Kinder fördern (I-43)

Sport wird stark unterstützt/ gefördert, so daß sich jede Familie leisten könnte, sein Kind/seine Kinder sich sportlich betätigen zu lassen. Ich bin dafür, auch allen Kindern so eine Möglichkeit auf musikalischem Gebiet einzuräumen, d.h., daß sich JEDE familie Leisten kann ihr(e) Kind(er) musikalisch ausbilden zu lassen, damit Kindern eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu bieten, Gemeinschaft zu fördern.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Gesundheitsprophylaxe fördern! (I-44)

Prophylaxe heißt Vorbeugen, sich anschauen, wie etwas zu verhindern ist, persönlich, gesellschaftlich. Ich wünsche mir, dass bei dem inzwischen riesengroßen Therapieangebot, die Therapien Eingang in die Prophylaxe finden, welche die Menschen in ihrem Heilungsprozess unterstützen.

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Wiederherstellung der historischen Straßenpflasterung (I-45)

Während "Asphalt"-Straßenbelag nur annähernd 10 Jahre Bestand hat und hält (bei strengeren Wintern auch sehr viel kürzer) kann historische Pflasterung mit Granitsteinen durchaus einhundert und mehr Jahre Bestand haben. Witterung hat so gut wie keinen Einfluss auf Haltbarkeit und Nutzungsfähigkeit. Gleichzeitig hat diese Pflasterung einen verkehrsberuhigenden Effekt: Autofahrer drosseln auf diesem Belag automatisch die Geschwindigkeit unter 30 km/h. Das Aufstellen von geschwindigkeitsbegrenzenden Schildern wird daher unnötig. Auch Rollstuhlfahrer können auf historischem Belag fahren: abgesenkte Bordsteine zu Gehwegen mit kleinteiliger Mosaik-Bepflasterung und die typischen, großflächigen Granitplatten machen dies möglich. Auf diesen ist, bei qualitätsvoller Ausführung, durchaus eine Bewegung auch von gehbehinderten Personen möglich. Durch großflächige Wiedereinführung des originalen Belages werden damit, kumulativ zu den Beschlüssen zur Wiederherstellung der historische Mitte, mehrere positive Effekte für die Stadt geschaffen: - langfristig teurer Asphalt mit andauernder Ausbesserung entfällt, - über 100jähriger Bestand auch mit erheblicher Beanspruchung, - automatische

Geschwindigkeitsbegrenzung im Innenstadtbereich, - Wiederherstellung der historischen Stadtstruktur, - langfristige, erhebliche Kostenersparnis, - keine Einschränkung von Gehbehinderten. Unter den oben genannten Gesichtspunkten ist mit sofortiger Wirkung die Entfernung von historischem Pflaster oder deren Überdeckung mit Asphalt oder Beton zu unterbinden und ein entsprechender Erlass für die Zukunft zu erarbeiten und zu verabschieden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Wiederherstellung der historischen Parzellierung zwischen Alter Markt und Platz der Einheit (I-46)

Mit der zum Vorschlag gebrachten Parzellierung ist eine historische Bebauung und damit eine Annäherung an den durch die Stadtverordneten verabschiedeten Stadtgrundriss unmöglich gemacht worden. Eine Parzellierung in dem wieder zu errichtendem Stadtviertel, welche sich nicht mit den historischen Maßen deckt, führt für mögliche Bauherren zu einem nicht lösbaren Konflikt: 1. Die vorgesehenen Parzellierungen sind kleiner als die historischen Gebäude (teilweise sogar nur 6m Breite). Damit werden entgegen der Stadtstruktur typische Town-Häuser mit senkrechter Ausrichtung in der Fassade errichtet. Town-Häuser sind jedoch für Potsdam extrem untypisch und zu vermeiden, denn Potsdams Fassaden erstrecken sich in waagerechter Ausrichtung, teilweise über bis zu drei Parzellen hinweg. Durch eine kleinteiligere Parzellierung, als die der Historischen, wird es privaten Bauherren unmöglich gemacht, historisch korrekte Fassaden wieder zu errichten: mit mehr als sechs Bauherren auf einem historischem Grundstück ist keine gemeinsame Fassade zu machen! 2. Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, dass doch alle Bauherren auf einer historische Parzelle sich zur Wiedererrichtung der historischen Fassade entschließen, so ist auch dies unmöglich, denn es stehen nicht genügend historische Eingänge für die vielfachen Bauherren auf der nunmehr geteilten Parzelle zur Verfügung. Mehrere Bauherren unterschiedlicher Parzellen müssen sich einen gemeinsamen Hauseingang teilen. Der Eigentümer der neuen Parzelle, auf dem sich der historische Hauseingang befindet, hat demnach einen erheblichen Nachteil, da er diesen Eingang, mit Zuwegen zu den anderen Parzellen zur Verfügung stellen müsste. 3. Sind selbst zusammen gefasste Parzellen in deren Außengrenzen nicht identisch mit der historische Parzellierung, sodass Brüche innerhalb einer neuen Parzelle entstehen: sollte sich ein Eigentümer dieser Parzelle zur historischen Bebauung entschließen, bricht die historische Fassade innerhalb dieser Parzelle ab. Eine, für diesen Bauherren, sicherlich nicht zufriedenstellende Lösung. 4. Sind auch mit den historischen Parzellen kleinteilige Parzellierungen möglich, die die gewünschten Effekte der Streuung der Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen Nutzungen ermöglichen. Sondern diese sogar fördern, denn in der Vorstellungsveranstaltung zur Parzellierung der Grundstücke wurde von Schwierigkeiten der Vermietbarkeit gesprochen, da zu geringe Quadratmeterzahlen bei der vorgesehenen Parzellierung entstünden. Mit größeren, historischen Grundstücken würden sich leichter neue Eigentümer, die auch eine gewerbliche Nutzung anstreben, gefunden werden. 5. Entspricht die vorgesehene Parzellierung nicht den Beschlüssen der Stadtverordneten Potsdams zur Annäherung an die historische Stadtstruktur, sondern ist diametral zu diesen (mehrmaligen) Beschlüssen!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Geschichte erleben (I-48)

Die Entstehung, Entwicklung, Geschichte ... unserer Heimatstadt Potsdam, jetzt Landeshaupt von Brandenburg (!!!), ist schon lange nicht mehr zu erkunden. Weder für die Gäste aus dem In- und Ausland, Bewohnern aus dem Umland und dieser Stadt, unseren Kindern, Neu-Potsdamern und selbst zur "Auffrischung" der eigenen Erinnerung fehlt diese Möglichkeit total. Ein Armutszeugnis. Da tröstet der Ausblick auf 2011 (?) im Alten Rathaus

echt nicht viel. Übrigens: Das "Heimatstübchen" in der Benkertstr. sollte für ALLE zu finden sein.

Beteiligungsgegenstand: Potsdam-Museum

Ordnung und Sicherheit (Freundschaftsinsel) (I-49)

Ein Genuß und Ort zum "Auftanken" ist für jeden Besucher die "Freundschaftsinsel" in der "Mitte der Stadt". Mit Erstaunen und viel Achtung für die dort täglich geleistete Arbeit der Beschäftigten des Grünflächenbereichs äußern sich alle Besucher. Um so trauriger finde ich die mutwilligen Zerstörungen "übermütiger" und oft stark alkoholisierter junger Menschen auf dem gesamten Gelände. Bestes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist der 13.05.2010, "Herrentag". Wichtig ist da immer wieder die Präsenz der Polizei.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Innenstadt: Grünes Viertel (I-5)

Zur Verschönerung und besserem Wohlfühlen in der Innenstadt sollte insbesondere in den stark frequentierten Strassen "Brandenburger" und "Mittelstrasse" eine Begrünung stattfinden, bzw. es wenigstens den Bewohnern/Gewerbetreibenden gestattet sein, dies zu übernehmen. Das tut dem historischen Ambiente keinen Abbruch und ist ein großes Manko gegenüber anderen Städten, die dieses Wohlfühlpotenzial erkannt haben.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Illegaler Hausmüll stört (Am Stern) (I-50)

Es häufen sich z.B. am Johannes-Kepler-Platz 4, an der Hausmüllanlage, mit schon konstanter Regelmäßigkeit illegale Müllberge, egal ob Computer, Matratzen, Möbelteile ... Es kommen neugierige Leute und suchen sich brauchbare Gegenstände, andere lagern gern über Nacht noch ihren Müll ab. Bekanntlich steigt dadurch die Abfallgebühr für alle Bewohner der Stadt. Ungeziefer wird auch dann noch mehr angelockt. Problemlose und rasche Entsorgung sollte Vorrang haben. Die Mitarbeiter der STEP sehen ja bei den 2 wöchigen Abholungen den Abfall und könnten dies schon an ihre Zentrale melden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Gestaltung Grünfläche an der TRAM-Haltestelle Luisenplatz (I-51)

Der Bereich zwischen Haltestelle Luisenplatz (TRAM) und den Altglascontainern ist nicht gestaltet: keine Wege, keine Führung, wildes Parken und "Rasenlatschen". Hier ließe sich mit wenig Aufwand ein ruhiger Ort zum Verweilen und Warten schaffen.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Badestelle Zernsee einrichten (I-52)

Die ehemaligen Badestelle am Zernsee, neben dem Schloss Golm, soll reaktiviert werden. Das Areal steht bereits zur Verfügung, nur das Baden ist derzeit ausdrücklich untersagt. Dieses Verbot soll aufgehoben und das Baden statt dessen geduldet werden. Zum Schutz der Anlieger wären zeitliche Einschränkungen möglich.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Inselkino fördern (I-53)

Das Inselkino auf der Freundschaftsinsel wurde in den letzten Jahren aufwendig saniert und kann leider ohne Förderung nicht betrieben werden. Die Stadt sollte hier entsprechend unterstützen, damit dieses einmalige Ensemble bespielt wird und nicht wieder verkommt. Zusätzlich wären auch Theateraufführungen oder andere Nutzungen denkbar.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Reinigung Fahrradwege (I-54)

Das Reinigungskonzept der Potsdamer Fahrradwege soll überprüft werden. Die Reinigung der Haupttrouten sollte mindestens 14-tägig erfolgen. Die Benutzbarkeit der Fahrradwege hängt neben dem Untergrund stark vom Zustand der Fahrradwege ab. Die mangelnde Reinigung war beispielsweise zum Ende des letzten Winters negativ zu bemerken. Der Streusplit lag stellenweise noch im April auf den Radwegen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Kurzzeitparkplätze vor Kindergarten (speziell Innenstadt) (I-55)

Nicht alle Eltern können ihre Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Kindergarten bringen. Daher sollten speziell für diesen Zweck Kurzzeitparkplätze (bis zu 20 Minuten) eingerichtet werden. Speziell vor der Kita Friedenshaus gibt es keine Möglichkeit zum Kurzzeitparken. Über eine zeitlich eingeschränkte Mitnutzung der Bushaltestellen oder die Schaffung zusätzlicher Parktaschen sollte daher nachgedacht werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

VeloTaxi im Park Sansouci u.a. (I-56)

Die Parkanlagen des Schlosses Sansouci und der anderen Kulturgüter sind sehr weitläufig, was viele Touristen unterschätzen. Daher sollten Lizenzen für Velotaxen vergeben werden. Die Touristen könnten die recht weiten Strecken innerhalb der Gärten und zwischen den Gärten bequemer und schneller zurück legen. Die Stadt profitiert von den entstehenden Gewerbeeinnahmen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Breite-Straße begrünen (I-57)

Die betonierte Stadtschneise durch Begrünen des Mittelstreifens, aber vor allem durch das Anlegen und Fördern von Vorgärten (siehe Naturkundemuseum) verschönern. Dies hätte touristische, klimatische und lebensqualitätserhöhende Wirkung.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Verkehrsführung Friedrich-Ebert-Straße verbessern (I-58)

Die Verkehrsführung der Friedrich-Ebert-Str. vom Nauener Tor bis zur Breiten Straße sollte man sicherer machen. Die Konkurrenz von ÖPNV, Fußgängern und Radfahrern führt zu vielen gefährlichen Situationen. Eventuell wäre es möglich, Teile für den Autoverkehr zu sperren. Aber zumindest wäre es hilfreich durch Markierungen auf der Fahrbahn die Bereiche für Radfahrer sichtbar machen. Besondere Schwerpunkte sind: Ecke Gutenbergstraße-kreuzende Autos, ÖPNV-Haltestellen mit einfahrenden Straßenbahnen und Busen, Kreuzung Brandenburger Str.- Fußgänger, denen nicht bewußt ist, dass sie die

verkehrsberuhige Zone verlassen, Kreuzung Charlottenstraße, fehlender Radweg an der Ecke am Filmmuseum (viel zu eng! Planung?).

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Kindergarten Sausewind: Relief erhalten (I-59)

Im Eingangsbereich des Kindergartens und Hortes "Sausewind" befinden sich großflächige Reliefe von Künstlern, die leider mit den Jahren anfangen haben an den Ecken kaputt zu gehen. Schön wäre es, wenn diese repariert und erhalten werden könnten.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Begehbarkeit statt Slalomlauf Innenstadt (I-6)

Ohne Ausweichmanöver ist teilweise das Laufen, insbesondere mit Gepäck, Kinderwagen, zu zweit oder mit Fahrrad in den Geschäftsstrassen (insbesondere Brandenburger und Mittelstrasse) nicht möglich. Die Geschäftsbetreiber sollten regelmäßiger und nachdrücklicher überprüft und ermahnt werden (auch dafür gibt es Bußgelder), die Gehwege gangbar zu halten.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Potsdam Hauptbahnhof: Überfüllte Fahrradständer (I-60)

Am Potsdamer Hauptbahnhof Eingang Babelsberger Str. befinden sich mehr und mehr Fahrräder die monatelange nicht bewegt werden. Wer regelmäßig dort unterwegs ist und sich 4-5 Räder merkt, stellt fest, dass sie auch nach Wochen noch unberührt dort stehen! Schätzungsweise betrifft dies über 50% der dort angeschlossenen Räder. Dies kann mit Sicherheit auch der zuständige Sicherheitsdienst bestätigen, da er den Platz mit Kameras überwacht. Diese Räder sollte die Stadt endlich entfernen! Lösungsvorschlag: Den Besitzern könnte man mit Markierungsbändern an den Rädern eine zeitlich großzügige Frist - z. B. von 2 Monaten - setzen. Wenn die Räder bis dahin nicht bewegt wurden, sollten sie entfernt und für einen fahrradgebundenen guten Zweck versteigert werden. Diese Vorgehensweise sollte zur Routine für die Stadt werden und halbjährlich wiederholt werden. Zudem ist an den anderen Fahrradständer des Hauptbahnhofes ebenso zu verfahren. Der Platz fehlt dauerhaft für diejenigen, die jeden Tag aufs neue einen Platz für ihr Fahrrad suchen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Hundekot am Stadtkanal in der Yorckstr. (I-62)

Mein Vorschlag für den Bürgerhaushalt 2009 lautete: Die Yorckstraße - mit dem wiederhergestellten Teilstück des Stadtkanals - ist eine der schönsten Straßen der Stadt. Als Fußgänger ohne Hund den Weg am Kanal entlang zu spazieren, gleicht jedoch einem Hindernislauf. Die Mehrheit der Potsdamer geht zwar gern mit dem Hund dort Gassi, nimmt aber ungern die Hinterlassenschaften seines Vierbeiners mit. Es gehört aber zum Zusammenleben auf engem Raum in einer Stadt, dass man hier Verantwortung übernimmt. Deshalb möchte ich erstens vorschlagen: am Stadtkanal und in der ebenfalls stark betroffenen Wilhelm-Staab-Straße deutlich sichtbare und immer gefüllte (!) Tütenspender für Hundekot aufzustellen. Sowie zweitens: Die flächendeckende Nichtbeachtung der Beseitigung des Hundekots am Stadtkanal auch durch das Ordnungsamt zu kontrollieren und in der letzten Konsequenz auch mit Bußgeldern zu ahnden. Momentan braucht sich jedenfalls niemand davor fürchten, was zur Folge hat, dass bis auf wenige Ausnahmen, auch niemand den Hundekot seines Hundes entfernt.

Dieser Vorschlag musste nach der Priorisierung und Bearbeitung durch das Redaktionsteam aussortiert werden, da der Vorschlag keinem Beteiligungsgegenstand zuzuordnen war (betrifft STEP). Mir wurde von der Stadt versichert: "Eine solche Zurückweisung bedeutet jedoch nicht, dass der Vorschlag keine weitere Beachtung findet. Zur Kenntnisnahme und möglichen Berücksichtigung wurde die Anregung dem zuständigen Fachbereich der Landeshauptstadt Potsdam zur Verfügung gestellt." Ich bekam in der Folge auch einen Brief von der Stadt in dem mir mitgeteilt wurde, dass die STEP sich mit mir in Verbindung setzen wird. Leider habe ich bis heute (Juni 2010) nichts gehört! Wenn alle Vorschläge so im Sande verlaufen und gegenüber dem Bürger lediglich auf Zuständigkeiten verwiesen wird, macht ein Bürgerhaushalt wenig Sinn. Ich möchte daher meinen Vorschlag 2010 noch einmal einbringen und würde mich wie schon 2009 für die Positionierung der Stadt und der STEP interessieren.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Keine Kürzungen für die Musikschule "J. S. Bach" (I-63)

In der viel gepriesenen reichen Kulturlandschaft des Landes Brandenburg mit der Landeshauptstadt an der Spitze darf es auch in Zukunft nicht an einer Musikschule in kommunaler Trägerschaft fehlen. Die kommunale Musikschule J. S. Bach leistet mit ihrem bewährten Schulprogramm einen wichtigen Beitrag zur Förderung musikalischer Fähigkeiten und zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Gerade der Einzelunterricht als die intensivste Unterrichtsform ermöglicht das Erlernen von Musikinstrumenten auf hohem Niveau und dient damit sowohl der Breiten- als auch der Spitzenförderung. Demgegenüber kann kostengünstigerer Gruppenunterricht nicht den gleichen Qualitätsstandard gewährleisten. Die zweifelsohne wichtige Erfahrung des musikalischen Zusammenspiels für Kinder und Jugendliche kann nur in Ergänzung zum regulären Einzelunterricht erfolgen, wie dies ja seit Jahren sehr erfolgreich in diversen Ensembles und Bands der Musikschule möglich ist. Im Hinblick auf die ins Auge gefassten Einsparpotentiale beim Lehrpersonal gilt für Musikpädagogen der gleiche Grundsatz, wie für alle übrigen Pädagogen auch: ein wirklich fruchtbares Lehrer-Schüler-Vertrauensverhältnis basiert auf langfristigen und sicheren Bindungen, die vor allem integrierte, hauptamtlich beschäftigte und gut ausgebildete Pädagogen aufbauen können. Die Kommune darf sich nicht, auch nicht schrittweise, aus der musikalischen Bildung der Kinder und Jugendlichen zurückziehen und diese Aufgabe etwa der Beliebigkeit des freien Bildungsmarktes überlassen.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Musikschule erhalten, denn Musik macht nicht nur klug, ... (I-64)

... sie fördert auch Teamfähigkeit, Konzentration, Ausdauer und trägt zum Wohlbefinden bei. Gerade in der Ensemblearbeit liegt das große Plus der Städtischen Musikschule Potsdam. Wo haben Kinder und Jugendliche noch die Möglichkeit, im Orchester zu spielen und dabei einen Kinderchor oder Erwachsenenchor zu begleiten? Im Ensemble zu musizieren heißt auch, sich selbst zurückzunehmen, auf den Nachbarn zu achten und im Ergebnis fleißiger Proben ein Gesamtkunstwerk zu schaffen. Gerade in Zeiten ständiger Kürzungen sollte die Möglichkeit des gemeinsamen Musizierens für Kinder und Jugendliche ungeachtet der sozialen Herkunft in der Musikschule Potsdam unbedingt erhalten bleiben.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Lärmreduzierung in der Zeppelinstr. an der Straßenbahnhaltestelle "Bahnhof Charlottenhof" (I-67)

In der Zeppelinstr. in Höhe der Straßenbahnhaltestelle "Bahnhof Charlottenhof" ist die Straße um die Straßenbahnschienen mit Steinen gepflastert. Der Lärm der Reifengeräusche von Kraftfahrzeugen wird dadurch in unerträglichem Maße verstärkt. Das Warten an der Haltestelle ist dadurch eine unnötige Qual. Ich bitte die Straßenbahngesellschaft als städtischen Betrieb, die Steine gegen einen leiseren Fahrbahnbelag auszutauschen. Dies würde die Akzeptanz des ÖPNV in Potsdam stärken und der Gesundheit der Bevölkerung förderlich sein.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Fahrradgerechter Straßenbelag in der Kopernikusstr. zwischen Althoffstr. und Großbeerenstr. (I-68)

Ich bitte die Stadt, den groben Straßenbelag in der Kopernikusstr. in Babelsberg, zwischen Althoffstr. und Großbeerenstr., fahrradgerecht zu gestalten.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Alle Einnahmen gleichmäßig erhöhen (I-71)

Neulich laß ich in der FAZ: "Wenn das Wasser im Hallenbad kälter wird - Verkürzte Öffnungszeiten in den Bibliotheken, kälteres Wasser im Hallenbad, Einsparungen bei den Kultureinrichtungen: Die finanzielle Notlage durch die anhaltende Wirtschaftskrise zwingt immer mehr Gemeinden in Deutschland zu unpopulären Maßnahmen." Dabei gehts dann weiter mit "Kommunen verkürzen die Öffnungszeit für ihre Bibliotheken, senken die Wassertemperatur im Hallenbad und erhöhen die Gebühren. Die nackte Not zwingt immer mehr Gemeinden zu solch unpopulären Maßnahmen. In der Wirtschaftskrise sind ihre Einnahmen weggebrochen. Um den Anstieg der Verschuldung wenigstens in Grenzen zu halten, müssen sie reagieren. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen mit weiteren Einschnitten und Erhöhungen. Die schwäbische Stadt Nürtingen macht vor, was auf die Bürger dieses Jahr so alles zukommen kann. Die Elternbeiträge für den Hort werden um 5 Prozent angehoben, die für die Ferienbetreuung sogar um 12 Prozent. Gebühren für die Musikschule steigen um 5 Prozent. Die Eintrittspreise für das Museum, die Parkentgelte und die Friedhofsgebühren klettern um 15 Prozent. Auch die Gewerbesteuer wird um 5 Prozentpunkte nach oben geschoben, die Grundsteuern steigen um 8 Prozentpunkte, die Hundesteuer fällt 11 Prozent höher aus."

Wenn also Potsdam so tief in der Sch... sitzt, sollten nicht nur einseitig die Ausgaben gesenkt werden, sondern andererseits auch die Einnahmen - wie durch die FAZ beschrieben - gleichmäßig erhöht werden. Wenn alle betroffen sind, wäre das zwar nicht im Sinne von "Wir zahlen nicht für Eure Krise", jedoch ein einzig richtiger, wenn auch äußerst unpopulärer Schritt... >> DOCH was bringt es die Schulden auf den Schultern zukünftiger Generationen zu verteilen? Die Einnahmen müssen - leider - hoch!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Städtepartnerschaften für den Klimaschutz nutzen (I-72)

Der aktive inhaltliche Austausch zum Klimaschutz zwischen Potsdam und ihren Partnerstädten sollte ausgebaut werden. Ich finde es gut, dass Potsdam versucht, eigene Ideen zu liefern, jedoch ist der Austausch mit anderen bisher nie schädlich gewesen. Potsdam könnte somit mit dem eigenen Wissen helfen und das Know-How anderer Kommunen (gerade auch international gesehen) nutzen. Ich bin für die Initiierung eines

solchen Projekts! Weiterhin sollten durch die Stadt klimafreundliches Bauen und Leben unterstützt und bei kommunalen Eigenprojekten mit Vorrang gefördert werden.

Beteiligungsgegenstand: Klimaschutz

Besseres Licht, auch für Potsdam!! (I-73)

Umweltgesetze, steigende Energiepreise, knappe Ressourcen: Städte und Gemeinden müssen Energie sparen. Hohes Sparpotenzial bietet die öffentliche Beleuchtung. Denn mit effizienter Lichttechnik können Kommunen bis zu 80 Prozent Energie einsparen – bei deutlich mehr Lichtqualität und weniger Kosten. Die Beleuchtung von Straßen, Verwaltungsgebäuden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen verschlingt etwa die Hälfte des gesamten Stromverbrauchs der Kommunen. Da leuchtet es ein, dass die Sanierung alter Beleuchtungsanlagen ein enormes Einsparpotenzial erschließt: Innovative Lichtlösungen können den Stromverbrauch um bis zu 80 Prozent senken. Allein bei der Straßen- und Bürobeleuchtung ließen sich damit Millionen Euro pro Jahr einsparen. Dazu gehören meines Erachtens:

- + Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (Energieeffiziente Straßenbeleuchtung heißt nicht ausschalten, sondern umschalten auf energiesparende Komponenten und Managementsysteme. Best-Practice-Beispiele belegen den Erfolg von Sanierungen.)*
- + Energieeffiziente Innenbeleuchtung (Kommunen unterhalten viele Liegenschaften. Hier lesen Sie, wie energieeffiziente Beleuchtung in Verwaltungen, Schulen und Krankenhäusern zu realisieren ist; mit Best-Practice-Beispielen aus der Praxis.)*
- + Finanzierung und Förderprogramme (Förderprogramme, zum Beispiel von der bundeseigenen KfW-Bank, und Contracting-Modelle erleichtern Kommunen die Finanzierung energieeffizienter Beleuchtungsanlagen.)*

Beteiligungsgegenstand: Klimaschutz

Erneuerbare Energien nutzen!! (I-74)

Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien sind es häufig die kleinen Kommunen, die Erstaunliches leisten, zum Beispiel in Form von einigen 100%-Erneuerbare-Energien-Gemeinden wie Jühnde oder Mauenheim. Kleine Kommunen haben oft gute Voraussetzungen für den Einsatz von Erneuerbaren Energien, sei es für Wind, Solar, Biomasse oder Erdwärme. Im Bereich der Erneuerbaren Energien können Kommunen Antreiber sein, indem sie in eigene Anlagen investieren oder private Anlagen initiieren. Ein Schlüssel für ein erfolgreiches Energiemanagement ist die Einstellung fachkundigen Personals. Die erfolgreichen Klimaschutzkommunen haben in der Regel motivierte und kompetente Energiemanager, die mit eigenen Ideen den Klimaschutzprozess nachhaltig vorantreiben. Potsdam sollte hier eine Vorbildrolle einnehmen, auch wenn die Landeshauptstadt gar nicht so klein ist...

Beteiligungsgegenstand: Klimaschutz

Quartiers-Innenhof Yorkstr. / Dortustr. / W.-Staab-Str. begrünen (I-75)

Der Innenhof hinter dem Nikolaisaal ist derzeit Brachland. Vorstellbar wäre an dieser Stelle ein Ausbau als großer, begrünter Innenhof zur Verbesserung der Kleinklimatischen Verhältnisse. Eine Nutzung könnte neben den Anwohnern auch den Besuchern des Nikolaisaals sehr zugute kommen.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Frühjahrsputzaktionen mit Anwohnern organisieren (I-76)

Organisation von Jahreszeiten-Putzaktionen... Hier könnten unter der Beteiligung von den Anwohnern Grünflächen und Anlagen sauber gehalten und für die kommende Jahreszeit vorbereitet werden. Damit würde man Kosten sparen und die Identität der Anwohner mit Ihrem Wohnumfeld erhöhen. Hierfür wären Quartiersmanager o.ä., die durch die Stadt gefördert / bezahlt werden notwendig. Ggf. könnten hier pensionierte Bürger, die weiter Teil der Gesellschaft sein wollen, engagiert und integriert werden...

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Hundesteuer anheben (I-77)

Die Erhöhung der Hundesteuer könnte einen hilfreichen Beitrag zur Reinigung der Wege bedeuten. Seit dem es die Vorschlagsmöglichkeiten zum Bürgerhaushalt gibt, liest man diesen Vorschlag immer wieder. Warum wird der denn nicht endlich mal konsequent umgesetzt? Außerdem ist das einer der wenigen Vorschläge, die nicht Geld kosten, sondern Geld einbringen - auch wenn dieses nicht "zweckgebunden" für die Beseitigung des Hundedrecks eingesetzt werden darf...

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Ganztagskitas fördern! (I-78)

Es sollten mehr Ganztagskindertagesstätten gefördert werden. Hierbei müsste ein breiteres Angebot an Aktivitäten zur Verfügung stehen. Es sollten Kita mit besonderen Spezifikationen (u.a. sprachlich, soziale Integration ...) besonders gefördert werden. Die Förderung von sozial benachteiligten Kindern sollte dabei explizit im Vordergrund stehen. Das wäre der beste Einsatz kommunaler finanzieller Mittel.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Freiluft-Heizgeräte besteuern (I-79)

Zur Einschränkung des Gebrauchs von Heizgeräten im Freien (Heizpilze) sollten empfindliche Gebühren erhoben werden, um diese umweltschädlichen Anlagen schließlich aus dem Straßenbild zu verdrängen. Dies würde einerseits die Einnahmenseite verbessern und andererseits langfristig das Klima schützen, denn diese Steuer sollte eigentlich der Abschreckung dienen, würde aber ggf. zur Erhöhung der Einnahmen führen...

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Geschwindigkeitsbegrenzung für Radfahrer (I-8)

Geschwindigkeitsbegrenzung für Radfahrer, die sich den Gehweg mit den Fußgängern teilen, einführen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Verkehrsüberwachung, fließend)

Bürgerhaushalt zukünftig ohne Beteiligungsgegenstände (I-80)

Meines Erachtens reduzieren die Beteiligungsgegenstände die Rechte der Mitbestimmung der Bürger, da Vorschläge, die nicht in einen Beteiligungsgegenstand passen, für das weitere Verfahren ausgeschlossen werden. Ich finde, man sollte mehr Demokratie wagen und für kommende Bürgerhaushalte keine Beteiligungsgegenstände, sondern die gesamte Breite der kommunalen Aufgaben zur Diskussion stellen...

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Baumpartnerschaften einführen (I-82)

Anwohner könnten "Partnerschaften" für Bäume oder Grünflächen ihrem direkt Umfeld übernehmen. Dazu sollten Anwohner gezielt informiert und um Unterstützung gebeten werden. Ähnlich wie auf gespendeten Parkbänken oder Kanalpfeilern, könnten die Paten (auf Wunsch) dann öffentlich benannt werden. Damit könnten die Ausgaben für die Baumpflege reduziert werden und die Einwohner würden mehr für Ihre direkte Umgebung verantwortlich. Sicherlich auch ein Schritt hin zu einer sauberen Stadt.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Mehr altersgerechtes Wohnen schaffen (I-84)

Meines Erachtens sollten mehr Plätze, Orte, Wohnung, Trefpunkte und weiteres für Senioren geschaffen und oder durch die Satdt gefördert werden! So zum Beispiel am Stern: Dort wo zur Zeit noch die leere Halle der ehemaligen Mini-Mal-Kaufhalle steht, sollte ein Seniorenheim gebaut werden, in dem altersgerechtes Wohnung angeboten wird. Ebenfalls könnten in einem solchen Haus auch Arztpraxen untergebracht werden. Solche Projekte sollten durch die Stadt initiiert und gefördert werden sowie geeignete Flächen zur Verfügung gestellt werden! Momentan werden ja vielerorts neue Kitas eröffnet, bei Schulen ist dem ja leider noch nicht so. Ich würde befürworten, dass die Stadt möglichst Vorgaben erteilt, dass diese Räumlichkeiten möglichst später auch für ältere Generationen genutzt werden können...

Beteiligungsgegenstand: Begegnungsstätten für Senioren

Medienbildung für Eltern (I-85)

Eltern stehen den Entwicklungen und Möglichkeiten aber auch den Gefahren, die die neuen Medien mitsichbringen oft interesse- und hilflos gegenüber. Ihre Kinder dagegen bewegen sich mit und in den Medien wie selbstverständlich als "Digital Native". Die Kommunikation in der Familie über Medienbelange muss initiiert werden. Medienerziehung ist ein genauso wichtiges Thema, wie z.B. die gesunde Ernährung. Es sollen geeignete Elternbildungsangebote für Kitas, Horte und Schulen entwickelt und angeboten und durch die Stadt finanziert werden. Sie sollen vor allem primärpräventiven Charakter haben, für die Eltern kostenlos sein und auch die Kinder und Jugendlichen in geeigneter Weise mit einbeziehen.

Beteiligungsgegenstand: Familienförderung

Aktionswoche "Potsdam räumt auf" einführen (I-87)

Gemeinsamer Frühjahrsputz für die ganze Stadt. Zeitraum: ca. 10 Tage (incl. 2 Wochenden), z.B. Ende März. Eine gemeinsame Aktion, die die ganze Stadt erfaßt, wäre m.E. identitätsstiftender und die Notwendigkeit käme eher ins Bewußtsein der gesamten Bevölkerung als die vielen kleinteiligen Putz-Subbotniks (diese wären dann ja ohnehin davon erfasst). Könnte als Wettbewerb ausgerufen werden: wieviel Müll wird insgesamt gesammelt, wo am meisten etc., wer kümmert sich um den Bereich xy? Ggf. auch Prämierung der originellesten Aktion(en).

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Fahrradparkhäuser in Nähe der Bahnhöfe (I-88)

Die Bahnhofsbereiche sind durch die Mengen an abgestellten Fahrrädern völlig überlastet. Vor 2 Jahren hatte ich für den Bereich des Hbf die Errichtung eines Fahrradparkhauses vorgeschlagen, mit dokumentierten Beispielen aus anderen Städten. Die Antwort lautete seiner Zeit: ein Gesamtkonzept sei bereits in Arbeit. Leider ist ein Gesamtkonzept bzw. eine Verbesserung der Situation für mich nicht zu erkennen. Daher erneut dieser Vorschlag mit Bitte um qualifizierte Antwort, die ein aktives Bemühen um Verbesserung der Situation (was ist für wann wo und wie geplant mit Angabe zu Art der Umsetzung incl. Zeitschiene/Datum) erkennen lässt.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Buslinien 609 und 697 (I-89)

*1. Verlängerung der Linie 609 bis 09:00 Uhr (Abfahrt in Kartzow) auf Grund des hohen Fahrgastaufkommens bis zur Haltestelle Potsdam Hbf und darüber hinaus Änderung der Endhaltestelle "Bassewitz" auf "Am Golfplatz" mit direkten Anschluß an die Straßenbahnlinie 96. Anpassung der Fahrzeiten der Buslinie 609 an die Fahrzeiten der Tramlinie.
2. Verlängerung der Linie 697 bis zum Bahnhof Golm (wie vor der Fahrplanumstellung) oder zumindestens bis zur Haltestelle "Am Golfplatz" und damit direkter Anbindung an die Straßenbahnlinie 96. Anpassung der Fahrzeiten der Buslinie 697 an die Fahrzeiten der Tramlinie.*

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Rauchverbot an allen ÖPNV-Haltestellen (I-9)

Besonders an den stark frequentierten Haltestellen in der Innenstadt ist es teilweise kaum möglich, auf den Bus oder die Straßenbahn zu warten, ohne passiv zu rauchen. Daher sollte das Rauchen im Bereich aller Bus- und Tramhaltestellen unter Androhung eines Bußgeldes bei Verstößen verboten werden. An zentralen Haltestellen könnten eventuell Raucherbereiche eingerichtet werden, die so angeordnet werden, dass der Rauch nicht zu den restlichen Wartebereichen zieht. Natürlich ist es nicht möglich, die Einhaltung des Verbotes regelmäßig an allen Haltestellen zu kontrollieren, aber an zentralen Haltestellen (z.B. am Hauptbahnhof) sollten regelmäßige Kontrollen die Einhaltung des Verbotes erzwingen. Ein Rauchverbot würde auch die Sauberkeit der Haltestellen wesentlich erhöhen, weil weniger (oder idealerweise keine) Zigarettensammel mehr auf dem Boden liegen würden.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Tramlinien 92 und 96 (I-90)

Zusammenlegung der Tramlinien 92 und 96 und Verlängerung der der Fahrzeiten bis zur Viereckremise. Vielleicht ist auch früherer Einsatzbeginn der Tram möglich.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Einbahnstraßenregelung für die Brandenburger Vorstadt (I-91)

Wo: Brandenburger Vorstadt.

Die meisten Straßen der Brandenburger Vorstadt sind zu schmal um Pkw-Verkehr in beiden Fahrtrichtungen zu ermöglichen, Ausweichmöglichkeiten nicht immer gegeben. Daher kommt es häufig zu Konfrontationen, in denen sich Pkws bzw. die dazugehörigen Fahrer gegenüberstehen wie Hirsche im Revierkampf. Eine konsequente Einbahnstraßenregelung,

die flüssige Zu- und Abfahrt zu den Hauptstraßen (Zeppelin- / Geschwister-Scholl-Straße) und somit in alle Richtungen ermöglicht, könnte hier Abhilfe schaffen. Unnötiges Rangieren, Konfrontationen, Hahnenkämpfe (incl. akustischer wie Hupen und Verbal-Injurien und sonstiger Umweltverschmutzung: Motorengeräusche) etc. würden damit entfallen. Entsprechender Detailvorschlag (welche Straße in welche Richtung) kann nachgereicht werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Grünfläche am Potsdamer Hauptbahnhof (I-93)

Wem gehört eigentlich die Grünfläche hinterhalb des Potsdam Hauptbahnhofs, dort wo ehemals Kaufland stand? Sollte sich die Fläche im Eigentum der Stadt befinden, müsste diese zukünftig bewirtschaftet werden. Entweder könnte hier Parkflächen genutzt werden, die dann mit Park&Ride ggf auch kombiniert mit Fahrradausleihstationen erstellt werden oder die Freundschaftsinsel quasi verlängert werden, bis zum HBF.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Verlängerung Radwegmarkierung H-Mann-Allee (vor Staatskanzlei) (I-94)

Ich bin für die Verlängerung der Fahrbahnmarkierung für Radfahrer in der H.-M.-Allee. Diese sollte von Waldstadt kommend, auch vor der Staatskanzlei weitergeführt werden. Da der Autostreifen durch die links angelegten Tramschienen bereits sehr eng ist, fahren viele Radfahrer lieber auf dem Gehweg, als sich dem Straßenverkehr auszusetzen, der an dieser Stelle ziemlich intensiv ist. Oder andere Möglichkeit, der Gehweg sollte für Radfahrer UND Fußgänger freigegeben werden...

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Mehr Musikschulkurse anbieten (I-95)

Das Interesse Instrumente zu erlernen, scheint in Potsdam derzeit sehr stark zu sein. Als ich mich vor kurzem für eine Lernkurse zu einem bestimmten Instrument anmelden wollte, bekam ich die Auskunft, dass die Wartelisten so lang seien, dass man mindestens ZWEI (!) Jahre warten müsste. Ich finde man sollte dieser hohen Nachfrage auch nachkommen und die Interessierten nicht zur "Konkurrenz" abwandern lassen. Die Stadt vergibt sonst wertvolle Chancen und viele Jugendliche sind durch diese extrem langen Wartezeiten meistens abgeschreckt... Hier sollte mehr Personal zur Verfügung gestellt werden und ggf. bei besserer Förderung weitere Räume - zb in Schulen, die nachmittags eh weniger benutzt werden - genutzt werden.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Vorruheständler bei der Arbeit in Kitas und sozialen Einrichtungen einbinden (I-96)

Ich kenne viele (Vor-)ruheständler, die aufgrund ihres Alters nicht mehr volltätig arbeiten können, jedoch trotzdem die Gesellschaft unterstützen möchten. Ich könnte mir gut vorstellen, dass diese - je nach Ausbildung - in Kitas und Schulen zb zur Essensausgabe oder im besten Fall zur Betreuung von Kindern eingesetzt werden könnten. Auch im Bereich der Gesundheits- und Altenpflege wäre diese Idee durchaus denkenswert. Ich kann mich erinnern, dass früher meine Großmutter - nachdem sie in Rente ging - trotzdem noch als Hilfe in der Küche unserer Schulkantine Essen ausgeschenkt hat. Die Freiwilligen sollten ZUSÄTZLICH und unter einem maximalen Zeitrahmen (max. 8-10h wöchentlich) eingesetzt

werden und nicht allein die Arbeit machen, die bereits durch festes Personal getan wird. Natürlich sollte die Arbeit auch bezahlt werden, jedoch gefördert durch die Stadt.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Grünstreifen Hegelallee mit Spiel- und Freizeitanlagen versehen (I-97)

Der Grünstreifen in der Hegelallee ist ein wunderbarer Ort der Erholung. Neulich sah ich dort eine Gruppe von Männern, die Boule spielten und daneben die Frauen nett bei Rotwein schwatzten... sah sehr idyllisch aus. Ich würde mich wünschen, dass zum Beispiel auf den Grünflächen rechts und links des Geh- und Radweges weitere Freizeitanlagen, wie beispielsweise Tischtennisplatten oder kleinere Erlebnisparkours, eingerichtet werden. Diese würden die Straße erheblich aufwerten...

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Kontrollen des Arbeitsschutzes durch Gesundheitsamt (I-99)

Ich bin der Meinung, dass die Stadt Potsdam einen Beauftragten für den Arbeitsschutz für Potsdamer Betriebe ernennen sollte. Dieser - und sein Team - sollte dann regelmäßig in Betrieben, Kontrollen durchführen, wie es um den Arbeitsschutz der Beschäftigten steht. Hierbei könnte eine Mindestanzahl von Angestellten als Grundlage dienen. Ich empfinde insbesondere die Stadt und das Gesundheitsamt als Helfer und Ansprechpartner für Arbeitnehmer aus der Region...

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Absenkung von Bordsteinen Am Kanal (P-10)

Absenkung der Bordsteine beim Übergang des ehemaligen Kanals in Höhe der Nr. 71, um den Zugang zur Kaufhalle "Netto" für ältere Bürger und Heimbewohner mit und ohne Rollator bzw. mit Rollstühlen zu ermöglichen.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Sicherheit in der Öffentlichkeit (P-100)

Ich meine damit zB, dass die Fußgängerampeln so eingestellt werden sollten, dass diese gleich nach dem Drücken grün werden. Dies sollte bei allen Ampeln so sein. Oder es sollte mehr Polizei auf der Straße anzutreffen sein, die man zur Not auch ansprechen (z.B. beim Autoverkehr) könnte.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Öffentlicher Personennah und -fernverkehr (P-101)

Seit der Inbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofs, ärgere ich mich, dass der Bahnsteig für Fernbusse ein Witz ist. Täglich fahren von dort viele Reisebusse ab, doch wie sieht die Haltestelle aus? 2 Kleine Stahlstühlchen als Sitzbänkchen, keine Wartehalle zum Schutz gegen Regen und Wind (besonders wichtig im Winter). Und besonders Schlimm: Der Bahnsteig ist nicht breiter als 70-80cm. Dafür gibt es eine unnütze und große Grünanlage. Es muss sofort eine Umgestaltung dieser Haltestelle erfolgen. Vielleicht fährt der Oberbürgermeister von dort mal in den Urlaub und kann sich selber überzeugen, was da sich abspielt und für eine Unfallgefahr besteht.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Bei Räumlichen Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen einsparen (P-102)

Der Defizitausgleich darf auf keinen Fall aus den Augen verloren werden, denn es sollte langfristig gesehen, nicht permanent mehr Geld ausgegeben werden, als zur Verfügung steht. Die Folgen wären katastrophal. Um das Defizit allmählich auszugleichen, könnte man ggf. bei den räumlichen Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen einsparen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Mehr Niederflurbahnen einsetzen (P-103)

Es ist zu prüfen, ob noch mehr Niederflurbahnen zum Einsatz kommen können. Das würde behinderten Bürgern und auch älteren Einwohnern mit Hüft- und Knieproblemen sehr entgegenkommen, da die Tritthöhe der anderen Bahnen sehr hoch ist. Das bedeutet, dass Schwierigkeiten beim Ein- und Aussteigen bestehen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Verbesserung Buslinien 693 und 695 (P-104)

Nach der Einführung von mobil+ ist eine Verschlechterung des Anschlusses an die Tram nach Magnus-Zeller-Platz zu verzeichnen. Auch die Veränderung der Streckenführung des 695er ist negativ, da nun nur noch eine Linie (692) in die Breite Straße fährt.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Regenschutz Horstweg (P-105)

Bei Regen werden Radfahrer, bedingt durch die schlechte Fahrbahn, von den vorbeifahrenden Autos eingenebelt bzw. fast vollständig mit Regenwasser bespritzt. Als ständiger Radfahrer kenne ich die Straßen Potsdams und auf keiner anderen ist es so unangenehm bei Regen zu fahren, wie auf dem Horstweg.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Spielplatz Dortustraße / Kiezstraße einrichten (P-106)

Ich finde es schwierig Vorschläge einzureichen, wenn Vorschläge aus den Vorjahren – deren Umsetzung bereits vorgesehen war – immer noch auf der Warteliste stehen. Dies betrifft beispielsweise den Spielplatz in der Dortustraße / Kiezstraße (Nähe Hof Volkshochschule). Diese derzeitige Leerfläche sollte, wie angekündigt, wieder für Kinder nutz- und bespielbar gemacht werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Breite Straße begrünen (P-107)

Der Mittelstreifen der Breiten Straße sollte teilweise bepflanzt und begrünt werden. Es gab mal eine Eigeninitiative dazu (Frühling 2010). Leider wurde diese sofort entfernt, aus Gründen die für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar waren („Ablenkung der Autofahrer“).

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Freiwillige können Spielplätze pflegen (P-108)

Die Pflege von Grünanlagen und Spielplätzen könnte zur Aufgabe auch des Ehrenamts gemacht werden. So könnten beispielsweise ältere Bürgerinnen und Bürger für Ordnung und Sauberkeit auf Spielplätzen sorgen, für die Sie sich als „Vertragspartner“ bewerben können. Sollten Reparaturen bspw. an Spielgeräten notwendig werden, könnten diese bei einer den Freiwilligen bekannten Stelle gemeldet werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Freibad bei Schwimmbadplanung berücksichtigen! (P-109)

Der große Bedarf für ein Freibad in Potsdam (siehe Wasserspielplatz im Volkspark im Sommer) sollte unmittelbar mit dem Bau des neuen Hallenbades an der Biosphäre gedeckt werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Marienbad in Brandenburg.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Änderung der Ampelphaseneinstellung am Hauptbahnhof (Babelsberger Straße) (P-11)

Reisende haben es an dieser Stelle eilig und müssen zur Zeit hier besonders lange warten!!! Es sollte an dieser Stelle die Ampelphaseneinstellung verändert werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Fonds fürs Ehrenamt (P-112)

Für viele der diesjährigen Beteiligungsgegenstände sind Förderungen seitens der Stadt auf jeden Fall angebracht. Ich würde es sehr begrüßen, wenn für ehrenamtliche Tätigkeiten wenigstens eine kleiner Fonds zur Verfügung stünde, obwohl „ehren“ ein Bestandteil des Wortes „ehrenamtlich“ ist.

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Kitaplätze für Babelsberg schaffen (P-113)

Aus Gründen eines besonderen Bedarfes im Stadtteil Babelsberg bitten wir, der Förderverein "Zukunft für Kinder" e.V. gemeinsam mit der "Singschule Potsdam" e. V, bei der Schaffung neuer KITA- Plätze zu unterstützen.

Der Förderverein "Zukunft für Kinder" e. V. ist eine Elterninitiative und ein "anerkannter freier Träger der Jugendhilfe". Er dient dem Zweck, organisierte Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und interessierten Erwachsenen zu leisten.

Durch Elterninitiativen wurde das Grundstück, Neuenburger Anger 13 in 14482 Potsdam Babelsberg, ausfindig gemacht. Das Haus hat eine Größe die Platz für 60 bis 80 Kinder bieten könnte. In Zusammenarbeit mit der Singschule wäre eine besondere Auslastung des Hauses durch die Öffnung ins Gemeinwesen gegeben. Die Singschule Potsdam ist dabei ein sehr wichtiger Partner.

Beteiligungsgegenstand: Familienförderung

Erhöhung der Beamtenbezüge aussetzen (P-114)

Ich finde, es könnte zur Schonung des Haushalts eine Aussetzen der Erhöhung der Beamtenbezüge genutzt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Pflege der Grünanlagen wie bisher beibehalten! (P-115)

Es ist sehr schön und sehr wichtig, wenn die Pflege der Denkmale in den Händen der Stadt bleibt und durch die Mitarbeiter des Grünflächenamts übernommen wird. Der Foerstergarten, die Freundschaftsinsel und die Russische Kolonie bspw. werden sehr viel besucht. Sie und ihre Pflege sind eine Bereicherung für die Stadt und sehr wichtig für den Besucher- und Touristenstrom.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Kreisverkehr Ketziner Str. / Kienhorststraße einrichten (P-116)

Zur Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur im OT Fahrland sollte ein Kreisverkehr in der Ketziner Str. / Kienhorster Straße eingerichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Pflasterung der Gehwege Ortskern Fahrland (P-117)

Zur Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur im Ortsteil Fahrland sollte die Pflasterung der Gehwege im alten Ortskern von Fahrland erneuert werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Sanierung des Fahrbahnbelags in der Ketziner Straße (P-118)

Zur Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur im Ortsteil Fahrland sollte die Ketziner Straße mit einer Sanierung des Fahrbahnbelags verbessert werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

BUGA-Radweg von Wetzlarer Straße zu Porta und Drewitz verlängern (P-119)

Das Vorhaben steht seit 2008 (2008 / 2009 / 2010 in der „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ vertreten) im Bürgerhaushalt. In 2008 und 2009 wurde das Projekt von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Leider lehnt die Verwaltung regelmäßig „Sanierungsvorschläge“ ab. Das Vorhaben sollte als Instandsetzungsmaßnahme des Betriebsweges der EWP realisiert werden. Der Oberbürgermeister wollte das Vorhaben sichern. Wir fordern erneut die Radwegekonzeption dem Bürgerwillen (seit 2008) anzupassen und den Beschlüssen der SVV zu folgen.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Straße "Zum Kirschsteigfeld" sanieren (P-120)

Die Straße "Zum Kirschsteigfeld" besteht zum Teil aus Betonplatten, die im schlechten Zustand sind. Dadurch entsteht von vorbeifahrenden Fahrzeugen eine erhöhte Lärmbelastigung für die Anlieger. Die Straße sollte mit einer Asphaltdecke überzogen werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Zuwendungen Schiffbauergasse / Waschhaus senken (P-121)

Einsparungen könnten in der Schiffbauergasse erfolgen. Das Waschhaus sollte sich über Veranstaltung zukünftig selbst tragen können.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Bornim und Bornstedt schnell mit Infrastruktur für Familien versorgen (P-122)

Starke Zuzugsgebiete wie Bornim und Bornstedt sollten rechtzeitig mit Schulplätzen und Infrastruktur versorgt werden. Insbesondere sollte schnellstmöglich eine Sonderregelung für die Defizite der Schulplätze in der Karl-Foerster-Schule für die kommenden Jahre gefunden werden.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Hundehalterordnung durchsetzen (P-123)

Ich plädiere dafür, dass die Hundehalterordnung zukünftig stärker kontrolliert wird. Die wäre zum Beispiel durch die Erhöhung der Präsenz von Polizei und Ordnungsamt zu erreichen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Umweltzentrum zur Weiterbildung einrichten (P-124)

Mein Vorschlag ist die Einrichtung eines Zentrums für umweltpädagogische Weiterbildungen für Pädagogen, Erzieher, Lehrkräfte. Dies könnte unter Einbeziehung von Senioren als Spezialisten (z.B. Experten Feldermäuse, Imker, Insektenkundler, Botaniker, usw) geschehen. Die Angebote sollen für umweltinteressierte Bürger / Kinder / Jugendliche (Theorie und Praxis) nutzbar sein. Weiterhin wäre eine Angliederung an Waldkindergärten und -horte möglich.

Beteiligungsgegenstand: Naturkundemuseum

Schaffung eines gesunden Haushalts (P-125)

Den gegenwärtigen Haushalt der Stadt Potsdam für das Jahr 2011 kann man vergleichen mit einem steuerlosem Schiff auf rauer See. Eigentlich besitzt die Exikutive keine Rechtsfähigkeit mehr. Diese Fähigkeit ist erloschen, wenn durch die Legislative die Jahresabschlüsse nicht bestätigt worden sind. Im Fall der Stadt Potsdam bereits über den Zeitraum von 2 Jahren. Deshalb mein Vorschlag:

Der Haushaltsplan 2011 darf nur die Pflichtzahlungen, also die gesetzlichen Verpflichtungen der Stadt enthalten. Darüber hinaus sollten die Stadtverordneten schnellstens Beschlüsse fassen die in kürze die fehlenden Abschlüsse der Haushalts der fehlenden Jahre herbei führen. Dabei sollte inhaltlich auch eine Zwangsmassnahme enthalten sein der einen Druck auf die Unzulänglichkeit ausübt.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Bessere Abstimmung der Taktzeiten (Tram 91 / 94) (P-126)

Zur Zeit fährt die Tramlinie 91 voll und die Linie 94 leer hinterher. Ich befürworte daher die Wiederherstellung des 10 minütigen Fahrabstands von der Linie 91 zu 94 zwischen Platz der Einheit und Schloß Charlottenhof.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Leipziger Straße: Fahrtrichtung korrigieren (P-127)

Die Fahrtrichtung der Leipziger Straße sollte in entgegengesetzter Richtung verlaufen, um den Unfallschwerpunkt Heinrich-Mann-Allee/Brauhausberg zu entlasten.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Straßenausbau Groß Glienicke (P-128)

Ich befürworte einen einfachen Straßenausbau in Groß Glienicke. So sollten unbefestigte Straßen in den nächsten Jahre im Baukastensystem ausgebaut werden. Als erster Schritt würde dazu eine Asphaltdecke auch fachlich korrektem Unterbau. Wenn es dann die Kassenlage erlaubt, könnte in einigen Jahren der weitere Ausbau erfolgen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Erweiterung Parkflächen (Kopernikusstraße) (P-129)

Mein Vorschlag ist die Erweiterung der Parkflächen am Strahleninstitut in der Kopernikusstraße. Dort befinden sich derzeit nicht ausreichende Parkmöglichkeiten für PKW und Krankentransporte für das Ärztehaus.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Streugutbeseitigung im Innenstadt Bereich (P-13)

Es schadet dem Ansehen der Stadt Potsdam, dass Mitte April die Stadtreinigung das Streugut des vergangenen Winters in der Innenstadt, besonders im Bereich Lange Brücke und Bahnhof, noch nicht entfernt hat (Bürgersteige). Am Wochenende 17./18.4.2010 werden das besonders die Touristen der Veranstaltung des Wasserfestes bemängelt haben. Durch die frühzeitige Entfernung könnten finanzielle Einsparungen erreicht werden, wenn das Streugut aufgesaugt und im kommenden Winter wieder verwendet werden würde.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Diversifizierung der ViP-Busflotte (P-130)

Mit seinen Langzeiterfahrungen müsste es dem ViP möglich sein auf minderfrequentierten Strecken kleinere Linienbusse einzusetzen, um damit Kraftstoff-, Wartungs- und Betriebskosten einzusparen. Diese Einsparungen sollten dem städtischen Anteil an Kosten angerechnet werden können. Außergewöhnlicher Andrang auf solchen Linien durch Voranmeldung mit dem Einsatz von Normalbussen (evtl. Rufbussystem) abgefangen werden. Die oft von den Stadtwerken angepriesenen Erdgasankstelen legen nah, auch erdgasbetriebene Stadtbusse einzusetzen, wie sie in der tschechischen Republik schon üblich sind. Bei Neuanschaffungen und Erstz auszumusternder Fahrzeuge sollte das berücksichtigt werden, sodass dafür keine zusätzlichen Kosten entstehen müssen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Dienstleistungsgedäude für Fahrland (P-131)

Nach meiner Meinung sollte in Potsdam Fahrland ein Dienstleistungsgebäude eingerichtet werden, das Friseur, Post, Sparkasse, Reinigung, Physiotherapie, Apotheke, Schlüsseldienste und ähnliches beinhaltet. Damit wäre vielen Fahrländer Bürgern geholfen. Die Stadt sollte dies unterstützen!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Grünen Pfeil (B2 Ampelkreuzung Neufahrland / Fahrland) anbringen (P-132)

Aus Richtung Groß Glienicke kommend wäre für Rechtsabbieger nach Fahrland ein Grünpfeil sehr sinnvoll, zumal für Rechtsabbieger aus Fahrland kommend nach Potsdam dieser Pfeil existiert.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Verkehrsüberwachung, fließend)

Weniger Baustellen in Potsdam (P-133)

Wenn mehr Zeit für die Baustellen investiert wird, sind die Straße freier und schöner sieht die Stadt auch aus. Der Verkehr kann besser geregelt werden, unnötiges Geld für Ampeln etc vermieden werden. Immerhin könne Flughäfen bspw. auch in der Nacht (schneller) repariert werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Sauberkeit der Freundschaftsinsel fördern (P-134)

Auch weiterhin sollte die Freundschaftsinsel so schön sauber bleiben, wie bisher. Die Besucherzahl würde weiterhin hoch bleiben und das Restaurant dementsprechend gute Einnahmen machen...

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Zentrales Sportcenter für Potsdam (P-135)

Mein Vorschlag ist ein zentral gelegenes Sportcenter, in dem alle bekannten und verschiedenen Arten vertreten sind, vor allem die von denen es in Potsdam noch wenig gibt. Man müsste so auch nicht überall in der Stadt Anlagen bewirtschaften, sondern hätte einen zentralen Punkt zur Verfügung

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Kartbahn für Potsdam (P-136)

Meiner Meinung nach, sollte man in Potsdam (speziell in Drewitz / Am Stern) eine Kartbahn einrichten. Aufgrund von mangelnder Beschäftigung der Jugend. Natürlich heißt das nicht, dass sie nur durch die Jugend genutzt werden dürfte / sollte. Es gibt einige Orte, wo die Errichtung einer solchen Bahn in genannten Stadtteilen möglich wäre.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Tarifveränderungen im ÖPNV (längere Fahrtzeiten) (P-137)

Durch die Gestaltung eines ansprechenderen Tarifs – zB der Verlängerung der erlaubten Fahrtzeiten bei Normalfahrten, könnte man neue Mitfahrer und Nutzer des ÖPNVs gewinnen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Einführung einer 1-Haltestellen-Fahrkarte (P-138)

Ich bin für die Einführung einer Fahrkarte im ÖPNV, die nur für eine Haltestelle gilt. Diese wäre sehr günstig und würde vielen helfen, sowie Einnahmen verschaffen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Baustopp Stadtschloss (P-139)

Zur Finanzierung wichtigerer Projekte, sollte keine weitere Finanzierung durch die Stadt geschehen. Ich bin für den sofortigen Baustopp und eine Bepflanzung der Leefläche mit Grün.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Mehr Service im öffentlichen Nahverkehr (P-140)

Ich finde die erneute Erhöhung der Fahrpreise unangemessen. Gerade im Bezug auf die Umwelt, sollten die Preise nicht ständig erhöht werden, um auch Autofahrer für die öffentlichen Verkehrsmittel zu gewinnen und diesen lukrativ zu gestalten. Aus meiner Sicht gibt es keinen Grund für eine Kostenerhöhung: Die Fahrer sind unfreundlich und es gibt ständige Verspätungen. Ich bin froh, wenn das Wetter es zulässt mit dem Fahrrad zu fahren.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Zebrastreifen in der Yorkstraße (P-141)

Die Brücke über den Stadtkanal in der Yorkstraße wird von Anwohnern, Spaziergängern und Touristen stark genutzt. Allerdings wird das Überqueren der Straße danach durch den starken Verkehr sehr gefährlich. Durch einen Zebrastreifen könnte es für alle sicherer werden. Die Autos würden nicht mehr so rasen, denn täglich steht hier ein Blitzerwagen des Ordnungsamts, da sich viele Autofahrer nicht an Tempo 30 halten.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Radweg Siedlung Unter den Eichen bis K.Kollwitz-Str. einrichten (P-145)

Ich schlage vor einen Radweg aus Richtung der Siedlung „Unter den Eichen“ kommend bis hin zur K.-Kollwitz-Straße einzurichten. Viele Radfahrer müssen täglich, die viel befahrene Drewitzer Straße lang fahren und sich dabei in die Gefahrenzone der Autos begeben. Es ist nicht möglich auf diesem mit Autos vollgestellten Weg, ohne zu Stürzen zu fahren. Dieser Weg wurde erst so schlecht, als man die Autos von der rechten Seite rüber brachte. Bei Regen sind überall Pfützen und das Fahrradfahren wird unmöglich. Es ist sinnvoll diesen Weg so wunderschön zu begleichen, wie es Richtung K.Kollwitz.Str. möglich wurde in 2009.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Idee zur Entwicklung eines regionalen Währungssystems („BB-Euro“) (P-146)

Ein solches regionales Währungssystem wäre unabhängig von globalen und (zur Zeit) unberechenbaren Geld- und Währungsströmen: „Globale Players“ können nicht mal schnell Mengen an Finanzmitteln abziehen, um mehr oder weniger risikoreich an anderen Stellen dieser Erde ihre finanziellen Engpässe zu kompensieren. Es findet also eine Entkopplung regionaler und globaler „Risiken“ statt. Regionales Geld bleibt in der Region und stärkt die regionalen Anbieter, da (bildhaft gesprochen) nicht mal schnell mit einem „BB-Euro“ an der NY-Börse „gehandelt“ werden kann.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Öffnungszeiten Stadtteilbibliothek Babelsberg verlängern (P-148)

In Babelsberg gibt es in der Nähe der Goethegesamtschule eine Bibliothek. Vielen Schülern der anliegenden Bildungseinrichtung wird empfohlen dort doch mal vorbeizuschauen und Informationen zu erhalten. Leider sind die Öffnungszeiten sehr begrenzt, sodass die Bibliothek in den meisten Fällen geschlossen ist. Dies sollte sich ändern.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Praxisgebühr für Schüler nicht erheben (P-149)

Ich bin der Meinung, dass durch bspw. eine Unterstützung der Krankenkassen, Schüler solange sie ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, keine Praxisgebühr zahlen sollten.

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Fahrradweg von Neu Töplitz nach Potsdam (P-15)

Es sollte ein Fahrradweg zwischen Neu Töplitz und Potsdam eingerichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Kostenfreie Sportplatznutzung im Buga-Park (P-150)

Ich bin dafür, dass bspw. Fußballplätze im Buga-Park kostenfrei nutzbar sein sollten. Bisher muss man dafür 0,50€ bezahlen (Parkeinritt).

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Infostehlen an ÖPNV-Haltestellen (P-151)

Es gab mal ein Testprojekt zu Informationsstehlen an Potsdamer Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs. Leider habe ich nichts über das Ergebnis dieses Testlaufs erfahren, würde mich dafür jedoch sehr interessieren. Wenn es gut gelaufen ist, sollten solche Infobereiche meines Erachtens im gesamten Stadtgebiet eingerichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Sanierung der Straße "Zum Kirchsteigfeld" (P-152)

Meine Anregung betrifft die Sanierung der Straße "Zum Kirchsteigfeld" in Drewitz. Die Anwohner müssen derzeitig unter der starken Lärmbelästigung sehr leiden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Klimaschutz in der Schopenhauer Straße fördern! (P-155)

Wir wohnen seit nunmehr 29 Jahren im Wohnblock Schopenhauerstr. 40-44. Dieser wurde 2003 im Rahmen der Privatisierung kommunaler Wohnobjekte unsaniert an Semmelhaack veräußert. 2006 wurde eine Teilsanierung vorgenommen (Wärmedämmung an der Hausfassade, neue Fenster). Seit 2011 kennen die Vermieter den Mangel unserer nicht regulierbaren Heizkörper. Nach der Teilsanierung hat sich dieser Zustand extrem verschärft. Trotz abgestellter Heizkörper werden diese heiß und wir haben durch die dichten Fenster extreme Wohntemperaturen (26 in der Küche). Eine Temperaturregelung erfolgt nur über das Öffnen von Fenstern. Unsere Heizkosten sind anstelle der in der Mieterhöhung angegebenen 50-70% Reduzierung auf 140% angestiegen - ein unzumutbarer Zustand für uns Mieter. Unser Vermieter zeigt sich sehr stur und wenig kompromissbereit, diesen Mangel zu beheben. Wir sehen hier ein großes Potential für Energieeinsparungen und bitten dringend um ihre Hilfe und Unterstützung! Die Fluktuation unzufriedener Mieter ist extrem. Auch die Grünanlagen wurden bei der Teilsanierung zerstört und nicht erneuert. Teilweise werden Grünflächen als Parkbereiche genutzt. Ein katastrophaler Zustand in Potsdams 1A-Innenstadtbereich.

Beteiligungsgegenstand: Klimaschutz

Grünanlage am Platz der Einheit für alle Altersgruppen (P-157)

Zur Verbesserung des Mikroklimas, sowie der Nutzungsmöglichkeit der Grünanlage, auch für ältere Bürger und Touristen, schlage ich folgendes vor: Erstens eine Bepflanzung entlang der inneren Wege mit einigen Bäumen, so dass diese im Sommer Schatten spenden und die Luftqualität verbessern. Zweitens einige der treppenartigen Bänke mit Holz zu belegen und so gepflegtere Sitzmöglichkeiten zu schaffen: So bin ich der Ansicht, dass man diesen Platz, mit verhältnismäßig geringem Aufwand, zu einer Oase mitten in der Stadt verwandeln könnte.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Alleencharakter in Potsdam stärken (P-158)

Durch Neupflanzungen von Laubbäumen bestehende oder in naher Zukunft entstehende Lücken vorhandener Allee (bspw. Maulbeerallee, Pappelallee, Amundsenstr., Heinrich-Mann-Alle, etc...) schließen oder neue Alleen, soweit das möglich ist, schaffen (bspw. Mittel- und tw. Seitenstreifen der Nuthestr. Oder andere Straßen ohne oder mit geringem Baumbestand), um dem geschichtsträchtigen und traditionellen Bild der ehemals preußischen Residenzstadt und heutigen Landeshauptstadt gerecht zu werden. Zudem werden so Staubbelastungen reduziert, auf Straßen und Gehwegen Schatten gespendet und für eine saubere Luft/Umwelt gefördert...

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Förderideen für Kita, Horte und weiterführende Schulen (P-159)

- Sport- und Teamgeistförderung in Kitas die weiterführend im Hort und Schulen
- Kurse für Jugendliche zu "Leben ohne Schulden" Finanzplanung
- Kurse für gesunde Ernährung von Einkauf bis Essen kochen
- Schul- und Kitaessen oft nicht so gesund durch vorgefertigtes Essen

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Fahrradübergang am Bahnhof Bornim-Grube (P-16)

Am stillgelegten Bahnhof Bornim-Grube sollte ein Fahrradübergang errichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Schulgartenanbau und Eigenverwertung (P-160)

- > gesunde Bürger, gesunde Arbeitskräfte - weniger Spätfolgen durch Übergewicht und andere Folgeerkrankungen (Sucht)
- > jede Arbeitskraft die Steuern zahlt, belastet die Kommunen nicht und ggf. die Krankenkassen
- > sinnvolle Eingliederung für ältere Arbeitslose, auch hier gilt, wer in Arbeit ist, belastet die Kommunen nicht

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Schulen)

Arbeitsförderung für Ältere (P-161)

- bessere Begleitung Älterer durch Ämter für Arbeitssuche, gezielte Rückfragen durch Behörden, warum Arbeitnehmer durch Arbeitgeber nicht im Alter genommen werden

> 1 Euro Jobs blockieren Minijobs und sind nicht für Betroffene sinnvoll (Sozialdiensteinsatz)
Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Abgabeneinführung zur Hundekotbereinigung und Schulungen für Hundehalter bei (P-162)

> in Wohngebieten bleibt es ein Problem, dass Hundehalter den Kot nach Spaziergang nicht entsorgen. Es Abgaben pro Hund für Entsorgung durch öffentliche Stellen oder Wohngesellschaften eingeführt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Förderung von Kindertagesstätten ausbauen (P-163)

Erhöhung der Förderung der Kindertagesstätten mit dem Ziel den Betreuer/Erzieher-Schlüssel zu verbessern, sodass Erzieher nicht mehr so viele Kids betreuen müssen.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Fußgängerüberweg Neuendorfer Str. / Bahnhofsstr. (P-166)

Die Verkehrsdichte auf der Neuendorfer Str. ist in den normalen Verkehrszeiten inzwischen so hoch, dass ein Überqueren in Höhe Schwarzschildstraße – Bahnhofstr. nur nach längeren Wartezeiten und teilweise lebensgefährlich ist. Die Autos fahren dort meist mit überhöhter Geschwindigkeit. Durch die vorhandene Einengung der Fahrbahn wird diese Stelle noch gefährlicher. Hier sollte dringend ein Fußgängerüberweg geschaffen werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Geregelter Übergang über die Neuendorfer Str. / Bahnhofstr. (P-167)

Der Übergang wird von Bürgern der Wohnbereiche (Schwarzschildstr. / Grotianstr. / Ziolkowskistr. Zu Fuß und mit Fahrrad genutzt. Er liegt genau zwischen zwei Ampelanlagen und dient für Autofahrer als „Rennstrecke“. Das Überqueren (auf dem Weg zum Bahnhof oder von dort) ist lebensgefährlich! Durch die vorhandene Einengung wird alles noch unübersichtlicher. Ein Fußgängerüberweg oder ein Geschwindigkeitslimit auf 30km/h ist unbedingt notwendig.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Jugend- und Kulturprojekte initiieren (P-169)

Mein Vorschlag ist die Unterstützung der Stadt für ein Projekt für Kinder und Jugendliche von 14 bis 20 Jahren. Ziel soll es sein, die geistigen Interessen zu fördern. Dies sollte auch auf einem multikulturellen Niveau möglich sein. Daher sind Dolmetscher wichtig. Ziel ist es einen Anreiz für Freundschaft und Aufrichtigkeit zu bieten. Aggression soll darin keinen Platz haben, sondern schöpferische Freundschaft. Fokus des Projekts könnte Graffiti-Kunst sein. Für die Realisierung des Projekts sind Förderer und Sponsoren notwendig. Wichtig sind auch Räumlichkeiten zum Aufbewahren von Pinseln und Farbstoffen sowie anderem Werkzeug.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Wiedereröffnung des Bahnhofes Bornim-Grube (P-17)

Der Bahnhof Bornim-Grube sollte wiedereröffnet werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Kontrollen bei Verteilung von Sozialen Zuschüssen (P-170)

Ich hätte da noch einen Vorschlag für die Einsparung von Landesmitteln. Es müssten mehr Kontrollen durchgeführt werden, ob Empfänger von Mietzuschüssen bei "Hartz IV" und Grundsicherung gerechtfertigt sind. In meiner näheren Umgebung weiß ich von mindestens 3 Haushalten bei denen eine Überprüfung nötig ist.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Freibad für Potsdam (P-171)

Ich bin mit meinem Mann recht neu in Potsdam. Wir wohnen mit vielen anderen "zugezogenen" in der südl. Gartenstadt am Buga-Park. Wir vermissen ein Freibad die Seen sind ja nicht für Schwimmer geeignet, auch ist das Wasser muffig und trüb. Leider gibt es erst in Kleinmachnow ein Freibad, und das mach auch noch erst um 9.00 Uhr auf. Ich kenne das anders. Meistens hat jeder Bewohner in der Nähe ein Freibad, diese öffnet für Berufstätige extra um 7.00 Uhr!

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Gastronomie für Potsdamer Norden (P-172)

Ich bin mit meinem Mann recht neu in Potsdam. Wir wohnen mit vielen anderen "zugezogenen" in der südl. Gartenstadt am Buga-Park. Wir vermissen gewerbliche Anbieter, spez. Gastronomien. In diesem Riesenneubaugebiet, denkt da die Stadt vielleicht auch daran, daß die Menschen abends gerne essen und trinken gehen wollen?! Zur nächsten Gastronomie ist es 2,4 km also zu fuß viel zu weit. Die Gastronomie im Buga-Park ist zwar nett, aber eher etwas für Kinder.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Ausbau des Schwarzen Weges in Grube (P-18)

Der Schwarze Weg in Grube sollte ausgebaut werden

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Reiterweg: Grube-Nattwerder-Schlänitzsee (P-19)

Zwischen Potsdam-Grube, Nattwerder und dem Schlänitzsee sollte ein Reiterweg errichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Neugestaltung Stadtplatz "Alte Plantage" (P-2)

Der alte Stadtplatz hinter dem Rechenzentrum und zwischen York- und Dortustraße ist derzeit kaum brauchbar und sollte als innenstädtischer Freiplatz dringend für die Bürger und Anwohner nutzbar gemacht werden. Hierbei könnten unterschiedlichste Nutzungsarten

vorgesehen werden, bspw. die Erweiterung des Sportplatzes. Weitere Entwürfe existieren bereits in einer Diplomarbeit der TU Berlin.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Neue Nutzung für die geschlossene Gaststätte "Krause" in Grube (P-20)

Es gilt zu prüfen, inwiefern es Nutzungsmöglichkeiten für die geschlossenen Gaststätte "Krause" in Grube bestehen, z.B. als Bürgerhaus.

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Öffentliche Badestelle für Grube (P-21)

Für die Gruber Bürger sollte eine öffentliche Badestelle geschaffen werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Erweiterung des ÖPNV (P-22)

Der öffentliche ÖPNV sollte erweitert werden, z.B. fährt der Bus 612 samstags und sonntags nur von Neu Töplitz bis zur Kirschallee.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Fußgängerweg im Kuckucksruf einrichten (P-23)

Im Kuckucksruf, der die Heinrich-Mann-Allee mit der Drewitzer Str. verbindet, gibt es keine Gehwege. Der Auto- und der Fußgängerverkehr haben jedoch zugenommen, aufgrund der neuen Wohnsiedlung der PBG und der neuen Kaufhalle. Derzeit besteht ein Mangel an Sicherheit für Fußgänger.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Problem: Havelwege (P-24)

Zwischen der Bertinistr. und der Nedlitzer Brücke sollte ein Radwanderweg geschaffen werden. Eventuell weiter in das Bornstedter Feld nach Marquardt und Paretz u.a.. Hier gilt es die Eigentumsfragen zu klären und nicht, wie in der Vergangenheit, zu warten!!!

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Hinweisschild in der Potsdamer Str. / Ribbeckstr. (P-25)

In der Potsdamer Str. Ecke Ribbeckstr ist eine Fußgängerinsel in der Mitte der Straße. Hier müssten Verkehrsschilder vorwarnen, dass verstärkt Schulkinder und Erwachsene die Straße queren.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Mehr Abfalltonnen bei Großveranstaltungen (P-26)

Veranstalter von Großveranstaltungen müssen bei er Genehmigung mehr Abfalltonnen stellen, dass die Straßen gepflegter aussehen. Auch Imbissbuden sollten mehr Abfalleimer aufstellen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Bekämpfung der Beschmierung öffentlicher und privater Gebäude (P-27)

Die Beschmierungen von privaten sowie öffentlichen Objekten müssen stärker bekämpft werden. Sehr viel Geld ist in Potsdam für die Gestaltung ausgegeben worden! Es sollte eine Arbeitsgruppe mit verschiedenen Mitgliedern (beruflicher Art u.a.) gebildet werden und rechtmäßige Maßnahmen gegen diese Beschmierungen erarbeiten und durchführen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Abschaltung der Ampelanlage an der Haltestelle Luisenplatz (Überquerung Fußgänger bzw. Bus/Bahn) (P-28)

Ich hoffe auf die Abschaltung der o.a. Ampelanlagen, da man - wenn man mit Bus / Bahn unterwegs ist - nur ewig dort steht. Man verbraucht nur Energie bzw. Sprit und das ist für die Umwelt belastend. Außerdem wissen Fußgänger meist nicht, ob sie nun über die Straße gehen können oder nicht, weil sie die Ampelanlage nicht verstehen. Mein Vorschlag: Bus und Bahn fahren langsam an die Haltestelle und können ggf. die Fußgänger warnen, die nicht bemerken, ob ein Fahrzeug kommt. Das ist auf alle Fälle umweltfreundlicher.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Mehr Gebäude für Jugendliche (P-29)

Statt so viele Vorschläge für Bürgerhäuser wären Gebäude für Jugendliche erforderlich.

Beteiligungsgegenstand: Familienförderung

Kein Nachtbetrieb im "Blauhaus" (P-3)

Das "Blauhaus" in der Heinrich-Mann-Allee sollte nicht nachts betrieben werden. Laute Musik und Bässe verursachen Lärm und nächtliche Ruhestörung bis morgens um vier Uhr.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

TRAM-Haltestellen zum Schutz vor Radfahrern verkehrsberuhigen (P-30)

An Tram-Haltestellen müssten Schilder angebracht werden, dass Radfahrer anzuhalten haben, wenn eine Tram dort einfährt und die Leute steigen aus und ein, aber es hält kein Radfahrer an, es wird eher noch geklingelt.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Mehr Kontrollen in der Dennis-Gabor-Straße (P-31)

Falschparker, speziell in der Dennis-Gabor-Str., werden zu selten bestraft. Meiner Meinung nach ist das Ordnungsamt zu schwach besetzt. Hier müssten vor allem am Wochenende, morgens 8 Uhr und abends, Kontrollen stattfinden. Dies ist eine verkehrsberuhigte Zone!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Ordnung und Sauberkeit an Haltestellen (P-32)

Die Beanstandungen zur Sauberkeit von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs aus dem letzten Jahr und später wurden gar nicht beachtet bzw. wenn gereinigt wurde, dann wurde das Unkraut nur abgerissen oder abgeschnitten, so dass es kräftig weiterwachsen kann. Es erfolgte keine Kontrolle danach! Meiner Meinung nach, sollte die zukünftig mehr auf Sauberkeit an allen ÖPNV-Haltestellen innerhalb Potsdams geachtet und dafür gesorgt werden. Insbesondere betrifft dies die Tramhaltestellen der Krongutlinie. Die Tram ist wunderbar beschriftet, nur beim Aussteigen lässt es zu Wünschen übrig. Ränder an den Gehwegen sind zudem ebenfalls nicht gereinigt.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Baggersee am Stern: Offizielle Nutzung ermöglichen (P-33)

Ich beobachte seit 2007 die Badegewohnheiten am Baggersee am Stern. Habe bereits mit mehreren Mitarbeitern der Verwaltung und mit Politikern gesprochen. Das Ergebnis: Die rechtliche Seite ist ungeklärt, das Baden wird "geduldet", jedoch ohne Haftung. Mein Vorschlag: Prüfen, ob eine Nutzung für Nichtschwimmer möglich wäre. Voraussetzungen könnten insbesondere auch für Nichtschwimmer geschaffen werden, wie zBsp durch das Anfahren von Kies und die Befestigung von Bojen. Ggf könnte dann dort durch Freiwillige Schwimmunterricht gegeben werden.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Erneuerung der Paul-Neumann-Str. (Babelsberg) (P-34)

Wie wäre es, wenn die Stadt endlich mal den Straßenabschnitt der Paul-Neumann-Str. 70-84 in Babelsberg in Stand setzen würde? Nach jedem Regenguss steht dieser Straßenabschnitt unter Wasser. Warum? Im genannten Abschnitt gibt es keine Gullis! Ebenfalls wurden, als die Häuser rechts und links restauriert wurden, die Gehwege nicht erneuert. Straße und Gehwege wirken wie aus DDR-Zeiten und benötigen dringend einer Erneuerung.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Hundetoiletten für die Paul-Neumann-Str. (P-35)

Es gibt in der Paul-Neumann-Straße keine Hundetoiletten, obwohl gerade hier viele Tiere gehalten werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Erhalt des Kulturzentrums am Luisenplatz (P-36)

Ich bin der Meinung, dass das Kulturzentrum in und um das Luisenforum erhalten bleiben sollte. Dies gab bisher der Innenstadt eine besondere Note. Ggf. sollte dazu eine höhere Förderung dieser Kultureinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Unterstützung der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche (P-37)

Ich bin der Auffassung, dass in die Suchtprävention für Kinder- und Jugendliche investiert werden sollte, z.B. in Form von Unterstützung der Vereine wie z.B. "Chillout e.V."

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Straßenausbau in Groß Glienicke (P-38)

Die unbefestigten Straßen in Groß Glienicke (z.B. der Wendensteig) befinden sich in einem unzumutbaren Zustand durch Schlaglöcher und Staubentwicklung. Dies ist hochgefährlich für Fußgänger und Radfahrer und stellt zudem eine hohe Gesundheitsbelastung durch den Staub dar. Bis zur Realisierung der Straßenbefestigung sollte eine Tempozone 10 km/h eingerichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Einsatz ehrenamtlicher Helfer (P-39)

Es sollten zur Reduzierung der Personalkosten ehrenamtliche Helfer eingesetzt werden.

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Kaufhalle Schlaatz - alter Standort (P-4)

Es sollte am alten Standort eine Kaufhalle am Schlaatz errichtet werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Impfungen und Untersuchungen nur noch durch niedergelassene Ärzte (P-41)

Impfungen und Untersuchungen sollten nur noch durch niedergelassene Ärzte erfolgen. Jeder Bürger ist krankenversichert, somit übernehmen die Krankenkassen die Kosten.

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Reduzierung der Förderung für die Musikschule "J.S.Bach" (P-42)

Durch Privatbetreiber oder die Gewinnung von Sponsorengeldern wäre keine Förderung bzw. nur noch eine reduzierte Förderung nötig.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Reduzierung der Förderung für die Kulturförderung (P-43)

Durch Privatbetreiber oder die Gewinnung von Sponsorengeldern wäre keine Förderung bzw. nur noch eine reduzierte Förderung im Bereich der Potsdamer Kulturlandschaft nötig.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Erweitertes ÖPNV-Ticket für besonders Bedürftige (Hartz IV) (P-45)

Als Bürger dieser Stadt würde ich es begrüßen, wenn man den immer mehr werdenden Hartz IV-Betroffenen ihre Mobilität zurück gäbe. Die bereits vorhandenen Unterstützungen sind bei weitem nicht ausreichend. Es wird ein wirklich billiges, übertragbares, leicht zu erwerbendes Ticket benötigt, damit sich die Betroffenen auch ein Stück Zukunft zurückholen können. Die Not, in der sich Hartz IV-Betroffene befinden, wird nach außen hin nicht sichtbar; Medien besonderer Machart schüren Hass und Neid. Man gebe den Betroffenen wenigstens ihre Mobilität zurück.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Spielplatzausbau vor Grünflächenpflege (P-46)

Meines Erachtens ist ein wichtiger Punkt, der ebenfalls zur Familienförderung zählen könnte, die Instandsetzung und der Ausbau von Spielplätzen. Im Vergleich zur Pflege von Bäumen, Straßen und öffentlicher Grünflächen, kommen Spielplätze viel zu kurz!

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Höhere Förderung für Familien, Kinder und Senioren (P-47)

Die Themenfelder im Kreis "Familienförderung" (betrifft Familie, Kinder, Senioren) sollten meines Erachtens stärker gefördert werden, als bisher geplant.

Beteiligungsgegenstand: Familienförderung

Sportfunktionsgebäude Newtonstraße (P-48)

Es soll der dringend benötigte Erweiterungsbau für das Sportfunktionsgebäude Newtonstr. realisiert werden. Ein diesbezüglicher Beschluss der Stadtverordnetenversammlung werde bisher aus Kostengründen nicht umgesetzt.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Gestaltung des Luisenplatzes (P-5)

Der derzeit triste Luisenplatz sollte neu gestaltet werden, evtl. mehr Grün u.ä.)

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Garagen Wollstraße (am Park) erhalten (P-50)

Nach meiner Ansicht sollten die Garagen in der Wollstraße (am Park Babelsberg) erhalten bleiben. Diese bestehen seit langer Zeit und sollten den Anwohnern weiterhin zur Verfügung stehen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Längere Öffnungszeiten für städtische Kitas (P-51)

Es sollte mehr Kitas mit längeren Öffnungszeiten (6:00 - 20:00) und mehr Erziehern geben.

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Asphaltierung Steinstraße (P-52)

Der Straßenabschnitt der Steinstraße zwischen Mendelson-Bartholdy-Str. und OT Steinstücken/Berlin sollte eine Bitumdecke inkl. Niveauausgleich erhalten.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Sportförderung ausbauen (P-54)

Ich halte die Sportförderung für zu gering. Hier sollte mehr investiert werden.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Höhrere Beiträge für Musikschule (P-55)

Ich halte die Beiträge, die in der Potsdamer Musikschule erhoben werden, für zu gering. Hier könnte höhere Einnahmen erzielt werden.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Eintrittsgelder Naturkundemuseum erhöhen (P-56)

Meiner Meinung nach könnten die Eintrittsgelder im Naturkundemuseum erhöht werden, sodass höhere Einnahmen zu verzeichnen sind.

Beteiligungsgegenstand: Naturkundemuseum

Sparen durch Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten (P-57)

Vermeidung von doppelter Arbeit durch Zusammenlegung mehrerer Bereiche der Verwaltung

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Sanieren statt Neubauen! (P-58)

Meiner Meinung nach sollte Handelsketten eine Absage erteilt werden, die anstatt vorhandene und sanierungsbedürftige Objekte zu nutzen, neue bauen. Dies betrifft ebenfalls Tankstellen oder andere. Dieses ewige Auf- und Abbauen ist viel zu kostenintensiv.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Verwaltungsaufgaben reduzieren (P-59)

Kein Bürger kann über seine Verhältnisse leben. Alle müssen sich redlich an den Aufgaben der Gemeinde, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen, auch Unternehmen. Ich finde eine Reduzierung der allgemeinen Verwaltungsaufgaben wäre notwendig. Ca. 11% der Haushaltskosten sind zu hoch. Es sollte eine Reduzierung durch Ausgabenanpassung entsprechend der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung vorgenommen werden (zB bei Löhnen und Renten).

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Sanierung der Gebäude am Templiner See (P-6)

Das Ruderhaus und der Pavillon am Templiner See bedürfen einer Sanierung.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Verwaltungskosten nicht durch allg. Abgabenerhöhung kompensieren (P-61)

Ich finde, die Verwaltungskosten dürfen nicht durch ständige Ausweitung vermeintlicher Aufgaben erhöht werden. Verwaltungskosten müssen den verringerten Einnahmen und Verdiensten allgemein folgen. Warum müssen bspw. die Verkehrsleitsysteme ständig erweitert werden? Ich finde das klingt nach Lobbyarbeit. Eine allgemeine Abgabenerhöhung ist in diesem Zusammenhang meiner Meinung nach nicht akzeptabel!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Familienhilfe auf Sachleistungen umstellen (P-62)

Eine Möglichkeit einzusparen sehe ich bei der Familienhilfe. Diese könnte zB auf größtenteils Sachleistungen umgestellt werden. So sollte man allen Kindern Hilfe zur Verfügung stellen. Es geht um Chancengleichheit und die Verhinderung von Missbrauch!

Beteiligungsgegenstand: Familienförderung

Renten- und Pensionskassen an Sozialausgaben beteiligen (P-63)

An den Kosten für Sozialleistungen sollten sich neben Rentenkassen auch Pensionskassen und Gewerbetreibende beteiligen. Im Falle der Bedürftigkeit werden auch Letztgenannte von der Gemeinde unterstützt. Ich frage mich immer wieder, wer trägt die Kosten für Privatinsolvenzen? Schuldhafte Insolvenz wird belohnt...

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Einnahmenerhöhung durch Verzicht auf Steuererlasse (P-64)

Ich plädiere für eine Einnahmenerhöhung durch den Verzicht auf Steuererlässe und Gebühren an Gewerbe. Eine mögliche Verzinsung der Schuldsomme brächte Einnahmen in den Gemeindehaushalt.

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Gewinnabführung der Eigenbetriebe an Stadt (P-65)

Wohnungs-, Energie- und Wasserversorgung sowie Gesundheit sollten in Gemeindehand liegen. Da erhebliche Gewinne der entsprechenden zT privat geführten Unternehmen möglich sind, sollte solche Gewinne zusätzliche Einnahmen für die Gemeinde sein. Trotzdem sei es oberstes Ziel einen sparsamen Betrieb in Gemeindeverwaltung zu gewährleisten...

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Einsatz von Hilfebeziehern (Verringerung Sozialaufwendungen) (P-66)

Sozialaufwendungen sollten gezielter eingesetzt werden, bspw. durch den Einsatz von arbeitsfähigen Hilfebeziehern entsprechend ihrer Ausbildung für gemeinnützige Aufgaben und unter Berücksichtigung der Arbeitswertigkeit, um so bei anderen Kosten zu sparen. Dies könnte bspw. umgesetzt werden im Straßenbau, Grünpflege, Denkmalpflege, Forschung- und Entwicklung bspw. der Energieerzeugung und Minimierung.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Einsparungen bei Auftragsvergabe berücksichtigen (P-67)

Ich schlage eine Kompensation der Kosten durch Einsparungen in den Auftragsvergaben an externe Firmen vor. Die Argumentation, dass dies die Gewerbetreibenden schädigt, ist nicht akzeptabel, solange Geldmangel in der Gemeinde gegeben ist. Diese Betriebe können nicht durch eventuelle Steuer- oder allgemeine Ausgabenerhöhung zu gestützten Auftragsempfängern werden. Regelmäßige Ausschreibung mit dem Ziel kostengünstiger Angebote ist die Idee.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Kulturförderung einschränken (P-68)

Meiner Meinung nach, sollte Gelder für Kultur eingeschränkt werden. Kulturelle Betriebe müssen sich, wie andere Gewerbe auch, selbst tragen können.

Beteiligungsgegenstand: Kulturförderung

Einnahmequelle 'Gemeindesteuern' durch Wirtschaftsförderung erhöhen (P-69)

Der defizitäre Haushalt kann nur saniert werden, wenn Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Einnahmen erhöht werden können. Das setzt voraus, Anreize für die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe zu schaffen, damit mehr Steuern in die Stadtkasse fließen. Aber bitte Vorsicht: Nicht nur verlängerte Werkbänke von auswärtigen Großunternehmen zulassen.

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Mehr Maßnahmen zur Durchsetzung der städtischen Ordnung (P-7)

Es sollten mehr Maßnahmen zur Durchsetzung der städtischen Ordnung ergriffen werden (bei Park- und Geschwindigkeitsverstößen klappt das perfekt!)

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Investitionen exakt planen (P-70)

Meiner Meinung nach muss bei allen Ausgabepositionen gespart werden. Ein Vorschlag: Alle Investitionen und Renovierungen exakter planen, koordinieren und gewissenhaft abrechnen und auf Einhaltung gesetzlicher (auch Rechtsvorschriften der Stadt) Regelungen kontrollieren.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Förderungen von Vereinen für Kinder und Jugendliche kostenlos (P-71)

Um Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit mehr einzubinden, würde ich vorschlagen Sport- und andere Vereine für Kinder und Jugendliche kostenlos anzubieten. Dafür wäre eine höhere Förderung notwendig.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Unterführung Breite Straße / Friedrich-Ebert-Str. errichten (P-72)

Ich wäre dafür die Breite Straße in Höhe der Friedrich-Ebert-Str. für Fußgänger und Radfahrer zu untertunneln.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Defizitausgleich: Verzicht bei Investitionen (P-73)

Meiner Meinung nach könnte zur Realisierung mehrerer Bürgervorschläge ein Verzicht auf den Bau des Stadtschlusses, der Garnisierungskirche, des Spaßbades, der Durchführung des Stadtwerkefests und einer Beschränkung von Ministergehältern bzw. keine Zahlung von Pensionen (Selbstvorsorge!) hilfreich sein.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Straßenbahnanbindung Bahnhof Medienstadt (P-75)

Die Straßenbahntrasse von der Endhaltestelle Fontanestraße sollte bis zum Bahnhof Medienstadt verlängert werden. Eventuell wäre dabei auch alternativ eine Verlängerung hin zum Depot der VIP (Wetzlarer Straße) denkbar.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Untertunnelung der Gleise Bhf. Medienstadt Großbeerenstr. (P-76)

Überlegenswert wäre meiner Meinung nach die Untertunnelung der Gleise am Bhf. Medienstadt in der Großbeerenstraße für den Fahrzeugverkehr.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Geschwindigkeitskontrollen in Spielbereichen (P-77)

Meiner Meinung nach könnte bspw. in der Kastanienholzstraße (Bornstedt) eine häufigere Kontrolle der Geschwindigkeit stattfinden. Gerade in Bereichen, wo Kinder unterwegs sind, erachte ich dies als sinnvoll.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Verkehrsüberwachung, fließend)

Ausweisung des Grünstreifens Hegelallee als Radweg (P-78)

Autofahrern, die den Grünstreifen Hegelallee kreuzen, übersehen die Radfahrer auf dem Weg des Grünstreifens der Hegelallee häufig. Mein Vorschlag ist daher die Ausstellung von Verkehrsschildern, die den Radfahrern Vorfahrt einräumt.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Einsparung Grünflächenpflege (P-79)

Zur Realisierung unterschiedlicher Vorschläge zu Potsdamer Radwegen (bspw. Ausschilderung Grünstreifen Hegelallee) könnte bei der Grünflächenpflege gespart werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Erwerb der Grundstücke für den Weg am Griebnitzsee (P-8)

Der Wanderweg am Rand des Griebnitzsees sollte gekauft werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Mehr Parkplätze für Menschen mit Behinderungen (Am Neuen Garten) (P-80)

Da ich im April 2009 mit meinem Auto zur Hälfte auf einem Taxihalteplatz stand, musste ich 15€ Strafgebühr bezahlen. Dieses finde ich in Potsdam für behindertenunfreundlich. Dort sind mehrere Taxihaltestände und selten ist eins vor Ort. Mein Vorschlag ist es, z.B. am Taxihalteplatz am Neuen Garten, mehr Behindertenparkplätze einzurichten und die Taxiplätze zu reduzieren. Gerade bei schönem Wetter ist es für Menschen mit Behinderungen, besonders schwer einen Autoparkplatz zu finden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Bürgersteige für Rollstuhlfahrer befahrbar machen (P-81)

Viele Bürgersteige in Potsdam sind für Rollstuhlfahrer unbefahrbar. Gerade über solche Probleme sollte im Bürgerhaushalt mal diskutiert werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Öffentliche Weg am Groß Glienicker- und Griebnitzsee freihalten (P-82)

Ich plädiere für die Weiterführung der Planungen und Druchsetzung (mit Anwohnern) zur öffentlichen Freihaltung der Uferwege Griebnitzsee und Groß-Glienicker-See

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Ordnungsamt: Priorität auf Kontrolle der Sauberkeit (P-84)

Meiner Meinung nach sollte der Ordnungsamtsaußendienst prioritär Kontrollen bei Hundekotverschmutzern und Zigarettkippenwegwerfern kontrollieren. Auf diesem Weg sind Mehreinnahmen zu erzielen. Es sollte nicht nur der Fokus auf der Abkassierung von "Parksündern" liegen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Busline 693 nach alter Linienführung (P-85)

Die Busline 693 sollte meines Erachtens nach alter Linienführung fahren (über STEP, ehemaliges Finanzamt, Möbelhäuser) und nicht über die Erich-Weinert-Str. Dort befindet sich eine Anwohnerstraße, ein Wohngebiet mit 30er-Zone, eine Schule und häufig parkende Autos. Die alte Linienführung würde die Verkehrssicherheit dort erhöhen und weniger Unfallgefahren bzw. Staus verursachen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Zusammenlegung der Bushaltestellen "Am Fenn" und "Drewitzer Straße/Erich-Weinert-Str" (P-86)

Die Zusammenlegung der Bushaltestellen "Am Fenn" und "Drewitzer Straße/Erich-Weinert-Str." wäre aus meiner Sicht zu befürworten. Eine Haltestelle in der Mitte wäre ausreichend, da die beiden sehr nach bei einander liegen. Dies würde eine Erhöhung der Pünktlichkeit der Buslinie mitsichbringen und Staus an der Kreuzung Drewitzer Straße / Erich-Weinert-Str. verhindern. Dies tritt häufig ein, wenn der Bus aus der E-Weinert-Str. in die Drewitzer Straße einbiegt. Weiterhin könnte durch die Zusammenlegung eine Kostenersparnis erzeugt werden.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Gehwege in der Nähe von Ärzten verbessern (P-87)

Wer mit Augen sieht, erkennt was zu verbessern wäre. Das gilt in Kliniken und Praxen. Dort besteht auf alle Fälle Handlungsbedarf. Schauen Sie sich doch zBsp das Oberlingelände an. Dort sind die Wege in einem schlechten Zustand, obwohl dort Menschen mit Beschwerden tagtäglich ein und ausgehen. Dies sollte verbessert werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Mehr Niederfuhrbahnen einsetzen (P-89)

Die alten Straßenbahnen sind teilweise zu eng bzw. die Stufen sind zu hoch, sodass körperlich beeinträchtigte Menschen (Rollstuhlfahrer) sowie Mütter mit Kinderwagen keine Chancen haben, in die Bahnen einzusteigen. Alle hohen Bahnen sollten aus diesem Grund schrittweise abgeschafft werden, da dort die Unfallrate sehr hoch ist und es vielen Menschen erschwert wird, in die Bahnen einzusteigen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Erhalt der Oase, Datscha (P-9)

Das Haus Oase, Datscha am Eingang des Babelsberger Parks soll für die Jugend erhalten werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Einsparungen bei der Musikschule und bei Begegnungsstätten für Senioren (P-91)

Um Vorschläge wie den Erhalt des Kulturzentrums am Luisenplatz und eine verbesserte Suchtprävention zu realisieren, sollten die Ausgaben für die Musikschule "J.S.Bach", sowie für Begegnungsstätten für Senioren reduziert werden.

Beteiligungsgegenstand: Musikschule

Erhöhung des Etats des Ortsbeirats Golm (P-92)

Aufgrund besonderer Erfordernisse der Struktur des Orts sollte der Etats des Ortsbeirats erhöht werden. Faktoren, die dafür sprechen sind: Wissenschaftspark, Uni Potsdam, viele Zuzüge. Es ist derzeit kein Gemeinschaftsraum vorhanden. Vorhandene Initiativen (Sportvereine, Feuerwehr, Ortsteilszeitung, Seniorenarbeit) können nur sehr bedingt eigene Einnahmen erwirtschaften und sind auf Zuwendungen angewiesen, um arbeitsfähig bleiben zu können. Eine bessere Unterstützung wäre wichtig für den Zusammenhalt des Ortsteils.

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Erhöhung des Ankaufetats für Medien der Kinder- und Jugendbibliothek um 30% (P-93)

Gründe, die für diesen Vorschlag sprechen sind: - steigende Nutzerzahl, - steigende Geburtsrate, - Zuzüge in Potsdam, - naturgemäß hoher Verschleiß aufgrund der Nutzergruppe, bisherige katastrophale Ausstattung mit Standardwerken und Klassikern der Kinder- und Jugendliteratur. Verglichen mit anderen Städten hat Potsdam hier einen sehr großen Nachholebedarf.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Reduzierung des jährlichen Baumschnittes (P-96)

Zur Realisierung der Vorschläge könnten Einsparungen beim jährlichen Baumschnitt erfolgen. Ein jährlicher Baumschnitt zur Pflege der Straßenbäume ist nicht erforderlich.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Vier-wöchentliche Abfuhr der gelben Säcke und Tonnen (P-97)

Zur Realisierung der Vorschläge könnte die Abfuhr der gelben Tonnen und Säcke reduziert werden. Eine Abfuhr alle vier Wochen ist ausreichend.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Reduzierung der Straßenausbaustandards (P-98)

Ich schlage eine Reduzierung der Straßenausbaustandards in Groß Glienicke vor (z.B. der Straßenbreite).

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Reduzierung der Fraktions- und Gruppenfinanzierung (P-99)

Zur Realisierung von Bürgervorschlägen könnte eine Reduzierung der Fraktions- und Gruppenfinanzierung um jährlich 25 Prozent erfolgen und das zur Verfügung stehende Geld dazu genutzt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Begrünung Charlottenstraße (Pi-1)

Die Charlottenstraße mit ihren Läden, Cafés und Kneipen könnte für Einwohner wie Touristen wesentlich attraktiver gestaltet werden, wenn die bereits vorhandenen leeren Beete (mit Bäumen) bepflanzt würden. Eine angenehmere Atmosphäre im eigentlich schönen, leider aber etwas heruntergekommenen Straßensbild würde sich evtl. wirtschaftlich positiv auswirken -- nicht zuletzt auf Grund der guten Lage neben den wesentlich belebteren Einkaufsstraßen.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Mehr Papierkörbe im Park Babelsberg bitte!!! (Pi-10)

Es ist sicherlich schon allen aufgefallen, dass im Park Babelsberg, einem der schönsten Orte in Potsdam, zuwenige bzw. fast gar keine Papierkörbe hängen. Das Anbringen derselben wäre mir ein großer Wunsch. Es schon die Anlagen und die Ausgaben der Stadt für Mitarbeiter des Grünflächenamtes, die ja sonst damit zu tun haben, den Müll zu beseitigen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Babelsberg: Mobilität für Menschen mit Behinderungen schaffen (Pi-12)

Verbesserung und Sanierung des Gehweges in der Rudolf-Breitscheid Str. (stadteinwärts Höhe Oberlinhaus). Hier wird durch schlechte Gehwege eine uneingeschränkte Fortbewegung für bsw. Rollstuhlfahrer stark eingeschränkt. Unebenheiten des Weges führen zwangsläufig zu einer Gefahrenquelle -auch für Menschen mit Einschränkungen beim Sehen.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Erweiterungsbau Sportplatz Newtonstrasse (Pi-14)

Der Sportfunktionsbau des Sportplatzes Newtonstrasse muss dringend erweitert werden, um den Spiel- u. Trainingsbetrieb der Sportvereine Fortuna Babelsberg und Eintracht 90

Babelsberg gerecht zu werden. Schiedsrichter und Mannschaften müssen zum Duschen über offene Flure laufen, die vorhandenen sanitären Einrichtungen sind unzureichend.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Stärker und besser für Potsdamer Museen werben (Pi-16)

Mein Vorschlag ist ein richtig gutes Museum, was gut erreichbar ist. Nicht wie in der Breite Straße, wo nur der Bus fährt. Sowie auch mal Werbung (z.B. Haltestellen Werbung), um auf neue Attraktion aufmerksam zu machen. Habe mal Museum Werbung anfangs des Jahres in Potsdam sehen. War aber für ein Museum in Berlin. Mehr Werbung für die eigenen Sensationen!

Beteiligungsgegenstand: Naturkundemuseum

Straßenverkehr/Straßenbau (Lange Brücke > Hbf.) (Pi-17)

Ich wünsche mir eine Abflachung der Anfahrt auf die Lange Brücke Richtung Hauptbahnhof. Man braucht schon fast ein Geländewagen, um diese Dauerbaustelle zu durchfahren. Zudem ist durch die Straße kaum Platz für Fußgänger und Radfahrer.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Uferwege im Bereich der langen Brücke (Pi-18)

Das Bemühen der Stadt um die Uferwege an Griebnitzsee und Groß Glienicker See ist begrüßenswert. Aber auch an anderen Stellen besteht Verbesserungsbedarf. Zum Beispiel sollten Uferwege entlang der Havel aus Richtung Zentrum Ost unter Langen Brücke hindurch über die Speicherstadt nach Herrmannswerder für Fußgänger und Radfahrer endlich ausgebaut werden. Das würde vor allem der Sicherheit der Schulwege in diesem Bereich dienen, während sich die Leipziger Straße als Baustelle präsentiert. Weiterhin bietet sich als Kombination dazu ein Rad- und Fußweg vom Leipziger Dreieck nach Potsdam-West entlang der Bahnstrecke an (unter Einbeziehung der Eisenbahnbrücke), der den Radverkehr auf der Langen Brücke und Breiten Straße entlasten würde.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Spielplatzreparatur Mäusefalle Jägerallee (Pi-19)

Der Spielplatz Nähe "Mäusefalle" in der Jägerallee ist dringend reparaturbedürftig. Dies sollte schnellstmöglich realisiert werden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Wiederinstallation einer Rutsche und evtl. eines Wasserspiels (Plantagenplatz) (Pi-2)

Die Rutsche des Spielplatzes Plantagenplatz wurde aus unerfindlichen Gründen entfernt. Es wäre schön, wenn der Platz wieder um dieses Highlight ergänzt werden könnte. Auch eine Wasserspielstrasse oder ein ähnliches Wasserspiel wäre begrüßenswert. Platz für eine Umsetzung ist ausreichend vorhanden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Spielplatz Lennéstr./Zimmerstr. Wiederinstallation einer Rutsche (Pi-20)

Auf dem Spielplatz Lennéstr./Zimmerstr. wurde die Rutsche deinstalliert und leider bisher nicht durch eine neue ersetzt. Dies sollte nachgeholt werden, damit die Kids dort wieder mehr Spielmöglichkeiten haben.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Anwohnerparkausweise Babelsberg (Großbeerenstr.) (Pi-21)

Gerade für die Anwohner gegenüber bzw. in der Nähe des Filmparks Babelsberg und der Metropolis-Halle ist es in der laufenden Saison des Parks bzw. zu Veranstaltungen in der Metropolis-Halle nicht mehr möglich einen Parkplatz zu finden. Besucher sind meist nicht gewillt, die fälligen 3€ für den Parkplatz am Filmpark zu zahlen. Die Bereiche Grünstr., Großbeerenstr. und Ahornstraße sollte in Anwohnerparkplätze umgewandelt werden um den Mietern ein vernünftiges Parken möglich zu machen.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

Nutzung des Bahnhofes Golm zum Ausbau der Infrastruktur (Pi-22)

Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung des Ortsteils Golm mit der Potsdamer Innenstadt und Berlin. Insbesondere die Möglichkeiten, welche der Bahnhof Golm mit der Direktanbindung an die Berliner Bahnhöfe bieten könnte, muss genutzt werden - im Interesse der stetig wachsenden Bevölkerung des Ortsteils und als Grundlage für weitere Unternehmenansiedlungen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Freie Parks für alle (über einmalige jährliche "Parksteuer") (Pi-23)

Ich bin für eine pro Kopfsteuer von 1 bis 2 Euro, die jeder Einwohner von Potsdam einmal jährlich zahlt (jeder von 1 bis 120 Jahren). Dafür stehen in allen Parks allen Potsdamern alle Wege zu Fuß und mit dem Rad zur freien Verfügung. Die gleiche Pauschale ist von Urlaubern zu entrichten. Die Einnahmen werden für die Erhaltung der Wege in den Parks ausgegeben und der eventuelle Überschuss für den Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes in Potsdam genutzt. Gleichzeitig erlösen sie den Bugapark von einem Eintritt so, dass dieser immer und für jeden frei zugänglich ist.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Parkverbot in der Jägerstr. zwischen Gutenbergstraße und Brandenburgerstr. (Pi-25)

Ich glaube, dass das Parkverbot vor der Rückseite des Kaufhauses besser und öfter kontrolliert werden sollte. Die Straße ist sehr oft völlig zugeparkt. Wenn Lieferfahrzeuge in das Kaufhaus wollen, ist es sehr oft nicht möglich und nur mit lauten Hupen, Motor laufen lassen und weiteren starken Geräuschkulissen möglich.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

Lieferverkehr Brandenburgerstraße einschränken (Pi-26)

Ich glaube, dass der Lieferverkehr auf der Brandenburgerstraße besser kontrolliert werden sollte, Lieferfahrzeuge, die auch nach 11.00 Uhr in der Brandenburger Straße ungehindert auf- bzw. abladen, sollten die absolute Ausnahme sein.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

Ordnungswidrigkeiten verstärkter kontrollieren (Pi-27)

Auch zum Fest der Landesregierung (auch dieses konnte man abschaffen) sollte das Ordnungsamt die Falschparker rund ums Krongut zur Kasse beten dürfen !!!!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

Defizit über Lohnpassungen ausgleichen (Pi-28)

Bleibt bei einem Unternehmen die Kasse leer, muß dieser über Löhne sein Defiziet ausgleichen, es wird ja keiner zur Arbeit gezwungen. Dies sollte auch bei der Stadt (zB beim Betreiben von Bürgerhäusern) so sein. Auch sollten Mitarbeiter vorwiegend über Arbeitsvermittlungsgagenturen gesucht werden.

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Verhältnis Sport-Kultur (Pi-29)

Man sollte sich noch einmal genau überlegen, aus welchen Gründen man Sportförderung betreibt (für die es sicherlich zahlreiche gibt). Sollte man (auch) aufgrund eines soziologisch-pädagogischen Effekts den Sport fördern, so wäre aus meiner Sicht eine (finanzielle) Schwerpunktverschiebung zugunsten kultureller Projekte sinnvoll. Nach meiner Erfahrung in beiden Bereichen hat z.B. (man könnte auch vieles andere aufzählen) musikalische Ensemble-Arbeit einen wesentlich höheren Sozialisations-Effekt auf Kinder und Jugendliche als das Ausüben z.B. von Mannschaftssportarten.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Kinderfreundliche Stadt (Pi-31)

Welche Stadt lässt es sonst zu, sich in den Medien familienfreundlich zu propagieren und betreibt keine eigene Kita? Welche Stadt lässt es sonst zu, dass Kinder im Park spielend durch Parkwächter von der Wiese gejagt werden, während Hunde unangeleint umherjagen dürfen? Welche Stadt sonst schickt Jugendamtsmitarbeiter in die Haushalte Neugeborener, indem sie einen Termin als angenommen voraussetzt, und schafft es gleichzeitig nicht, die Jugendamtsmitarbeiter bei Ausfällen adequat zu vertreten (z.B. Koordinatorin der notdienstlichen Betreuung durch Tagesmütter)?

Mein Vorschlag ist die Aufstockung des Etats sämtlicher familienbezogener Bereiche.

Beteiligungsgegenstand: Familienförderung

Tempo 30: Behlertstr. / Am Neuen Garten / Alleestraße-Nedlitzer Straße (Pi-32)

Ich würde eine Tempo 30 Zone in der Zeit von 22:00-06:00 Uhr in dem Straßenverlauf Behlertstraße- Am Neuen Garten- Alleestraße-Nedlitzer Straße vorschlagen. Es würde den Schwerlastverkehr und die Raser eventuell abhalten durch die Stadt zu fahren. Ein Erfolg wäre weniger Lärm,weniger Feinstaub. Die entstehenden Kosten könnten durch Kontrollen leicht wieder zurück geholt werden.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

Strassenbefestigung Schwarzer Weg (Pi-33)

Durch die derzeitige Bodenbeschaffenheit des Schwarzen Weg im Ortsteil Grube bin ich bei Eis und Schnee verbunden mit den vielen Bodenwellen/Loechern am Boden mehrfach

gefallen und hatte mich verletzt. Es ist anzuraten, hier Abhilfe zu schaffen und bis zum nächsten Winter eine Asphaltdecke aufzubringen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Radweg-Übergang über den ehem. Bahnhof (nach Grube / Golm) (Pi-34)

Der schon im letzten Jahr geforderte Radweg-Übergang beim stillgelegten Bahnhof Grube-Wublitzstr. (verbunden mit einem Radweg von Grube nach Bornim bzw. nach Golm Bhf.) wäre wünschenswert.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Veränderte Linienführung der Buslinie 695 (Pi-35)

Seit April wurde die Linienführung der Buslinie 695 geändert. Bisher verkehrte diese Linie an der Haltestelle Jägertor/Justizzentrum, die nunmehr nicht mehr angefahren wird. Um jetzt zum Hauptbahnhof zu gelangen, ist ein Umsteigen mit der Linie 692 am Platz der Einheit notwendig, die nur noch im 20 Minuten-Takt verkehrt. Alternativ kann man ohne Umsteigen nur noch ab Nauener Tor zum Hauptbahnhof gelangen. Nicht nur im Hinblick auf die ältere Bevölkerung sollte die alte Linienführung über das Jägertor wieder aufgenommen werden.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Fußgängerampel bei Abfahrt Humboldtring einrichten (Pi-36)

Durch die Verlagerung der Straßenbahntrasse ist die Überquerung der Abfahrt Humboldtring auf dem neugebauten Geh- und Radweg sehr unübersichtlich. Wie die Strassenbahn sollte auch der Geh- und Radweg eine Ampel zu sicheren Überquerung erhalten.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Gartenstadt Drewitz (Pi-37)

Als ich heute in der MAZ den Artikel über die Umgestaltung der K.-Wolff-Allee in Drewitz laß, war ich einfach geschockt. Ist den Gestaltern od. den Erfinder dieser ach so...

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Stadtweit mehr Abfallbehälter aufstellen (Pi-38)

Es sollten stadtweit mehr Abfallbehälter aufgestellt werden!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Ausbesserung und Vervollständigung des Radwegenetzes (Pi-39)

Eine Ausbesserung und Vervollständigung des Radwegenetzes bringt Entlastung des Autoverkehrsaufkommens !

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Fußwegerneuerung Friedrich-Engels-Straße (Pi-4)

Fußwegerneuerung Friedrich-Engels-Straße

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Perspektive für alte REWE-Kaufhalle (Schlaatz) (Pi-40)

Als Bewohnerin am Schlaatz würde es mich nun doch nach über einem Jahr sehr interessieren: Was wird nun ENDLICH mit der nicht mehr (von REWE) genutzten Kaufhalle am Marktplatz? Hauptsache REWE konnte die neue Halle am Horstweg bauen und ach so prunkvoll eröffnen... Aber wie kann es sein, dass von REWE gemachte Zusagen bzw. Verträge nicht mehr eingehalten werden und unser Stadtoberhaupt bzw. die zuständige Behörde keine Schritte, auch rechtliche, unternimmt?!!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Verschönerung des Wohnbereiches Ecke Bisamkiez 24 (Pi-42)

Im letzten Jahr wurde zu meinem Bedauern die großen Pappeln schräg gegenüber meines Wohnhauses (Bisamkiez 24) entfernt. Diese Pappeln standen hier, seit ich hier wohne - (Nov. 1988). Nun hieß es, die Pappeln standen zu nah an der Straße und die herunterfallenden Äste beschädigten die Autos. Denkt man denn nur an die Autofahrer? Bäume haben ja auch noch einen anderen Zweck. Nun schweift der Blick auf unschöne Müllcontainer die sonst immer von den Pappeln verdeckt waren. Warum wurden nicht neue Bäume gepflanzt? Z.B. Birken oder Kastanienbäume. Ich bitte darum, dass nachgedacht wird endlich neue Bäume an dieser unschönen Stelle zu pflanzen. Ich denke auch, dass viele Anwohner hier, dies begrüßen würden.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Ausbesserung und Vervollständigung des Radwegenetzes (Pi-44)

Eine Ausbesserung und Vervollständigung des Radwegenetzes bringt Entlastung des Autoverkehrsaufkommens !

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Errichtung eines Kinderspielplatzes (Marquardt) (Pi-46)

Potsdam-Marquardt wächst immer mehr und auch viele junge Familien mit kleinen Kindern ziehen nach Marquardt. Leider gibt es in Marquardt keinen öffentlichen Spielplatz, wo die Kinder am Nachmittag oder am Wochenende spielen können. Mein Vorschlag wäre die Errichtung eines Kinderspielplatzes für die Altersgruppe 1 bis 6 Jahre.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Sanierung Bahnhof Marquardt (Pi-47)

Es ist nicht möglich, den Bahnhof Marquardt mit einem Kinderwagen zu passieren. Weder, dass man den Kinderwagen ohne Hilfe in den Zug bzw. aus dem Zug bekommt, noch ist es möglich den schweren Kinderwagen über die Gleisen die Treppe hoch und wieder runter zu transportieren. Zumal das auch sehr gefährlich für Elternteil und Kind ist, da die Treppen sehr steil sind. Ich bitte darum, den Bahnhof in Marquardt Rollstuhl- und Kinderwagengerecht umzugestalten.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Grundsteuer zu einer wertbezogenen Grundvermögenssteuer ausbauen (Pi-48)

Seit es Städte gibt, haben sich die Bürger zuerst mit der Einnahmeseite und dann erst mit Investitionen und der Ausgabenseite beschäftigt. Im sozialistischen Wolkenkuckuksheim gehen die Uhren natürlich anders. Trotzdem machen Immobilienbesitzer leistungslose und steuerfreie Gewinne, weil aus den Gemeinden keine sinnvollen Vorschläge kommen, wie man z.B. die Grundsteuer zu einer richtigen wertbezogenen Grundvermögenssteuer ausbauen könnte.

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Fahrstühle am Bahnhof Charlottenhof (Pi-49)

Der Bahnhof Charlottenhof in Potsdam West wird täglich von sehr vielen Menschen benutzt, darunter viele ältere Menschen, Reisende mit großem Gepäck, Reisende mit Kinderwagen, Reisende mit Fahrrädern, denen es sehr entgegen käme, wenn es dort Fahrstühle gäbe. Rollstuhlfahrer haben keine Chance, ohne Hilfe diesen Bahnhof zu nutzen. Außen an beiden Seiten wäre Platz genug, je Fahrtrichtung einen solchen Fahrstuhl anzubauen. Irgendwann war wohl schon mal jeder in der Lage, dass er sich einen solchen Service sehnlichst gewünscht hätte.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Instandhaltung Spielplätze stärker fördern! (Pi-51)

Potsdam verfügt über eine Vielzahl von städtischen Spielplätzen. Der Anblick einiger Spielplätze ist besorgniserregend und traurig. So finden sich neben Verunreinigungen von Mensch und Tier, Abfälle und vereinzelt auch Gefahrgut in den Anlagen (insbesondere in Babelsberg). Daher wäre mein Vorschlag für die Instandhaltung (Pflege, Säuberung, Reparatur) der Anlagen mehr Geld in die Hand zu nehmen.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Erhöhung von Steuern und Gebühren (Pi-52)

Wie andere Kommunen auch, ist Potsdam Haushaltstechnisch klamm. Daher wäre mein Vorschlag bei verschiedenen Steuern bzw. Gebühren die derzeitigen Sätze zu überdenken. Als Beispiel: Erhöhung der Steuern für Hundehalter, Erhöhung der Gebühren für Hundekot, Erhöhung der Gebühren für Wildpinkler, Erhöhung der Steuern für Gewerbetreibende, Erhöhung der Gebühren für Flaschparker, Erhöhung der Gebühren für Abladen von Müll im öffentlichen Raum.

Beteiligungsgegenstand: Gemeindesteuern

Ausbau / Verbesserung des innerstädtischen ÖPNV (Pi-53)

Um von einem Ende der Stadt ans andere zu gelangen benötigt man in Potsdam länger als mit der S-Bahn vom Hauptbahnhof zur Friedrichstraße. Das ist unattraktiv. Dies sollte sich dringend verbessern. Mein Vorschlag wäre daher, dass neue Buslinien, verbesserte Gesamtlinien, Querverbindungen zwischen Haltstellen neu geschaffen und X-Press-Linien in Betrieb genommen werden. Gerade wenn man mit Straßenbahnen in Potsdam unterwegs ist, fallen einem die langen Fahrtzeiten von einem Ziel zum anderen auf. So dauert beispielsweise die Fahrt von der Fontanestrasse zum Schloß Charlottenhof ganze 22 Minuten, die Strecke vom Bhf. Rehbrücke nach Bhf. Prischheide 28 Minuten und die Strecke vom Krchsteigfeld zur Kirschalle gar 36 Minuten. Durch Schaffung von Querverbindungen mit dem Bus im 10 Minuten Takt, z.B. Potsdam Hauptbahnhof - Bhf. Rehbrücke, Bhf.

Medienstadt Babelsberg - Potsdam Hauptbahnhof, könnten schnellere Wege erzielt werden. Auch die Veränderung der Taktzeiten zugunsten einer Schaffung von X-Press Linien wäre zu überlegen. So könnte z.B. auf der vielbefahrenen Hauptroute der Linien 92, 96 eine sinnvolle X-Press Linie die wirklich nur an wichtigen Haltestellen hält geschaffen werden., um die Fahrzeiten zu verringern. Gleiches könnte für eine X-Press Line vom Hauptbahnhof POTSDAM zum Bhf. Pirschheide gelten.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Entsorgung: Müllbehälter im öffentlichen Raum häufiger leeren (Pi-54)

An fast jeder Ecke sieht man, besonders an den Hauptpunkten, wo auch mir die Verunreinigung bzw. die nicht Leerung besonders aufgefallen ist, dass die Müllbehälter teilweise überquillen. Besonders an den Wochenenden z.B. am Hauptbahnhof Potsdam, am Bahnhof Rehbrücke, am Platz der Einheit. Daher wäre mein Vorschlag die turnusmäßige Reinigung bzw. Entsorgung des Mülls zu verdichten, um eine schnellere und optisch bessere Lösung zu finden. Gerade an den o.g. Punkten ist eine hohe Fluktuation durch Potsdamer und Besucher gegeben.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Ordnungsamt: Hunde anleinen und den Dreck wegmachen (Pi-56)

In der Potsdamer Innenstadt fällt jedem sofort auf, dass überall - sogar mitten in der Fußgängerzone - Hundedreck rumliegt. Zusätzlich halte ich es für äußerst gefährlich, dass die meisten Hunde unangeleinhrt rumlaufen und unangeleinhrt vor Supermärkten auf ihre Besitzer warten! Bisher habe ich noch nie Kontrolleure vom Ordnungsamt gesehen. Hierbei sollte immer dran gedacht werden, wieviele Kinder in der Stadt leben und sich auch bewegen wollen!

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Unschöne Plattenbauschulen und -kitas aufbessern (Pi-57)

Jeden Tag wenn ich Feierabend habe, laufe ich am Kindergarten "Sternchen" am Stern vorbei. Dieser hatte vor Jahren mal durch Graffitikünstler ein tolles Fassadenbild bekommen. Leider ist dieses schon alt, ausgebleichen und blättert ab. Da kam mir die Idee. Die LHP ist in den nächsten Jahren dabei, alle Kitas und Schulen zu sanieren. Zumindestens die notwendigsten Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Dabei gibt es Plattenbauschulen und -kitas bei denen der Sanierungstermin feststeht. Wenn nun bei diesen Sanierungen die Außenfassade komplett neu gemacht wird, dann könnte man doch, bis es soweit ist, die jugendlichen Graffitikünstler der Stadt an die Fassaden lassen. Hierbei ist natürlich nicht gemeint, dass Graffiti in Form der Sachbeschädigung erlaubt wird. Viel eher stelle ich mir vor, dass ein Kindergarten z.B., der erst im Jahre 2013 saniert werden soll, eine bis dahin frische Fassade erhält durch Graffitikünstler der Stadt. Man könnte einen Graffitiwettbewerb starten, die Schulen und Kindergärten dran beteiligen. Die beste Entwurfsskizze, darf dann von dem jeweiligen Künstler an die Wand des Kindergarten/ Schule gesprüht werden. Dies könnte man stadtteilbezogen oder stadtweit organisieren. Dabei könnten die Kinder und Einrichtungsleiter beteiligt werden, in dem sie das Gewinnermotiv küren. Beispiel anhand der Kita "Sternchen": Die Kita / Stadt veröffentlicht in der Zeitung eine Annonce, dass es einen Graffitiwettbewerb für die Außenfassade der Kita Sternchen gibt. In der Annonce können gleich Themen oder Inhalte vorgegeben werden. Desweiteren wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Gewinner nur das Gewinnerbild an der Fassade anbringen darf. Die Künstler schicken daraufhin eine Entwurfsskizze an die Kita/Stadt. Die Kita/Stadt kürt einen Gewinner. Dieser wird benachrichtigt und erhält dann die Möglichkeit, sein Gewinnerbild an

*die Fassade der Kita zu bringen. Kosten: Aufrufe zum Wettbewerb (Zeitung/Internet/o.ä.)
Sprühdosen für den Maler (vielleicht als Preis?) aber dazu kann ich auch sagen, viele Maler
sind/wären froh wenn sie einfach eine große Fläche zum malen kriegen und sie sich dann
vollkommen ihrem bild widmen können. Ich kenne welche die bereit wären, ihre eigenen
Sprühdosen dafür zu verwenden. Aber dies sollte vorher geklärt werden. Und dann wenn die
Schule irgendwann saniert wird, ist das Graffiti wieder weg aber die Kinder und der Kiez
hatten zwei Jahre lang einen schöneren Anblick als jetzt.*

Beteiligungsgegenstand: Kindertagesstätten

Hundekotstrafen einführen! (Pi-58)

*Die Stadt ist teilweise mit Hundedreck geradezu zugepflastert, da es die Hundebesitzer
offenbar nicht für nötig halten, das Geschäft ihrer Haustiere wegzuräumen. In Deutschland
besteht zwar in vielen Städten die Pflicht, den Hundedreck zu beseitigen, aber alleine die
Pflicht scheint wohl keiner wirklich ernst zu nehmen. Es sollten hohe Geldstrafen für die
Nichtbeseitigung verhängt und Mitarbeiter des Ordnungsamtes für die Kontrolle bereitgestellt
werden.*

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Kennzeichnung Vorfahrtsregelung (Lindenstr. / Hegelallee) (Pi-59)

*Es gibt unterschiedliche Ansichten zur Vorfahrtsregelung, wenn die Wege von aus der
Hegelallee abbiegenden Kraftfahrzeugen und Wege der auf der Hegelallee (ehem.
Stadtmauer) fahrenden Radfahrer sich kreuzen. Hier fehlt eine eindeutige Kennzeichnung.*

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Schallschutz an der Nuthe (Pi-6)

*Schallschutz an der Nuthe entlang der Bahnschienen (auf Höhe Liststraße bzw. Fr.-Engels-
Str.) sollten Schallschutzmaßnahmen ergriffen werden. In der Region in und an der Nuthe
leben viele schützenswerte Tiere, die durch den Zug- und S-Bahnlärm gestört werden.
Natürlich würden auch die Anwohner beider Straßen oder die Pächter der anliegenden
Gartensparte davon profitieren.*

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Mehr Kontrolle von Falschparkern und Verkehrssündern (Pi-60)

*In Alt Drewitz (Ecke Sternstraße / Neuendorfer Str.) parken regelmäßig Autos im absoluten
Parkverbot. Selbst vor der Feuerwehrausfahrt stehen häufig Autos. Hier sollte auch mal an
Wochenenden kontrolliert werden. Desweiteren wird die Brandenburger Straße häufig von
Autos gequert, die dazu nicht berechtigt sind. Hier ließen sich Arbeitsplätze im Ordnungsamt
schaffen bzw. die Kontrolle an Fremdfirmen übergeben.*

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnungsamt, Falschparken)

Lärmschutz Bahngleise Marquardt (Pi-61)

*Leider mussten wir nach unserem Umzug nach Marquardt feststellen, dass die Züge sehr laut
zu hören sind. Gerade in den Abend- und Morgenstunden kann man stündlich bis zu 6
Güterzüge hören und zwar so laut, dass ich sogar mein weinendes Kind über morgens den
Wecker nicht mehr hören kann. Mein Vorschlag ist die Errichtung einer Lärmschutzwand*

entlang der Gleisen und des Bahnhofes in Marquardt in Zusammenhang mit der bereits vorgeschlagenen Sanierung des Bahnhofs.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Regenwasserentsorgung (Marquardt) (Pi-62)

Bei starken Regenfällen werden die Wassermassen zum Ortsausgang (Driftweg / Hauptstraße, Nähe Landgaststätte - Richtung Potsdam) auf Privatgrundstücke geleitet. Es handelt sich um die Grundstücke zwischen Driftweg und der Ortsausgangsstraße. Mein Vorschlag wäre, den Straßenbordstein anzuheben und das Regenwasser sowie die Schneeschnelze in den bestehenden Wassergraben zu leiten.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Schaffung von weiterführenden Schulen in Bornstedt (Pi-63)

Bornstedt und Bornim sind ein starkes Zuzugsgebiet und wie sich heute schon zeigt ist die Grundschulversorgung völlig unzureichend (Karl-Förster-Schule). Jedoch tut sich schon das nächste Problem auf. Es gibt in Bornstedt keine weiterführenden Schulen (Gymnasium/ Gesamtschule) und auch die innerstädtischen weiterführenden Schulen sind vollkommen überlastet. Hier besteht dringender Handlungsbedarf seitens der Stadt.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Schulen)

Ein Radweg zwischen Fahrland und Satzkorn (Pi-64)

Die Verkehrssituation zwischen Fahrland und Satzkorn ist für Radfahrer risikoreich, insbesondere Kinder aus Satzkorn, die die Schule in Fahrland besuchen, sind gefährdet. Es wird daher dringend ein Radweg zwischen Fahrland und Satzkorn benötigt, der möglichst eine Anbindung bis zur Fahrländer Grundschule gewährleisten sollte.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Bau eines kombinierten Spaß- und Freibades (Pi-66)

Erweiterung des geplanten Sportbades um Freizeitelemente und gleichzeitige Fertigstellung des Außenbereiches. Das Marienbad in Brandenburg stellt ein gutes Vorbild dar, kompakt, 25m-Bahn, 50m-Bahn mit Schiebedach(!), Rutschen, Sprungturm, Außengelände u.v.m.

Beteiligungsgegenstand: Sportförderung

Anbindung an das ICE-Netz (Pi-68)

Potsdam ist ja leider nicht an das ICE-Netz angebunden und es fahren auch nicht wirklich ICs. Es wäre doch eine Möglichkeit einen Expressbus zwischen Spandau und Potsdam einzusetzen, der zusätzlich zu der normalen stündlichen Verbindung fährt. Auf diesem Weg wären auch die Touristen aus der Innenstadt/Hotels ideal verbunden und müssten nicht noch einmal extra umsteigen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Aktivspielplatz für Potsdam - West (Pi-69)

Der einzige pädagogisch betreute Spielplatz in Potsdam ist derzeit der Abenteuerspielplatz "Blauer Daumen" am Stern. Dieser Spielplatz ist für Kinder und Jugendliche aus dem Westen Potsdams nur schwer zu erreichen. Deshalb ist eine solche Einrichtung auch für Potsdam-West wünschenswert. Dieser Stadtteil erlebt seit einigen Jahren einen ungebremsst starken Zuwachs von Familien mit Kindern. Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung sind wohnortnah jedoch nur begrenzt vorhanden. Das starke bürgerschaftliche Engagement in Potsdam-West würde den Betrieb eines solchen Spielplatzes erleichtern.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Ausgabenbegrenzung durch allgemeines Tempolimit (Potsdamer Straße) (Pi-7)

Potsdam ist durch seine Lage starken Verkehrsbelastungen ausgesetzt, die sowohl zu erheblichen Kosten für die Instandhaltung der Straßen, als auch zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität der Bürger durch Lärm- und Feinstaubbelastung führen. Durch eine Beschränkung der Geschwindigkeit im Stadtgebiet, insbesondere auf den Durchgangs- und Ausfallstraßen, auf Tempo 30 und eine gleichzeitig konsequente Überwachung könnte Potsdam auf einfache Weise einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gleichzeitig könnten die Kosten für Straßeninstandhaltungen wegen der geringeren Belastung gesenkt werden und Einnahmen aus der Geschwindigkeitsüberwachung erzielt werden

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Verkehrsüberwachung, fließend)

Jugendfarm / Kleintierzoo für Potsdam (Pi-70)

Es wäre schön, darüber nachzudenken, ob man in Potsdam eine Jugendfarm einrichten kann. Das gibts in vielen anderen Städten auch (Berlin, Cottbus, Dresden...). Wir haben nicht mal einen Kleintierzoo.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Babelsberg: Schutz der Nachtruhe (Pi-8)

Die Großbeerenstr. in Babelsberg sollte zwischen 22.00 und 6.00 Uhr Lkw-freie-Zone werden, bzw. ein Nachtdurchfahrverbot zu erreichen sein. Die menschen werden schon genug am Tage durch die vielen Baufahrzeuge besonders in Höhe des Filmparks genervt. In den letzten zwei Jahren spielt sich auch nachts ein verstärktes Lkwaufkommen in dieser Straße ab.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Ordnung/Sicherheit)

STRASSENBAHNEN sollten mindestens bis 1 UHR NACHTS FAHREN (Pi-9)

23 Uhr fahren ist ein unbestrittenes Manko! Auch in der Woche ist das unverträglich. Die Straßenbahnen sollten in der Woche bis 1 Uhr und am Wochenende bis 2 oder 3 nachts zumindest im halbstündlichen Abständen fahren. Alles andere ist dem Status einer Landeshauptstadt nicht würdig. Damit werden die Umwelt und die Gesundheit vieler Menschen geschont. Auch der Service gegenüber Touristen ist so allemal attraktiver.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Grünanlagen besser pflegen / fragwürdige Baumfällungen vermeiden (PR-1)

Ich bin dafür, sinnvolle, sparsame und auch fachkundige Baumpflege zu betreiben. Dabei sollten fragwürdige Baumfällungen vermieden werden. Als Beispiel möchte folgende Orte aufführen: Kastanie am Uferweg am Kanusteg (P-West) und 3er Gruppe am Uferweg Kiewitt. Ebenso betrifft mein Vorschlag fragwürdige „Sichtbeziehungen“ an der Moschee bzw. Weidenbüsche am Ufer.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Sauberkeit Zeppelinstraße (Alte Tankstelle) (PR-13)

In der Zeppelinstraße (Nähe alte Tankstelle / Stormstraße) befindet sich eine Freifläche die zusehendst verdreckt. Ich finde diese Fläche sollte häufiger gesäubert werden, um das Stadtbild zu erhalten. Diese Problematik gilt es nicht nur an diesem Ort, sondern in der gesamten Stadt zu verbessern.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Sauberkeit)

Öffentlicher Nahverkehr zwischen Potsdam und Teltow (PR-14)

Meines Erachtens sollte der ÖPNV (Buslinien) zwischen Potsdam und Teltow stärker ausgebaut werden. Insbesondere abends und nachts fahren dort keine öffentlichen Busse. Dies ist jedoch aufgrund der vielen Potsdamer Arbeitnehmern in Teltow notwendig, da viele dort im Schichtbetrieb arbeiten und ansonsten aufs Auto angewiesen wären.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Buslinie 690 / 601 nicht über Wetzlarer Straße fahren lassen (PR-16)

Neuerdings fahren (aber schon vor dem 1. April 2010) fahren die genannten Buslinien über Wetzlarer Straße. Für Bürger die direkt zur Neuendorfer Straße wollen, stellt diese Linienführung einen enormen Umweg dar und dieser dauert auch noch ca. 10 Minuten länger. Die alte Fahrweise wäre eine Verbesserung für viele Nutzer und würde aufgrund des geringeren Weges und der wegfallenden Haltestellen auch noch Kosten einsparen.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Geh- und Radweg am Schafsgraben ausbessern (PR-17)

Der Geh- und Radweg am Schafsgraben sollte schnellstmöglich ausgebessert werden. Dieser relativ kleine Abschnitt ist nach Bauarbeiten sehr schlecht geworden. Es befinden sich dort viele geflickte Stücke. Hier sollte eine neue Schicht aufgetragen werden, sodass Fahrradfahrer und Fußgänger den Abschnitt wieder besser nutzen können.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Luisenplatz: Markierung für Radfahrer (PR-18)

Am Luisenplatz gibt es Markierungen / Pflasterungen für Radfahrer. Diese hören am Ende des Zeppelinstr. jedoch auf. Insbesondere am Übergang zum Brandenburger Tor (neben der Sparkasse) und auf dem Luisenplatz selbst sollten deutlichere Markierungen geschaffen werden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Sensibilisierung der Fahrer des Öffentlichen Nahverkehrs (PR-3)

Mir fällt immer häufiger auf, dass die Fahrer der ViP ein aggressives Fahrverhalten an den Tag legen. So fallen mir bspw. folgende Orte ein, wo Fahrrad- und Autofahrer von nahenden Bussen und Bahnen bedrängt werden: Alt Nowawes (Tram Rudolf-Breitscheid-Str.), Ampel Breite Straße / Zeppelinstr. (betrifft bspw. Linksabbiegerspur von Luisenplatz kommend, hier wird das ganze auch noch durch eine sehr kurze Ampelphase für Fußgänger erschwert). Besonders Busse drängeln häufig sehr. Gegen dieses Problem sollte durch ständige Sensibilisierungstrainings der Fahrer vorgegangen werden.

Beteiligungsgegenstand: ÖPNV

Mehr Erholungs- und Grünflächen in Potsdam (PR-4)

Ich befürworte die Einrichtung von mehr Grün- und Erholungsflächen in Potsdam. Durch die Stiftung gibt es zwar bereits viele Parks und Wiesen, diese dürfen jedoch nur eingeschränkt benutzt werden. Sollte es zukünftig auch noch zu einem pflichtigen Parkeintritt kommen, bestünde für Potsdamer kaum noch die Möglichkeit grüne Erholungsflächen zu nutzen. Dem sollte die Stadt entgegen wirken und dafür Sorge tragen, dass von der Stiftung unabhängige Flächen zur Verfügung gestellt werden. So sollte meines Erachtens auch in der neu entstehenden Handelsfläche in der Zeppelinstraße (Nähe Kastanienallee) auch an solche Bereiche gedacht werden. Bitte nicht alles zu betonieren...

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Einführung eines Ehrenamtstags (PR-5)

Ich plädiere dafür, dass in den Stadtteilen Initiativen unterstützt werden, die ehrenamtliche Tätigkeiten organisieren. Dabei finde ich die Arbeit, die in Potsdam geleistet wird und wurde besonders nennenswert. Dies sollte ein Beispiel für ganz Potsdam sein. Besonders nützlich finde ich Tage, an denen Anwohner gemeinsam Neues schaffen. Das führt zu Zusammenhalt und sollte durch die Stadt stärker gefördert werden!

Beteiligungsgegenstand: Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Fahrradweg Breite Straße (Zeppelinstr. bis Marktcenter) beidseitig (PR-6)

Ich unterstütze einen beidseitigen Fahrradweg von der Zeppelinstr. (Ecke Breite Straße) bis zum Marktcenter. Hier sollte eine Markierung vorgenommen werden, die es Fahrradfahrern ermöglicht in beide Richtungen zu fahren. Bisher muss das Fahrrad von der Ampel bis zum Center geschoben werden, da man sonst durch die Polizei angehalten wird.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Kombinationslösungen von Geh- und Radwegen stärken (P-West) (PR-7)

In der Hans-Sachs-Straße wird es beispielsweise besonders deutlich. Hier gibt es eine äußerst holprige Straße auf der Radfahrer kaum vorwärts kommen. Jedoch ist der Gehweg sehr breit. Ich befürworte, dass an solchen Stellen eine Kombination auf Geh- und Radweg offiziell ermöglicht wird, denn ich finde es ziemlich ärgerlich, wenn man durch die Polizei angehalten und abkassiert wird. Das ist meines Erachtens nicht notwendig.

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Bepflanzungen am Platz der Einheit (hinter SLB) einsparen (PR-8)

Ich finde, dass die Bepflanzungen zwischen Sparkasse und Stadt- und Landesbibliothek eingespart werden können. Erstens werden dort demnächst durch die Umbauarbeiten an der Bibliothek eh Dreck und Bauschmutz regieren und zweitens ist der Rhythmus mit dem die Bepflanzungen vorgenommen werden viel zu eng. Ein Wechsel des Stadtgrüns würde, wie ich finde, 2x jährlich vollkommen ausreichend sein.

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer (Brandenburger bis Peter&Paul) (PR-9)

An benannter Stelle sollte eine Aufhebung der Einbahnstraßenregelung vorgenommen werden, da ansonsten ein großer Umweg in Kauf genommen werden muss. Für die Fahrradfreundlichkeit der Innenstadt wäre dies ein richtiges und längst überfälliges Zeichen.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Familie Grün ansehnlicher umzäunen (T-1)

Die Familie Grün in der Brandenburger Straße wird derzeit restauriert. Der Bauzaun rund um die Figuren sieht aktuell äußerst schlimm aus. Könnte man diesen nicht mit einem freundlicheren versehen, der die Baustelle nicht aussehen lässt wie ein mit Absperrband markierten Unfallort...

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Apotheke für Fahrland (T-2)

Gegenüber von des Rewe/Nahkauf-Supermarkts (Nähe Ortseingang Fahrland) sollte zukünftig ein Gewerbehaus gebaut werden. Die Planungen finden schon statt. Hier sollte die Stadt Potsdam dahingehend fördern, dass hier auch eine Apotheke integriert wird. In der Potsdamer Innenstadt wimmelt es nur so von Apotheken, aber in der Randgebieten sind diese Filialen Mangelware.

Beteiligungsgegenstand: Gesundheitsschutz/-förderung

Kreuzung Ketzinerstr./Triftweg/Kienhorststraße: Kreisverkehr + neuer Belag (T-3)

An genannter Stelle sollte eines direkt nach dem Ortseingang NeuFahrland erneuert werden. Hier gibt es derzeit Kopfsteinpflaster. Weiter wäre es sinnvoll dort zur verkehrlichen Entlastung einen Kreisverkehr zu errichten.

Beteiligungsgegenstand: kein BG (Straße)

Trampelpfad „Regenbogenschule“ befestigen (T-4)

In der Nähe der Gartenstraße direkt nordöstlich von der „Regenbogenschule“ verläuft ein Trampelpfad direkt übers Feld. Dort sollte meines Erachtens ein Gehweg eingerichtet werden, der am Feld entlang führt. Eine Befestigung des Weges ist uU gar nicht notwendig. Hier sollte mit dem Eigentümer des Landes in Kontakt getreten werden, um Lösungen zu finden.

Beteiligungsgegenstand: Geh-und Radwege

Döberitzer Straße / Gartenstraße – Alternativen für LKW-Parker (T-5)

In der Döberitzer Straße / Gartenstraße parken häufig große LKW und verstellen damit die Straße. Das Parken dieser LKWs sollte an diesen Stellen verboten werden und dafür alternative Möglichkeiten geschaffen werden, dass auch diese großen Wagen parken können...

Beteiligungsgegenstand: Geh- und Radwege

Verwaltung nicht kaputt sparen (T-6)

Ich habe selbst lange in Zeit der öffentlichen Verwaltung gearbeitet. Nun ist es so, dass ständig nach der Verkleinerung des Personals im öffentlichen Dienst gerufen wird. Das finde ich im Grunde auch richtig, jedoch sollte bei allen technischen Neuerungen, die ein effektives und schnelleres Arbeiten ermöglichen, auch darauf geachtet werden, dass weiterhin ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Es hilft nichts einerseits zu schimpfen, dass die Verwaltung ja "ach so langsam" arbeite und andererseits zu fordern, dass mehr und mehr Stellen gestrichen oder nicht neu besetzt werden...

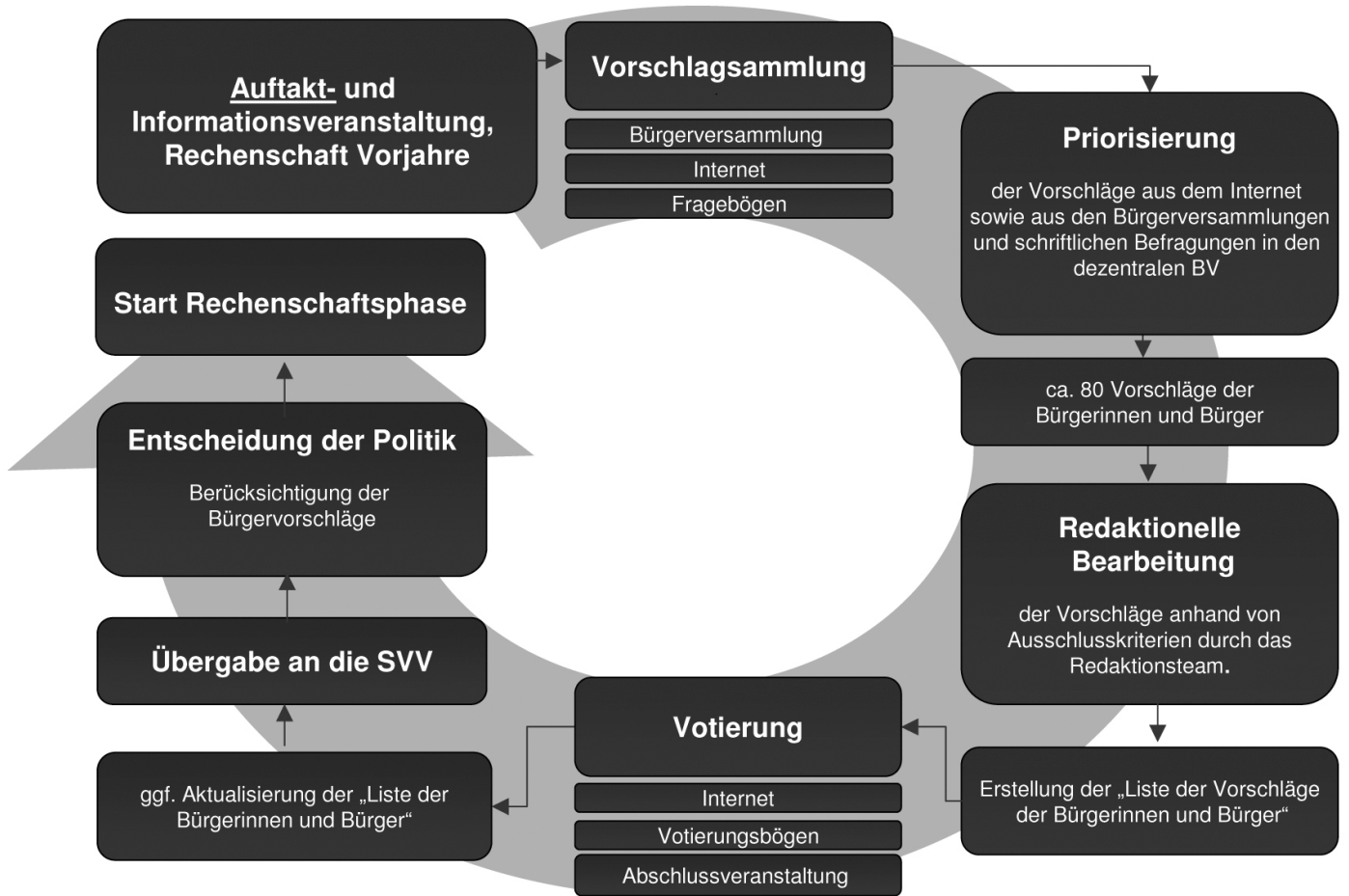
Beteiligungsgegenstand: kein BG (sonstige)

Stadtkanal pflegen! (T-7)

Der wieder errichtete Stadtkanal in der Yorkstraße sieht derzeitig schlimm aus. Auf dem Grund des trockengelegten Kanals wächst Unkraut in Hülle und Fülle. Dies sollte verbessert und das Areal langfristig gepflegt werden... Warum wurde der Kanal denn ausgehoben, wenn diese eigentlich wunderschöne historische Mitte nicht erhalten bzw. gepflegt wird?

Beteiligungsgegenstand: Pflege öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze

Beteiligungskreislauf Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam



Verlaufsmöglichkeiten der eingebrachten Vorschläge:

Vorschlagseingabe

Zuordnung nach **Geschäftsbereich** **Fachbereich** **Beteiligungsgegenstand**

Vorschlagspriorisierung

Vorschlag wurde priorisiert

Vorschlag wurde nicht priorisiert

Bearbeitung im Redaktionsteam

anhand vorgegebener Kriterien
- Zuständigkeit bei der Stadtverwaltung?
- Beteiligungsgegenstand korrekt?
- Konkret oder zu allgemein formuliert?

Vorschlag erfüllt Kriterien

Vorschlag erfüllt nicht Kriterien

Einschätzung der Verwaltung zur Umsetzung

Aufnahme in die „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“

Vorschlagsvotierung

Vorschlag ist unter den Top 20

Vorschlag ist nicht unter den Top 20

Aufnahme in die „Liste der Bürgerinnen und Bürger“

Übergabe an die Stadtverordnetenversammlung (SVV)

Entscheidung in den Kategorien

Annahme

Prüfauftrag

Ablehnung

Bereits in Umsetzung

Rechenschaftslegung zur Umsetzung

Der Vorschlag wird umgesetzt, da er:

- genügend Stimmen auf sich vereinen konnte (Priorisierung/ Votierung)
- den Kriterien des RT entsprach
- von der SVV angenommen wurde

Die Vorschlagseinbringer werden über den Verbleib ihrer Vorschläge schriftlich informiert.

Der Vorschlag wird nicht umgesetzt, da er:

- nicht genügend Stimmen auf sich vereinen konnte (Priorisierung/Votierung)
- nicht gemäß der Kriterien des RT ist
- von der SVV abgelehnt wurde

Diese Vorschläge werden an die Fachämter oder andere zuständige Institutionen weitergeleitet mit der Bitte um eine schriftliche Benachrichtigung des Vorschlagseinbringers.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service
Zentrale Steuerungsunterstützung
Friedrich-Ebert-Straße 79-81 | 14469 Potsdam
Telefon: 0331 289-1126 | Fax: 0331 289-841126
Email: buergerkommune@rathaus.potsdam.de
www.potsdam.de/buergerhaushalt